

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Oktober 1984

Einzelheft 4,- DM

XXIV. Jahrgang

D 3476 E

10/84

Unzählige Male war der Friedensbewegung ihr baldiges Ende vorausgesagt worden. Sicherlich stand dabei der Wunsch als Vater des Gedankens. Das beweist auch ein Blick auf den Standort jener falschen Propheten mit Sitz und Stimmen in den Redaktions-etagen von „FAZ“ und „BILD“. Sie melden sich immer dann mit „Nachrufen“ in Leitartikeln und Kommentaren zu Wort, wenn Großaktionen der Friedensbewegung unmittelbar bevorstehen bzw. stattgefunden haben. Nach dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“, werden in solchen Fällen Fakten maßgerecht zusammengeschnitten, wie am 9. September in der „FAZ“ geschehen, wo 15000 Teilnehmer der Kulturveranstaltung „Künstler für den Frieden“ in der Dortmunder Westfalenhalle schlichtweg unterschlagen wurden.

Bekanntlich gibt es ein altes Sprichwort, daß Totgesagte länger leben. Das trifft auf die Friedensbewegung zu, die nach eigenem Verständnis den „Kampf um die Abrüstung mit langem Atem, Bewußtsein und dem notwendigen Optimismus“ fortsetzt. Hätte es noch eines Beweises für ihre Lebendigkeit bedurft, so sind es die zur Zeit im Rahmen des „Friedensherbstes“ stattfindenden Menschennetze, Menschenketten und Großkundgebungen. Dabei hat die Friedensbewegung noch durch die Tatsache an Bedeutung gewonnen, daß

ihre Aktionen in zunehmendem Maße auch von Spitzenfunktionären der DGB-Gewerkschaften unterstützt werden. So hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Klaus, Mitte September auf einer Pressekonferenz in Krefeld bekräftigt, daß seine Gewerkschaft – insbesondere die 420000 jungen Mitglieder – sich verstärkt an den Aktionen der Friedensbewegung beteiligen wird. Auf der gleichen Linie liegt übrigens auch der Aufruf des baden-württembergischen DGB-Landesbezirksvorsitzenden Siegfried Pommerenke, wobei unweigerlich die Einsicht Pate gestanden hat,

Friedensbewegung beweist erneut ihre Stärke

daß bei einem Zusammengehen von Friedens- und Gewerkschaftsbewegung Pflöcke gegen Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit einerseits und Pershing II andererseits gesetzt werden können. Leider ist es bei den zurückliegenden Arbeitskämpfen zu diesem notwendigen Schulterschluß in nicht genügendem Maße gekommen. Ohne Zweifel aber hat auch zu dem verstärkten Engagement der Gewerkschaften in diesem Friedensherbst die veränderte Haltung der SPD-Spitze beigetragen. Sie hat sich – denkt man an den von der Regierung Schmidt initiierten und später von der Regierung Kohl vollzogenen NATO-Raketenbeschluß – von einem Saulus in einen Paulus verwandelt und ebenfalls zur Teilnahme an den Friedensaktivitäten aufgerufen.

Im Kampf um den Frieden sind die Herbstaktionen jedoch nur Schritte, die nahtlos übergehen in weitere Aktivitäten zum 40. Jahrestag jenes 8. Mai 1945, dem Ende von Krieg und Faschismus. In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß die DGB-Jugend zu einem Wettbewerb „Leben nach der Stunde null“ aufgerufen hat. Zu erwähnen ist auch der Appell bekannter Persönlichkeiten, der mittlerweile die Unterschriften zahlreicher Gewerkschafter trägt, aus Anlaß des 40. Jahrestages in Hamburg, Frankfurt und Köln mit Kundgebungen für „eine Politik des Friedens, der Entspannung und Abrüstung, gegen die Stationierung neuer Massenvernichtungsmittel“ zu demonstrieren.

Aus dem Inhalt:

Sozialdemontage, Revanchegelüste und Hochrüstung: das ist eins 2

BAG-Urteil zum Warnstreik: Unternehmer erlitten eine Schlappe 4

ÖTV für Auseinandersetzung gerüstet: Auch Beamte werden sich beteiligen
Interview mit Herbert Mai, ÖTV-Vorsitzender in Hessen 5

Haushaltsplan '85: Konsolidierung auf Kosten der Arbeitslosen 9

Gratwanderung der IG Chemie zwischen eigenem Weg und Solidarität 11

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Beschlüsse des IG-Chemie-Gewerkschaftstages

Stellungnahmen zum Ergebnis des Arbeitskampfes

Proteste gegen Berufsverbote 13-24

Betroffenheit, Empörung und „unerträgliche Maßnahme“
Interview mit Jochen Richert, DGB-Landesbezirksvorsitzender, Hessen 25

CDU-Sozialausschüsse für Richtungsauseinandersetzung 26

Bei der Büchergilde Gutenberg nicht Simmel auf Platz eins 29

Wende in der Ausländerpolitik: Menschenrechte nicht vorgesehen 30

„Wut und Unzufriedenheit“ bei den Schwerbehinderten 32

Warum verließen Kommunisten die Regierung Mitterrand? 33

Sozialdemontage, Revanchegelüste und Hochrüstung: das ist eins

Diese Bundesregierung ist nicht nur reichlich bestückt mit skandalumwitterten Figuren wie Wörner, Zimmermann, Schwarz-Schilling und dem inzwischen gegangenen Grafen Lambsdorff sowie mit rigorosen Typen wie Geißler, Blüm, Stoltenberg, Genscher und Kohl – sie macht auch die entsprechende Politik. Je weiter die Katastrophe des zweiten Weltkrieges zurückliegt, desto unbekümmerter und herrischer treten die Repräsentanten des bundesrepublikanischen Restes vom kapitalistischen Deutschland dem eigenen Volk und den Nachbarn gegenüber. Deutsch-kapitalistische Großmannssucht, gepaart mit US-amerikanischem Vormachtstreben, ist für Europa und die Welt wieder einmal eine reale Gefahr.

Die Beispiele dafür häufen sich in den letzten Wochen und Monaten in besorgniserregender Weise. Und hier muß gleich angemerkt werden, daß dies alles ohne nennenswerte Reaktionen beim Deutschen Gewerkschaftsbund abläuft. Beim DGB hat man sich offenbar, sieht man von den papierernen Protest-Pflichtübungen gegen einzelne Maßnahmen des sozialen Rollback ab, weitgehend aus der Verantwortung zur allseitigen Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen ausgeklinkt. Allenfalls hört man von namhaften Gewerkschaftern den Hinweis, die Arbeitnehmer mögen bitte 1987 eine „bessere“ Regierung wählen.

Wenn Kanzler Kohl demnächst auf seiner China-Reise, wie immer auf großen Auslandsreisen, Hermann Josef Abs, Otto Wolff von Amerongen und andere hochkarätige Vertreter des Kapitals in seinem Gefolge hat, so wirft das nur ein kleines Schlaglicht auf die enge Interessenverquickung von Kapital und Kabinett (staatsmonopolistischer Kapitalismus = „Stamokap“). Viel deutlicher wird diese Stamokap-Politik in solchen Vorgängen wie der Verschiebung der Entscheidung des Kraftwerks Buschhaus und der Einführung des abgasarmen Katalysatorautos; in diesem Zusammenfallen vermehrter revanchistischer Töne der Staatsrepräsentanten mit der Raketenstationierung; im Hintertreiben des Honecker-Besuches; in der demonstrativen Debatte über die „offene“ deutsche Frage; in der Abkantung des christ-demokratischen italienischen Außenministers Andreotti, der seine Besorgnis über diese Politik äußerte; in der Verabschiedung des höchsten Rüstungsetats seit Bestehen der Bundesrepublik und nicht zuletzt in immer neuen Gesetzen zur Einschränkung und Beseitigung erworbener sozialer Rechte der Bevölkerung.

In allen diesen Vorgängen sind als Handlungsmotive die Bestrebungen des deutschen Großkapitals zu erkennen, kapitalistische Systemabsicherung zu betreiben, indem es seine politischen Vertreter aggressiv gegen den Sozialismus, insbesondere die DDR und die Sowjetunion, auftreten läßt, nach der ökonomischen auch politische Führungsmacht in Westeuropa zu

werden, und schließlich verschärfte soziale und antidemokratische Repression gegen die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften durchzusetzen, um einmal die Profitquellen noch ergiebiger zu gestalten und zum anderen potentiellen Widerstand gegen die neue Großmachtpolitik zu minimieren.

Das alles läuft nicht ohne Widersprüche unter den Herrschenden und Regierenden selbst ab, wie z. B. die kontroverse Diskussion um die Respektierung einer DDR-Staatsbürgerschaft zeigt. Von besonderer Gefährlichkeit, zumal im Zusammenhang mit der antikommunistisch motivierten und eindeutig gegen den Sozialismus gerichteten Rüstung, ist die neubelebte These von der „offenen deutschen Frage“ und die Berufung auf die „Verpflichtung“ des Grundgesetzes, die „deutsche Wiedervereinigung zu vollenden“.

GLOSSE

Old Pershing-Hand

Ein großer Deutscher (1,96 m hoch) aus Lu.-Oggersheim reiste am 22. September 1984 nach Verdun, um in die Geschichte einzugehen – mit Händchenhalten. Es war die Hand des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, die Helmut Kohl da hielt. Und das kam so:

Kohl hatte sich partout in den Kopf gesetzt, etwas Großes für den Frieden und das friedliche Zusammenleben der Völker zu tun. Aber was? Es boten sich ihm viele Möglichkeiten: Neutralitätserklärung der Bundesrepublik, ähnlich der Österreichs oder Schwedens; Einbringung der Bundesrepublik in eine atomwaffenfreie Zone; Rückbeförderung der US-Atomraketen; drastische Kürzung des Rüstungsetats – und vieles andere mehr.

Doch der Oggersheimer entschied sich für noch Größeres. Getreu dem Grundsatz, daß die Lebenden nicht so wichtig

Dies ist es auch, was manchen Verbündeten im Westen offensichtlich Sorge um die längerfristigen, verdeckt verfolgten Bonner Absichten bereitet. Hört man Bundeskanzler Kohl, Bundestagspräsident Barzel und andere auf den Treffen der „Landmannschaften“ deren Töne von einem „Deutschland in den Grenzen von 1939“ bekräftigen bzw. tolerieren oder die „Wiedervereinigung“ (natürlich unter kapitalistischen Vorzeichen) fordern, und nimmt man dazu die künstlich geschürte „Heimins-Reich“-Bewegung von sogenannten „deutschstämmigen“ Polen, Russen und Rumänen, die schon in der dritten und vierten Generation weder deutsch verstehen noch sprechen können, dann ist das genau der gefährliche Pangermanismus, von dem Andreotti sprach.

Was anderes als Revanchismus ist es, wenn man Barzel am 14. September in Rissen bei Hamburg sagen hörte: Das Offenhalten der deutschen Frage sei ein „Zeichen der Hoffnung“ für alle in Europa, die unter der „Verletzung der Menschenrechte“ litten. „Fänden wir uns dagegen endgültig mit dem ab, was ist – Hoffnungen stürzten von Danzig bis Weimar (zusammen).“ Hier gilt es zu erkennen, daß es um psychologische Kriegsvorbereitung auf einen irgendwo liegenden Tag X geht. Nicht die „deutsche Frage“, sondern die Frage wird damit bewußt „offen“ gehalten, ob denn das kapitalistische Rest-Deutschland endlich Frieden mit seinen Nachbarn im Osten hält oder nicht?

Wie lange will sich der DGB aus alledem raushalten? Den kalten Kriegern muß offen und rechtzeitig entgegengetreten werden, damit es ihnen nicht gelingt, die Atmosphäre zu erzeugen, in der ein heißer Krieg möglich würde. Gerd Siebert

sind und getrost als atomare Sterbemaschine in die NATO-Strategie eingebracht werden können, hatte er sich schon in der Vergangenheit humanitäre Verdienste für die Verteidigung des noch „ungeborenen Lebens“ erworben. Nun ging es ihm um die bereits Toten. Hunderttausende junge Deutsche und Franzosen waren vor 68 Jahren bei Verdun gestorben, weil die damals Herrschenden sie aus Eigensucht gegeneinandergehetzt hatten. Lange ist's her, und die heute Herrschenden haben ein Feindbild, das es seinerzeit noch nicht gab: die Welt des Sozialismus.

So fiel es ihnen leicht, eine Kameraszene von Frieden und Versöhnung miteinander zu bestellen. Aber welche? – Einen Kniefall? Den gab es schon, und der Oggersheimer hatte ihn empörend gefunden. – Den Boden küssen? Da kriegt man Sand zwischen die Zähne, und außerdem ist Johannes Paul Wojtyla aus Rom auf diese Szene abonniert. – Also Händchenhalten, mal was anderes.

Auf den Fotos konnte man sehen: Es war Helmut Kohls rechte Hand, die er Mitterrand gab. Dieselbe, die das „Ja“ zu den Pershings unterschrieb. Eine davon ist schlimmer als Verdun. okulus

Friedensaktionen im Fulda Gap, ein US-General und die Reaktionen

Höhepunkt und Abschluß der Aktionswoche der Friedensbewegung im Fulda Gap, einem Gebiet mit einer Massierung von konventionellen und atomaren Waffen ohnegleichen, dem in der NATO-Militärstrategie die Rolle des Auslösers für einen atomaren Holocaust zugeordnet ist, war am 29. September die Kundgebung mit 50000 Teilnehmern auf dem Domplatz der Bischofsstadt Fulda. In 13 Auftaktveranstaltungen sprachen zuvor u. a. der vom Berufsverband betroffene Marburger Posthauptschaffner Herbert Bastian, der DGB-Kreisvorsitzende Sepp Sigulla und der bekannte Journalist Emil Carlebach.

Um 15.00 Uhr versammelten sich die 50000 auf dem Domplatz. Der Gewerkschafter Frank Spieth, DGB-Kreisvorsitzender im Vogelsbergkreis, zeigte den Zusammenhang von verstärkter Aufrüstung und Sozialabbau auf und brachte die „Betroffenheit und Empörung der in diesem Gebiet wohnenden Arbeitnehmer und Gewerkschafter“ darüber zum Ausdruck, daß in diesem Jahr nach NATO-Kriterien weit über 60 Milliarden DM für militärische Zwecke ausgegeben würden. „Dieser riesigen Steigerung der Militärausgaben“, so der Gewerkschafter, „stehen umfangreiche Streichungen von Sozialleistungen in zweistelliger Milliardenhöhe gegenüber.“ Darum sei „jede Aktion für Vollbeschäftigung, für die 35-Stunden-Woche und soziale Sicherheit eine Aktion für den Frieden.“ Umgekehrt geht es bei jeder Friedensdemonstration im Kern auch um die Sicherung politischer Bedingungen, die es erst möglich machen, daß Arbeitnehmerinteressen verwirklicht werden.

Der Friedensforscher Alfred Mechttersheimer, der ebenfalls auf der Abschlußkundgebung sprach, warf den USA eine bereits in den diesjährigen Manövern geübte Militärstrategie vor, die die Bundesrepublik zu einer „Risikozone“ machen wolle. Solchen Absichten dürfe die Friedensbewegung nicht tatenlos zusehen. Darum seien die Aktionen im Raum Fulda, wo jährlich 5000 Manöver stattfinden, voll gerechtfertigt.

In diesem Zusammenhang sprach der Redner auch einen Vorgang an, der in der gesamten Bundesrepublik Aufsehen erregt hatte. Umrahmt von der CDU-Spitze hatte der kommandierende US-General Wetzels die während der Aktionswoche durchgeführten Aktionen zum Anlaß genommen, die Teilnehmer als „Anarchisten, Kriminelle und Gruppen von Vandalen“ zu bezeichnen, deren Aktionen „eine friedliebende Gesellschaft nicht tolerieren“ sollte. Vom hessischen Innenminister Horst Winterstein (SPD) verlangte der US-Militär, der die Bundesrepublik als eine Art Bananenrepublik ansah, ein schärferes Vorgehen der Polizei.

Mit diesem skandalösen Ansinnen geriet

der US-General jedoch an den Falschen. Winterstein machte klar, daß die Mehrheit der Bevölkerung so denkt wie die Friedensbewegung. Er nannte Wetzels Forderung „deplaziert, unsachlich, ruppig und unangemessen“. Schließlich sei die Bundesrepublik „kein Vasall der Vereinigten Staaten“. Diese Verwechselung mit einer Bananenrepublik nahm Mechttersheimer zum Anlaß, die sofortige Abberufung des US-Generals zu fordern. Unter dem Beifall der 50000 erklärte er: „Wer so redet, hat sein Gastrecht verletzt und ist in diesem Lande unerwünscht.“

G. M.

Unterschiede

Wieder geifern die Massenmedien; der „völlig unnötige und überflüssige Streik“ um die 35-Stunden-Woche sei im Grunde das Produkt der „Wühlarbeit“ von DKP und SDAJ in den Gewerkschaften. Nicht nur FAZ und „Handelsblatt“ wiederholten diese Unternehmerlügen, auch das Fernsehen ist mit von der Partie, wie eine Ende August ausgestrahlte Report-Sendung beweist. Als Kronzeuge gegen aktive Gewerkschafter wird hier der ins Unternehmerraster übergetragene Manfred Wilke strapaziert. Aber auch ein Gewerkschaftsvorsitzender kommt zu Wort, nämlich Hermann Rappe von der IG Chemie und zugleich prominenter Bundestagsabgeordneter der SPD. Er findet es unerträglich, wenn Gewerkschafter Aufrufe gegen Krieg und Faschismus unterschreiben, die zugleich auch von DKP-Mitgliedern unterzeichnet worden sind.

Eine völlig entgegengesetzte Auffassung vertritt das Mitglied des SPD-Präsidiums Egon Bahr. Auf eine Frage der „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien, über Kontakte und Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten antwortet Bahr: „Die Priorität bleibt der Friede, ohne den nichts mehr geht. Und dafür sind eben im atomaren Zeitalter Kommunisten unentbehrliche Partner, weil es im atomaren Zeitalter nur noch gemeinsame Sicherheit gibt. Sie zu organisieren ist erstes Ziel. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß damit die Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufgehoben wären. Doch weder an grundlegenden Meinungsverschiedenheiten noch an der unterschiedlichen Ideologie darf die Zusammenarbeit in der wichtigsten Frage der Gegenwart scheitern. Keinerlei Unterschiede können so groß sein, daß sie ein Hindernis für unseren Kampf um den Frieden bilden“ (Heft 7/84, S. 983).

P.

Neuer Skandal

Am 28. September verlängerte Bundespostminister Schwarz-Schilling die Latte seiner Skandale um einen weiteren Fall: Mit sofortiger Wirkung ließ er den Marburger Posthauptschaffner Herbert Bastian vom Dienst suspendieren. U. a. wird dem Postler, dem Oberbürgermeister Drechsler in einer im Fernsehen ausgestrahlten Schulfunksendung korrektes Verhalten und aktives Eintreten für die kleinen Leute bescheinigt, eben dieses hervorgehobene Engagement als DKP-Stadtverordneter angelastet.

Schon die angekündigte Suspendierung Herbert Bastians hatte zu zahlreichen Protesten gegen die verfassungswidrige Berufsverbotspraxis einerseits und zu Sympathieerklärungen für die Betroffenen andererseits geführt. Selbst der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, unter dessen Regierungszeit die Berufsverbotepraxis eingeführt wurde, beauftragte seinen Parteifreund, MdB und Mitglied des Post- und Fernmeldeausschusses des Bundestages, Peter Paterna, sich speziell „um den Fall Bastian zu kümmern“.

Herbert Bastian ist der zweite Postler, der wegen seines Engagements in einer legalen Partei einem Kriminellen, der Unterschlagungen begangen hat, gleichgestellt wird. Vor ihm hatte Schwarz-Schilling diesen Schritt gegen den Frankfurter Briefträger und Personalratsmitglied Wolfgang Repp getan. Weiteren Postlern ist die bevorstehende Suspendierung bereits angekündigt worden. Dabei beruft sich der Postminister, der die Berufsverbotepraxis in unerträglicher Weise verschärft, auf das Berufsverboteurteil des Bundesverwaltungsgerichts im „Fall“ Hans Meister, das den bekannten Rechtswissenschaftler Prof. Dr. W. Däubler im „Vorwärts“ vom 28. Mai zu folgender Frage veranlaßte: „Wann werden solche Verfahren bei uns sozial geächtet sein? Mit Rechtsstaatlichkeit haben sie nichts zu tun.“

Skandalminister Schwarz-Schilling, gegen dessen Absicht, Beamte künftig als Streikbrecher einzusetzen, die DPG mit einer Massenunterschriftenaktion Sturm läuft, ficht diese Kritik nicht an. Neben den Berufsverböten ordnet er mit politischen Versetzungen aus dem sogenannten „sicherheitsempfindlichen Bereich“ seine Personalpolitik mehr und mehr den NATO-Richtlinien unter. Fortschrittliche Beamte, Arbeiter und Angestellte werden als „Sicherheitsrisiko“ denunziert, um damit jeden Gewerkschafter einzuschüchtern.

Daß dies das Ziel ist, wird in zunehmendem Maße in der Postgewerkschaft erkannt. Das zeigte sich am 27. September auf einer DPG-Kundgebung am Wohnort Schwarz-Schillings, dem hessischen Büdingen. „Ein Aufschrei des Protestes muß hörbar werden“, erklärte der hessische DPG-Vorsitzende Josef Stark, „denn wir fragen uns: Wann sind wir dran?“ G. M.

BAG-Urteil zum Warnstreik: Unternehmer erlitten eine Schlappe

Nach den Streiks in der Metall- und Druckindustrie sowie dem willkürlichen Aussperrungsterror von Gesamtmetall fällt das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 12. September in Kassel eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Warnstreiks. Formal ging es den klagenden Unternehmerverbänden darum, die Warnstreiks, die die IG Metall im Rahmen der neuen Beweglichkeit bei der Lohnrunde 1981 ausgerufen hatte, für widerrechtlich erklären zu lassen und sie zugleich zu verurteilen, künftig zu keinen Warnstreiks mehr aufrufen zu dürfen. Das BAG wies die Klagen der Unternehmerverbände zurück.

Seit 1981 haben bereits zahlreiche Arbeitsgerichte und bis auf zwei auch alle Landesarbeitsgerichte (LAG) die Unternehmervorgänge zurückgewiesen. Gegen diese Urteile der zwei LAG, die sich für ein Verbot von Warnstreiks ausgesprochen haben, hatte die IG Metall Revision bei der höchsten richterlichen Instanz beantragt. Zunächst demonstrierten in Kassel die vier Anwälte der Unternehmenseite in ihren mündlichen Plädoyers reaktionäre Machtansprüche, wie man sie in derart konzentrierter Form kaum zu hören bekommt. Immer wieder verlangten sie „Arbeitskampfverbote“, sprachen von „widerrechtlichen Drohungen“ der IG Metall, vom „verfassungswidrigen Arbeitskampf“ und auch davon, daß die IG Metall eine „Pflicht zur Streikzurückhaltung“ habe.

Nach Ablauf der Friedenspflicht dürfte die IG Metall nicht zum Streik aufrufen, sondern müßte zunächst „ohne Druck frei verhandeln“, und wenn es dann immer noch keine Einigung gäbe, müßte sie eine Verlautbarung in Form einer „Kriegserklärung“ abgeben. Bis dahin soll das Gericht nach Unternehmerbegehren ein „absolutes Streikverbot“ anordnen. Ebenso beklagten die Unternehmer, daß die IG Metall die Arbeiter und Betriebsräte aufgerufen habe, Überstunden zu verweigern – das würde gegen die Friedenspflicht des Betriebsverfassungsgesetzes verstoßen. Und noch verwerflicher sei es, daß 1981 und auch später die Auszubildenden ebenfalls zu Warnstreiks aufgerufen worden seien.

Hinter diesem Trommelfeuer aus den Arsenalen der unternehmerischen Klassenkampfmunition verbirgt sich zweierlei: einmal die Wut, daß es der IG Metall und der IG Druck und Papier mit dem Arbeitskampf '84 gelungen ist, die Tabu- und Blockadepolitik der Unternehmer zu durchbrechen, zum anderen betrachten die juristischen Sprachrohre des Kapitals, jetzt noch stärker als zuvor, Streik als etwas Widerrechtliches, das am besten ganz verboten gehört, zumindest aber nach dem sogenannten Ultima-ratio-Prinzip, als sozusagen allerletztes Mittel, weitgehend eingeschränkt werden müßte.

Der Erste Senat, geleitet vom BAG-Präsidenten Otto Kiesel, hat alle Klagen der Un-

ternehmerverbände und auch der einzelnen Firmen abgewiesen. Das Gericht war weder bereit, die IG Metall wegen der im Rahmen der neuen Beweglichkeit geführten Warnstreiks im Jahre 1981 zu verurteilen noch es ihr zu verbieten, „künftig solche Warnstreiks auszurufen“. Weiter bekräftigt das BAG schon ein früher ergangenes Urteil, „daß ein Arbeitgeberverband nicht im eigenen Namen Rechte seiner

Grundsatzprogramm zum Arbeitskampf

Die Einkaufszentrale für öffentliche Bibliotheken schreibt folgendes über das in unserem Verlag erschienene Buch „Tarifpolitik unter Krisenbedingungen“:

„Das Buch liest sich wie ein Grundsatzprogramm zum eben beendeten Arbeitskampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Druck- und Metallindustrie. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche neuen Handlungsstrategien die Gewerkschaften angesichts der derzeitigen Krise – Arbeitslosigkeit, Rationalisierung, Verhärtung der Unternehmer, konservative Regierung – entwickeln müssen, um ihre Forderungen durchzusetzen.“

221 Seiten, 20,- DM.

Mitglieder oder an ihn abgetretene Ansprüche auf Unterlassung rechtswidriger Arbeitskampfmaßnahmen geltend machen kann“.

Als „rechtswidrige Arbeitskampfmaßnahmen“ versteht das BAG offenbar auch spontane Arbeitsniederlegungen, die während der Friedenspflicht bzw. während eines Schlichtungsverfahrens stattfinden. Abgeleitet von dem Urteilsspruch, die IG Metall nicht wegen Unterlassung bezüglich rechtswidriger Streiks belangen zu können, hat das BAG entschieden, der Arbeitgeberverband darf von der Gewerkschaft ebensowenig verlangen, daß sie es

unterläßt, „Betriebsräte und Arbeitnehmer“ aufzurufen, Überstunden zu verweigern. Allerdings könnten einzelne Unternehmer gerichtlich klären lassen, ob derartige Aufrufe rechtswidrig wären.

Schließlich ist der Erste Senat nicht dem Unternehmerbegehren gefolgt, daß Auszubildende in keinem Fall zum Streik aufgerufen werden dürfen. Wörtlich heißt es in der mündlichen Begründung des Urteils: „Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz gewährt auch den Auszubildenden das Grundrecht der Koalitionsfreiheit. Das sich daraus ergebende grundsätzliche Streikrecht wird durch die Besonderheiten des Ausbildungsverhältnisses nicht berührt.“

Vor der Urteilsverkündung hatten die Unternehmervorteile kategorisch ein generelles Streikverbot für Auszubildende verlangt. Wenn Lehrlinge streikten, entstünden in den Betrieben Spannungen und Verwerfungen, die gerade für jüngere Menschen das so wichtige „gegenseitige Vertrauensverhältnis stören“ würden. Die IG Metall wolle mit dem Streikaufruf an Lehrlinge wie „Khomeini im Iran Kinder in den Krieg schicken“.

Die Anwälte der IG Metall widerlegten nicht nur die Unternehmerargumente, sondern machten auch deutlich, daß das BAG in der Vergangenheit schon zahlreiche unternehmerfreundliche Urteile gefällt hatte. Rechtsanwalt Nies wies in diesem Zusammenhang insbesondere auf die durch Richterrecht legalisierte Aussperrung hin, die erst vor Monaten von Gesamtmetall wiederum angewendet worden sei.

Wenn jetzt in Kassel der Erste Senat des BAG nicht den Klagen der Unternehmerverbände gefolgt ist, dann darf daraus nicht abgeleitet werden, daß der Klassencharakter bürgerlicher Gerichte mit den Urteilen widerlegt worden ist. Vielmehr sind die Urteile nur ein Ausdruck der im Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche gewachsenen gewerkschaftlichen Kraft, die auch ein Gericht nicht ignorieren kann.

Es wäre illusionär zu glauben, daß Gerichte in diesem Lande klassenneutral urteilen. Das zeigt sich auch nach dem Urteilsspruch über die Warnstreiks. Die Unternehmer erwägen einerseits, jetzt vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, und andererseits haben sie bereits in Kassel angekündigt, wenn der Warnstreik als rechtlich zulässig erklärt würde, dann würden sie rücksichtslos von der „Warnaussperrung“ Gebrauch machen. Außerdem hofft die Kapitaleite, daß eine Klage, die von den öffentlichen Arbeitgebern gegen Warnstreiks angestrengt worden ist, und demnächst in Kassel zur Entscheidung steht, zumindest im Detail stärker Unternehmerinteressen berücksichtigt. Auch künftig gilt: Die Forderungen der Gewerkschaften werden nicht in den Gerichtssälen, sondern von einer aktiv kämpfenden Mitgliedschaft durchgesetzt. Dazu gehören selbstverständlich auch massenhaft angewandte Warnstreiks.

Werner Petschick

ÖTV für Auseinandersetzung gerüstet: Auch Beamte werden sich beteiligen

Interview mit Herbert Mai, ÖTV-Bezirksvorsitzender in Hessen

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Hessen ist auf Auseinandersetzungen vorbereitet. Das gilt für die Lohnfrage ebenso wie für die Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Nullrunde wird nicht hingenommen werden, denn schließlich können die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihren Lebensunterhalt nicht mit Deputaten bestreiten. Bei Auseinandersetzungen rechnet die ÖTV mit Solidarität und praktischer Unterstützung der DGB-Gewerkschaften. Diese Aussagen machte der hessische ÖTV-Bezirksvorsitzende Herbert Mai in dem folgenden unserer Redakteurin Gisela Mayer gegebenen Interview.

Nachrichten: Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr fordert Arbeitszeitverkürzung in Form von zehn freien Tagen jährlich. Was würde die Erfüllung dieser Forderung für die Beschäftigten bringen?

Herbert Mai: Auch die ÖTV will durch ihre Forderung einen Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung. Langfristiges Ziel der ÖTV bleibt die auf dem Gewerkschaftstag beschlossene 35-Stunden-Woche. Für die konkrete Tarifaufeinandersetzung 1984 haben wir die Form von 10 freien Tagen deshalb gewählt, weil uns dies unter Berücksichtigung aller Bedingungen als die geeignetste Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung erscheint. Wir haben zu Beginn unserer Tariffdiskussion immer wieder darauf hingewiesen, daß letztlich die Marke, die IG Metall und IG Druck und Papier setzt, auch für uns eine Zielvorstellung der Tarifaufeinandersetzung in der Arbeitszeitverkürzung sein wird.

Die spezifischen Bestimmungen in Dienstleistungsbereichen erfordern jedoch eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung. Die Erfüllung unserer Forderung würde für die Beschäftigten in geregelten Arbeitsplänen mehr Freizeit und Erholungsphasen bringen. Ein ganz wesentlicher Aspekt ist jedoch auch bei dieser Forderung die arbeitsmarktpolitische Wirkung. Nach unseren Feststellungen sichert gerade diese Form, daß in vielen Bereichen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden müßten. Wir werden im Rahmen der Tarifaufeinandersetzung mit darauf drängen, daß der Arbeitsplatzeffekt auch real in den Betrieben eintreten kann.

Nachrichten: Vermutlich wird die Durchsetzung dieser Forderung ebenso wie die nach einer 5prozentigen Besoldungserhöhung nicht ohne harte Auseinandersetzungen abgehen. Ist Ihre Gewerkschaft dafür gerüstet?

Herbert Mai: Die öffentlichen Arbeitgeber und die Bundesregierung haben zu Beginn unserer Tarifaufeinandersetzung er-

klärt, daß es weder eine Lohnerhöhung noch eine Arbeitszeitverkürzung geben wird. Allein aufgrund dieser Vorzeichen gehen wir davon aus, daß unsere Forderungen nicht ohne Auseinandersetzungen durchgesetzt werden können. Gerade die Forderung nach Lohn- und Gehaltserhöhung ist ja von vielen Politikern, den öffentlichen wie privaten Arbeitgebern und konservativen Wirtschaftspolitikern, scharf angegriffen worden.

Es wird so getan, als ob Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ihren Lebensunterhalt



noch mit Deputaten bestreiten können. Wir gehen davon aus, daß gerade aufgrund der Ergebnisse der letzten beiden Tarifrunden die Lohn- und Gehaltsfrage für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes eine besondere Bedeutung hat. Deshalb wurde die Forderung nach 5prozentiger Lohn- und Gehaltserhöhung gestellt. Diese Erhöhung soll nach unseren Vorstellungen genauso wie die anderen Forderungen in gleichem Maße für die Beamten zutreffen und übertragen werden.

Unseren Mitgliedern ist klar, daß harte Auseinandersetzungen bevorstehen. Wir haben deshalb in allen Diskussionen darauf hingewiesen, daß ein Arbeitskampf einbezogen werden muß. Sowohl von der Stimmung wie auch von sonstigen Voraussetzungen sind wir sehr wohl für eine Auseinandersetzung mit den öffentlichen Arbeitgebern gerüstet. An dieser Ausein-

andersetzung werden sich in verstärktem Maße auch Beamte beteiligen.

Nachrichten: Haben andere DGB-Gewerkschaften bereits ihre solidarische Haltung signalisiert?

Herbert Mai: Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben durch viele Aktionen die IG Metall und die IG Druck und Papier in ihrem Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung unterstützt. Dadurch ist die Solidarität innerhalb des DGB gewachsen. Nach den bisher geführten Diskussionen sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sicher, daß andere DGB-Gewerkschaften und der DGB die volle Solidarität und die praktische Unterstützung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes deutlich machen werden. Die Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften werden sich nicht an Kampagnen gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beteiligen.

Nachrichten: In Hessen gilt ein neues Personalvertretungsgesetz. Die CDU will dieses Gesetz nicht gelten lassen. Wie ist dazu Ihre Meinung, und wie geht es in den CDU-regierten Kommunen weiter?

Herbert Mai: Die politische Opposition im Hessischen Landtag hat von Anfang an klar gegen den Ausbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst Stellung bezogen. Mit allen Mitteln wurde gemeinsam mit vielen öffentlichen Arbeitgebern die Verbesserung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes bekämpft. Nachdem nunmehr der Hessische Landtag mit Mehrheit dieses Gesetz beschlossen hat, haben einige CDU-Politiker und öffentliche Arbeitgeber erklärt, daß sie das Gesetz nicht anwenden wollen. Nach ihrer Auffassung ist die im Hessischen Personalvertretungsgesetz festgelegte Mitbestimmung verfassungswidrig. Dies ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein einmaliger Vorgang.

CDU-Politiker schwingen sich damit – ohne daß Gerichte gesprochen haben – zum Verfassungshüter auf. Nach unserer Auffassung wird dadurch deutlich, daß nicht Recht und Gesetz, sondern nur die Macht zählt. Während bei der verfassungswidrigen Aussperrung dieselben Politiker die Aussperrung als legitimes Kampfmittel der Arbeitgeber bezeichnen, verhalten sie sich nunmehr gesetzeswidrig, wenn sie mehr Mitbestimmung in ihrem Bereich praktizieren müssen.

Wir werden ab 1. Oktober 1984 auf die volle Anwendung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes drängen. Wir werden überall dort, wo gesetzeswidrig gehandelt wird, dies politisch deutlich machen. Nach geltender Rechtslage muß trotz der Verfassungsklage des Landes anwaltes das Gesetz bis zu einer Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofes voll zur Geltung kommen. Wir sind darüber hinaus zuversichtlich, daß auch der Hessische Staatsgerichtshof den Ausbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst nicht bremsen wird.

IG Metall: 38,5 Stunden für jeden erfordert betriebliche Kampagne

Die IG Metall ist jetzt angetreten, um für ihre Mitglieder die Möglichkeiten des Tarifvertrages über die Arbeitszeitverkürzung optimal auszuschöpfen. Ihr Motto: 38,5 Stunden für jeden. Dies erfordert, wie der Vorstand in seinem Rundschreiben schon am 9. Juli feststellte, „eine ganz neue Qualität der betrieblichen Durch- und Umsetzung“. Die Gewerkschaft will erreichen, daß unbefriedigende Punkte des Kompromisses vom Juni durch die Aktivitäten an der Basis zum Positiven gewendet werden und insbesondere die Flexibilisierung der Arbeitszeit weitgehend verhindert wird.

Der Vorstand der IG Metall hat dazu ein Umsetzungskonzept beschlossen. In der Zeit vom 1. Oktober bis Mitte Dezember werden in den Verwaltungsstellen zweitägige Seminare „Umsetzung des Tarifvertrages“ möglichst nach § 37/6 BetrVG, also auf Kosten des Unternehmens, durchgeführt. Die Betriebsräte sollen dann, nachdem vor Ort die Umsetzung diskutiert worden ist, in ständigem Kontakt mit der jeweiligen Verwaltungsstelle zwischen dem 15. Januar und dem 15. März Verhandlungen über Betriebsvereinbarungen führen.

Die Abteilungen Bildungswesen/Bildungspolitik und Tarifpolitik haben nunmehr im September der Organisation einen 94seitigen „Referentenleitfaden für die Zweitägiges-Schulungen zur Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche“ zugeleitet. Darin geht der Vorstand der IG Metall davon aus, daß die Verwaltungsstellen über alle Betriebsvereinbarungen und Unternehmerentwürfe zur Arbeitszeit orientiert sein und einen regelmäßigen Informationsaustausch zwischen Betriebsräten und Organisation sicherstellen müssen. Die Gewerkschaft will sogenannte Sogeffekte durch Vorpreschen einzelner Betriebe vermeiden.

In den Seminaren sollen in drei Arbeitseinheiten und in mehreren Arbeitsschritten die Tarifbewegung und der neue Tarifvertrag dargestellt, die Orientierung „38,5 Stunden für jeden“ erläutert und zugleich auch die Durchsetzungsstrategien beraten werden. Die IG Metall geht davon aus, daß der Tarifvertrag alle Möglichkeiten enthält, an den ursprünglichen Forderungen wieder anzuknüpfen und eine Wochenarbeitszeitverkürzung für jeden durchzusetzen.

Über diese klare Orientierung der IG Metall geraten die Unternehmer außer Rand und Band. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, der in den vergangenen Tarifrunden als besonderer Scharfmacher bekannt wurde, will weiter auf Konfrontationskurs fahren. Er ist so fuchtig, daß er sich nicht scheute zu versuchen, den im Vorstand der IG Metall für die Tarifpolitik Verantwortlichen, Hans Janßen, als „sogenannten Tarifexperten“ abzuqualifizieren.

Mit der am 26. September von Gesamtmetall verabschiedeten „Saarbrücker Erklärung“ will der Unternehmerverband nunmehr der Strategie der IG Metall entgegengetreten. In ihr wird die „historische Bedeutung“ des möglichen breiten Einstiegs in eine flexible Arbeitszeitgestaltung hervorgehoben. Die Unternehmer

„So wie der Kampf der Unternehmer gegen die Existenz der Gewerkschaften die Form des Kampfes gegen die Vertretungsmacht der Gewerkschaften angenommen hat, so hat der Kampf der Unternehmer gegen den Tarifvertrag die Form des Kampfes gegen die Anwendung des Tarifvertrages angenommen.“ (Aus: „Referentenleitfaden“)

sollen diese jetzt in den Betrieben durchsetzen.

Streitpunkte sollten „im Geiste partnerschaftlicher Vertragserfüllung kooperativ zwischen der Gewerkschaft und den Arbeitgeberverbänden geklärt und ausgeräumt werden“. Mit Sozialpartnerschaft soll der Unternehmerwille durchgesetzt werden.

Dabei versucht Gesamtmetall, einen Keil in die IG Metall zu treiben, zwischen die „pragmatischen Mitglieder“ und „eine starke Gruppe ideologisch motivierter Funktionäre in der IG Metall“, die die 38,5 Stunden für jeden wolle und damit „gegen Geist und Buchstaben des Tarifkompromisses“ verstieße. Betriebsräte, die den Beschlüssen ihrer Gewerkschaft folgten, fühlten sich danach angeblich nicht „als Interessenvertreter der Beschäftigten“, sie setzten an die Stelle „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ „die konfliktorientierte Vertretung betriebsfremder Gewerkschaftsinteressen“. An die Metallunternehmer wird appelliert, keine Mühen zu scheuen, um die Mitarbeiter von den angeblichen Vorteilen der Arbeitszeitflexibilisierung zu überzeugen.

Aber Gesamtmetall will es nicht bei der „Überzeugung“ belassen. Die im Tarifvertrag vereinbarte Vorruhestandsregelung soll als Erpressungsinstrument eingesetzt werden, um bei den Betriebsräten Zustimmung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit zu erzwingen. Kirchner wußte nun kurz vor dem 1. Oktober, dem Inkrafttreten der tarifvertraglichen Bestimmung, daß in keinem Betrieb mehr Mittel für den Vorruhestand vorhanden seien. In konzentrierter Aktion ist auch bisher allen Vorruhestandsinitiativen von betrieblichen Funktionären und Ortsverwaltungen der IG Metall eine Absage erteilt worden. Mit ihrer Verweigerungshaltung, sagte Hans Janßen am 18. September vor dem Beirat der IG Metall, strafften die Unternehmer heute ihre Aussage von gestern Lügen.

Betriebsräte und Vertrauensleute werden sicherlich in der Lage sein, die Unternehmer auf den Prüfstand zu stellen, um ihnen nachzuweisen, daß sie auch die Vorruhestandsregelung finanzieren können.

Geradezu scheinheilig ist es, wenn sich der ansonsten so seriös gebende Hans Mundorf im „Handelsblatt“ dazu hergibt zu behaupten, daß die Gewerkschaften angeblich kein Recht hätten, gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten ihre Interpretation eines Tarifvertrages zu vermitteln. Sie dürfen nicht, selbst bei den sich aus einem Tarifvertrag ergebenden Regelungen, bei Betriebsvereinbarungen, „die Hand der Betriebsräte“ führen. Das hätte Herr Mundorf gern. Ihm wird sicher das Gegenteil bewiesen werden.

Die IG Metall läßt sich aber zu Recht nicht auf solche von den Unternehmern gewünschten kleinlichen Rängeleien ein. In ihrem „Referentenleitfaden“ wird sicher gestellt, daß die Umsetzung der neuen tariflichen Bestimmungen in die betriebliche Wirklichkeit die ganze Kraft der Gewerkschaft erfordert. Deshalb müßten Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute die Belegschaft miteinbeziehen. „Wir müssen“, so heißt es, „eine betriebliche Kampagne organisieren mit dem Ziel Wochenarbeitszeitverkürzung für jeden, steigenden Leistungsdruck verhindern, beschäftigungswirksame Umsetzung durch Neueinstellung sichern. Das geht nur durch Aufklärung der Belegschaften, Betriebsöffentlichkeit (Betriebsratssitzungen, Sitzung der Vertrauensleutekörper, Betriebs- und Abteilungsversammlungen, Flugblattaktionen usw.).“

Nur auf diese Weise könne verhindert werden, daß tarifpolitische Erfolge der Gewerkschaften in betriebspolitische Erfolge der Unternehmer verfälscht würden. Aktive Tarifpolitik müsse durch aktive Betriebspolitik fortgesetzt werden. Nur so sei Resignation bei Mitgliedern und Funktionären zu vermeiden. Noch sei der Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht endgültig entschieden. Nur wenn es gelänge, diesen Tarifvertrag als Instrument zur Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche für jeden zu nutzen, könne das Ergebnis auf Dauer gesichert werden.

Heinz Schäfer

Zweiter Teil der Tarifrunde beginnt: Das Ziel ist die 35-Stunden-Woche

Nach hartem Ringen und zahlreichen Warnstreiks wurden von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) vor Beginn der Sommerpause Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten des Einzelhandels abgeschlossen. Ihr Volumen liegt durchschnittlich bei 3,5 Prozent, wozu in einigen Bezirken noch Strukturverbesserungen kommen. Die Ausnahme bildet Schleswig-Holstein, wo es zu keinem Abschluß kam und jetzt ein tarifloser Zustand herrscht. Abgesehen von dieser Ausnahme begann nach Redaktionsschluß bzw. beginnt im Laufe des Oktobers der zweite Teil der Tarifverhandlungen. Dabei geht es um den Manteltarifvertrag. Erklärtes gewerkschaftliches Ziel ist die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Auf dieses Ziel haben sich die HBV-Spitzenorgane vor rund einem Jahr festgelegt. Besonders nach dem harten Arbeitskampf der IG Metall sowie Druck und Papier wissen die HBV-Mitglieder, daß es ein schwerer Gang wird und sicherlich die 35-Stunden-Woche nicht auf Anhieb und einen Schlag durchgesetzt werden kann. Einen Vorgeschmack haben die HBV-Gewerkschafter in den Tarifbezirken Bremen und Niedersachsen bekommen. Hier wird – da die Manteltarifverträge eher auslaufen sind – seit rund einem Jahr um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gerungen: „Bei diesen Verhandlungen haben wir die Erfahrung machen müssen, daß sich in Richtung 35-Stunden-Woche nichts bewegt“, erklärte uns der zuständige Landesbezirksleiter Reiner Wiegand. So sei nicht ohne Grund der Eindruck entstanden, als wollten die Einzelhandelsunternehmer die Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung bis in die nächste Lohn- und Gehaltsrunde hinüberziehen.

Nach Auskunft der nordrhein-westfälischen HBV, dem mitgliederstärksten Bezirk übrigens, liegt seit dem Frühjahr ein Manteltarifvertragsentwurf vor. Er umfaßt 23 Paragraphen, wobei der 35-Stunden-Woche für Vollzeitbeschäftigte und der 20-Stunden-Woche für Teilzeitbeschäftigte oberste Priorität eingeräumt wird. Angestrebt wird, daß die Beschäftigten pro Woche nur an maximal fünf Tagen und pro Tag mindestens vier Stunden zusammenhängend eingesetzt werden. „Die Arbeitszeit von mindestens vier Stunden verhindert einen Einsatz nur zu kundenstarken Zeiten und eine unzumutbare Aufspaltung der Arbeitszeit“, heißt es in der Begründung. Andernfalls wird von der nordrhein-westfälischen HBV die Gefahr gesehen, „daß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit genutzt wird, um flexible Arbeitszeiten je nach Arbeitsanfall einzuführen und damit den Beschäftigungseffekt zu nichte zu machen“.

Ausgehend von den spezifischen Bedingungen im Einzelhandel, plädiert die nordrhein-westfälische HBV dafür, den Paragraphen 4 des bisherigen MTV ersatzlos zu streichen. Dieser Paragraph besagt, daß in Fällen, wo die Arbeitszeit an einzelnen

Werktagen verkürzt oder verlängert wurde, diese in einem Zeitraum von drei Wochen durch Freizeit ausgeglichen werden müsse. Dagegen wendet die HBV ein, daß die bisherige Möglichkeit zu diesem Ausgleich „Mehrarbeit billig gemacht“ habe. „Vollzeitkräfte wurden z. T. trotz formal fester Arbeitszeiten je nach Arbeitsanfall länger eingesetzt und dann zum Freizeitgleich nach Hause geschickt, wenn weniger zu tun war.“

Verbessert werden soll die Situation der Beschäftigten, die das 55. Lebensjahr vollendet haben und dem Betrieb mindestens zehn Jahre ununterbrochen angehören. Verlangt wird, daß in solchen Fällen eine „Änderungskündigung mit dem Ziel der tariflichen Abgruppierung nicht mehr möglich“ ist. In der bisherigen MTV-Bestimmung gab es gewisse Einschränkungen. Sie sah z. B. eine Ausgleichszahlung bei Abgruppierung für die Dauer von 30 Monaten vor.

Besondere Bedeutung kommt dem Paragraphen 20 – Personalplanung – zu. Hier werden für die Betriebsräte Mitbestimmungsrechte verlangt. Bisher konnten die Unternehmer allein entscheiden, wieviel Personal sie einsetzen, wie hoch die Pro-Kopf-Leistung geschraubt und Personal abgebaut wurde. Diese Alleinbestimmung soll durch den neuen MTV weitgehend ausgeschaltet werden.

Im HBV-Landesbezirk Bayern – um noch einen Bereich anzuführen – beginnen die MTV-Verhandlungen am 23. Oktober. Gegenwärtig sind die Fachgruppen dabei, die Forderungen zu konkretisieren. Selbstverständlich bleibt es bei der nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit mit dem Ziel 35 Stunden. Das bestätigte uns Siegfried Kubiak, bayerischer HBV-Landesbezirksleiter. „Bei der Durchsetzung unserer Forderungen hoffen und erwarten wir Schützenhilfe der anderen Gewerkschaften“, erklärte er. Diese dürfe sich keinesfalls auf Resolutionen beschränken. Worauf es dem HBV-Funktionär ankommt, ist vor allem die Aufklärung der Bevölkerung.

Gisela Mayer

Erste Verhandlung ohne Ergebnis

Die erste Verhandlungsrunde in den Tarifaussinandersetzungen für den öffentlichen Dienst ging am 25. September bereits nach einer relativ kurzen Darstellung der unterschiedlichen Standpunkte zu Ende. Der nächste Termin wurde für den 11. Oktober anberaumt. Dann will Bundesinnenminister Zimmermann als Verhandlungsführer der öffentlichen Unternehmer „ein substantielles Angebot“ vorlegen. Allgemein wird dies als Hinweis darauf gedeutet, daß der Plan, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Nullrunde für Löhne und Gehälter zu verordnen, bereits gestorben ist. Ähnliche Andeutungen des Finanzministers liegen vor. Nachdem die erklärte Unternehmerstrategie, den Gewerkschaften im Metall- und Druckbereich eine Niederlage zu bereiten, nicht aufging, klangen auch die Absichtserklärungen für den öffentlichen Dienst etwas moderater.

Dennoch wird es sicherlich kein Spaziergang, die Forderung nach 5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 110 DM, und Anhebung der Ausbildungsvergütungen (im 1. und 2. Ausbildungsjahr um je 60 DM, im 3. und 4. um je 50 DM) durchzusetzen. Zimmermann sprach in der ersten Verhandlung von einem „schmalen Korridor für Verbesserungen“.

Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zählt aber, daß in der vergangenen Tarifrunde – bei verlängerter Laufzeit – ein so unzureichender Abschluß vereinbart wurde, daß auf dem Gewerkschaftstag kein Redner auch nur ein gutes Haar daran ließ. Jetzt wollen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verhindern, daß der Anschluß an andere Wirtschaftsbereiche verlorengeht. Die Lohn- und Gehaltsforderungen – so die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies – seien daher „ökonomisch vernünftig, finanzpolitisch vertretbar und sozialpolitisch geboten“.

Ein zweiter Schwerpunkt liegt in der diesjährigen Tarifbewegung bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Nach einer sehr intensiven und breit angelegten Diskussion über die sinnvollste Form erhoben die Gewerkschaften nun die Forderung nach 10 freien Tagen pro Jahr, die nach Ansicht der ÖTV rund 100 000 neue Arbeitsplätze bringen könnten. Wie auch in früheren Tarifrunden treten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – ÖTV, Deutsche Postgewerkschaft, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaft der Polizei und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft – gemeinsam an. Einig ist man sich auch darüber, daß die beamteten Beschäftigten auch diesmal aktiv einbezogen und nicht als Streikbrecher mißbraucht werden dürfen.

R.B.

Forderungspaket für die MTV-Runde

Auf ihrer Sitzung am 7. September hat die Bundestarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) für das Reisebürogewerbe ein Forderungspaket für die Manteltarifrunde 1984/85 geschnürt. Hauptpunkt ist die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche bei vollem Gehalts- und Lohnausgleich. Wert wird auch darauf gelegt, daß die wöchentliche Arbeitszeit mindestens 20 Stunden und die tägliche Arbeitszeit mindestens vier Stunden beträgt. Die Mehrarbeit soll täglich wie jährlich begrenzt sein und in unvermeidbaren Fällen durch Freizeit einschließlich der Zuschläge abgegolten werden. Darüber hinaus wird die Erhöhung des Weihnachtsgeldes nach einem Stufenplan auf ein volles Monatsgehalt verlangt. Eine weitere Forderung beinhaltet, daß Frauen, die nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubes ausscheiden, innerhalb von 18 Monaten nach der Entbindung Anspruch auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz haben.

Freischichten für Bleistiftindustrie

Anfang September hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) für die rund 6000 Beschäftigten der Bleistiftindustrie einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Danach reduziert sich die jährliche Arbeitszeit ab 1. April 1985 um sechs und ein Jahr später um zwölf Tage bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Umgerechnet entsprechen diese sechs bzw. zwölf freien Tage einer 39- bzw. 38-Stunden-Woche.

IGBE vereinbarte Vorruhestand

Ab 1. Oktober trat für die rund 12 000 Beschäftigten der Erdöl- und Erdgasgewinnung ein neuer Tarifvertrag in Kraft, der von der zuständigen IG Bergbau und Energie (IGBE) ausgehandelt worden ist. Danach steigen die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 3,4 Prozent. Hinzu kommt die Heraufsetzung der Leistungs- und Erfahrungszulage um 5 DM in der Stufe 1 und um 7 DM in der Stufe 2. Ebenfalls ab 1. Oktober können Beschäftigte nach Vollendung des 58. Lebensjahres einen Vorruhestand in Anspruch nehmen. Voraussetzung ist eine 10jährige Betriebszugehörigkeit. Nach Angaben der IGBE beträgt das Vorruhestandsgeld 75 Prozent einer Bemessungsgrundlage, die sich aus 107 Prozent des Tarifentgelts einschließlich der Leistungs- und Erfahrungs-

zulage sowie der Schichtzulage ergibt. Ab 1985 erhalten alle Beschäftigten über 55 Jahre jährlich zwei zusätzliche freie Tage.

97,8 Prozent für Streik brachten Erfolg

Die Löhne und Gehälter der 800 Beschäftigten bei der Hapag-Lloyd Flug werden um 3,3 Prozent erhöht und das Urlaubsgeld um 120 DM aufgestockt. In drei Verhandlungsrunden weigerten sich die Unternehmer hartnäckig, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) überhaupt ein Angebot zu unterbreiten. Vielmehr hatten sie darauf bestanden, daß die Beschäftigten zwei Jahre auf eine Erhöhung verzichten. Als „Gegenleistung“ sollte lediglich für knappe zwei Jahre die Sicherheit der Arbeitsplätze, „soweit möglich“ garantiert werden. Erst eine am 25. und 26. September durchgeführte Streikurabstimmung, die 97,8 Prozent für den Arbeitskampf brachte, war notwendig, um den Unternehmern Zugeständnisse abzurufen.

Vorruhestand beim Bau perfekt

Mit der Ende September von der IG Bau-Steine-Erden (IGBSE) und den Unternehmervertretern geleisteten Unterschrift ist der bereits Anfang Juli ausgehandelte Tarifvertrag über einen Vorruhestand nun perfekt. Nach diesem Vertrag, der am 1. Januar 1985 in Kraft tritt, erhalten die über 58jährigen Bauarbeiter, die vorzeitig in Rente gehen wollen, 75 Prozent ihres letzten durchschnittlichen Monatseinkommens. Hinzu kommt noch ein 7prozentiger Ausgleich für die Einmalzahlungen. Das Vorruhestandsgeld wird jährlich den Rentenerhöhungen angepaßt.

Gefordert: 5 Prozent und Vorruhestand

Für die rund 48 000 Beschäftigten der papiererzeugenden Industrie begannen Mitte September zentrale Verhandlungen. Die zuständige IG Chemie-Papier-Keramik verlangt neben einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 5 Prozent einen Rechtsanspruch auf Vorruhestand ab dem 58. Lebensjahr. Dabei soll das Ruhestandsgeld mindestens 75 Prozent des bisherigen Bruttoeinkommens zuzüglich der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung betragen. Darüber hinaus fordert die IG Chemie für alle Beschäftigten ab 50 Jahre und für besonders Belastete, z.B. Schichtarbeiter ohne Altersbegrenzung, die 35-Stunden-Woche. Überstunden sollen durch bezahlten Freizeitausgleich bei Beibehaltung der Zuschläge abgebaut werden.

TARIEKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

30. November – 0,03 Mill.

Tischlerhandwerk Niedersachsen, Stadt Bremerhaven (13 000); Ernährungsindustrie Bayern – Angestellte – (6200); feinkeramische Industrie Nordwestdeutschland, Hessen (4700); Erfrischungsgetränkeindustrie Niedersachsen, Bremen, Bayern (4500).

31. Dezember – 0,2 Mill.

Schuhindustrie – Arbeiter – Bundesgebiet (38 400); Schuhindustrie Angestellte Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern (8000); Hotel- und Gaststättengewerbe Hamburg, Baden-Württemberg (56 000); Tankanlagenbau und Tankschutzgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (10 000); Mittelstandsbrauereien Bayern (7000); Naßbaggengewerbe Bundesgebiet (9000); Damenschneiderhandwerk Bundesgebiet (5800); Molkereien Niedersachsen und Bremen (4100); Milch-, Käse- und Schmelzkäseindustrie (2200); Milchindustrie Nordwestdeutschland (2200); Milchindustrie Nordwestdeutschland (2500).

31. Januar – 0,3 Mill.

Papier- und pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet (95 100); Kfz-Gewerbe Nordwürttemberg-Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern (38 800); Schlosser- und Schmiedehandwerk Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein (48 800); Mechanikerhandwerk Bayern (7500); Holzverarbeitende Industrie Hessen (13 200); Heizungsindustrie Südbaden (6500); Elektrohanderwerk Schleswig-Holstein (6000); Tapetenindustrie Bundesgebiet (4500).

28. Februar – 1,1 Mill.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen (536 000); Einzelhandel Hessen (124 000); Stationierungstreitkräfte Bundesgebiet (116 400); Elektrohanderwerk Nordrhein-Westfalen (72 000); Sägeindustrie Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Niedersachsen (31 000); Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen (73 000); Fleischerhandwerk Niedersachsen (18 200); Klempnerhandwerk Nordrhein-Westfalen (60 000); Galvaniseure Bundesgebiet und Westberlin (13 000); Zuckerindustrie – Angestellte – Bundesgebiet (10 000); Metallhandwerk Westberlin (11 000); Heizungsindustrie Nordrhein-Westfalen (8000); Brot- und Backwarenindustrie Bayern (8400); Landmaschinenmechanikerhandwerk Bayern (6500); Zigarrenindustrie – Arbeiter – Bundesgebiet (5500).

Haushaltsplan '85: Konsolidierung auf Kosten der Arbeitslosen

Der Bundeshaushaltsplan für 1985 läßt die Schwerpunkte und Hauptrichtungen der Politik der Rechtsregierung deutlich erkennen. Er wird insgesamt geprägt durch ein real rückläufiges Ausgabenvolumen, durch eine Strukturverschiebung der Ausgaben weg von den Sozialausgaben, hin zur Gewinnstimulierung und zur Rüstung. Er macht deutlich, daß diese Bundesregierung dem Anstieg der Arbeitslosigkeit weiterhin untätig zusehen wird.

Als Haupterfolg ihrer Politik stellt die Bundesregierung die Rückführung der Neuverschuldung im Bundeshaushalt von etwa 31,5 Milliarden im laufenden Jahr auf 24 Milliarden im Jahr 1985 heraus. Die Staatsverschuldung wächst also weiter, wenn auch langsamer – vorausgesetzt, die nächste Krise macht dem keinen Strich durch die Rechnung. Dabei ist allerdings anzumerken, daß in dieser Rechnung der erwartete Bundesbankgewinn in Höhe von 10,5 Milliarden nicht enthalten ist.

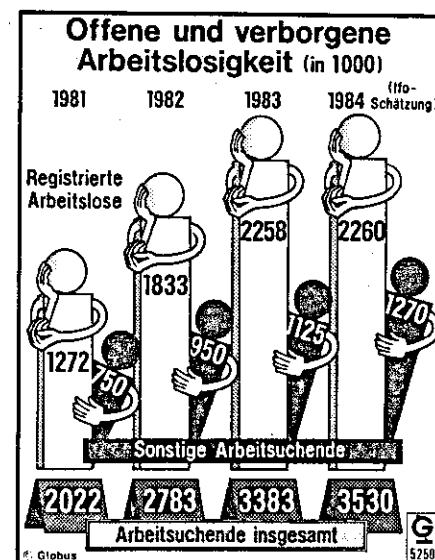
Der Preis für diese Art von „Konsolidierung“ ist zunächst in der gesamtwirtschaftlichen Wirkung einer solchen Haushaltspolitik zu suchen. Die Ausgabensumme steigt – im Vergleich zum Plansoll 1984 – um 1,2 Prozent an, d. h. real gehen die Bundesausgaben weiter zurück. In einer Situation, die für 1985 schon wieder eine Konjunkturverlangsamung, möglicherweise schon den Beginn einer neuen zyklischen Krise befürchten läßt, ist eine solche restriktive Haushaltsgestaltung ein Beitrag zur beschleunigten Herbeiführung eines Konjunkturrückfalls. Dabei werden die Arbeiter und Angestellten die Hauptleidtragenden sein: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der sich gegenwärtig relativ langsam vollzieht, wird dann wieder an Tempo zulegen.

In der Struktur des Bundeshaushalts fällt zunächst der niedrige und sinkende Anteil der investiven Ausgaben auf: 35,3 Milliarden DM, 13,7 Prozent der Gesamtausgaben, sollen investiv verausgabt werden, etwa ebensoviel wie im Plan für 1984 vorgesehen. Noch Anfang der 70er Jahre lag der Anteil bei 18 Prozent. Für eine Bundesregierung, die die Ausweitung der investiven Ausgaben auf ihre Fahnen geschrieben hat, eine durchaus merkwürdige Erscheinung.

Weiterhin ist bemerkenswert, daß die sozial orientierten Haushaltsposten, die zu einem erheblichen Teil auch investiv sind, nicht nur relativ, sondern auch absolut reduziert werden. Die beiden wichtigsten Einzelpläne sind hier „Arbeit und Soziales“ und „Jugend, Familie und Gesundheit“ – beide werden um mehr als 3 Prozent reduziert, eine „Ersparnis“ von rund 2,5 Milliarden DM.

Der größte Posten ist hierbei der Wegfall des noch für 1984 eingeplanten Bundes-

zuschusses zur Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Höhe von 1,7 Milliarden DM. Inzwischen werden schon für 1984 Überschüsse der BA in Höhe von etwa 4 Milliarden DM erwartet, die möglicherweise 1985 noch höher ausfallen werden. Bezahlt werden diese Ersparnisse von den Beitragszahlern und den Arbeitslosen: Der Beitragssatz stieg von 3 Prozent 1981 auf 4,6 Prozent 1983, die durchschnittliche



Leistung der Bundesanstalt für Arbeit für einen Arbeitslosengeldempfänger (inkl. Renten- und Krankenversicherungsbeiträge) ging von etwa 1625 DM monatlich im Jahre 1982 auf 1325 DM im laufenden Jahr zurück.

Der Einzeletat mit der stärksten Zuwachsrate (mit Ausnahme der „Allgemeinen Finanzverwaltung“, also vor allem Berlinhilfe) ist der Verteidigungsetat. Er erhöht sich gegenüber dem Plan 1984 um 3,7 Prozent auf 49,3 Mrd., nach der vorliegenden Finanzplanung soll er bis 1987 auf 52,9 Milliarden angestiegen sein. Im Bundesfinanzbericht werden außerdem noch die Posten „Verteidigungslasten“ (1,7 Milliarden, Anstieg, 5,6 Prozent) und „Zivile Verteidigung“ (830 Millionen, Anstieg 2,4 Prozent) zu den Verteidigungsausgaben hinzugezählt.

Bei einer gründlichen Analyse des Gesamthaushalts lassen sich aber noch zahlreiche andere Posten finden, die zu den

Rüstungsausgaben zu zählen sind, so sind für den Bundesgrenzschutz im Haushalt des Bundesinnenministeriums 1128 Millionen vorgesehen, im Einzelplan „Versorgung“ finden sich an Zuwendungen für Bundeswehr und ehemalige Wehrmacht etwa 5,5 Milliarden DM. Zählt man die zahlreichen Einzelposten zusammen, so ergeben sich im Plan für 1985 – ohne die Westberlinhilfe – Rüstungsausgaben in Höhe von 61,6 Milliarden DM. (Vgl. zur Systematik: Eberhard Dähne, IMSF-Arbeitsmaterialien Nr. 9, Kosten von Rüstung und Bonner Atomprogramm.)

Einen wachsenden Teil innerhalb des Verteidigungsetats nehmen zudem militärische Beschaffungen ein. Nach der Finanzplanung steigt der Umfang der Beschaffungskosten für Waffen und anderes Gerät 1984 und 1985 um jeweils etwa 5 Prozent. Schließlich ist auf die wichtigen Auswirkungen der verschiedenen Steuerrechtsänderungen zu verweisen, die die Unternehmen und Selbständigen auf durchgreifende Weise entlastet haben. Die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen werden erst in den kommenden Jahren voll wirksam werden. So sah das „Steuerentlastungsgesetz 1984“ Steuerentlastungen bzw. -erleichterungen vor in den Bereichen Vermögensteuer, Erweiterung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe und für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, Verdoppelung des Verlustrücktrags und Vergrößerung bestimmter Freibeträge. Aus diesen ausschließlich den Unternehmen zugute kommenden Steuererleichterungen resultieren für 1985 Steuerausfälle von insgesamt (also bei Bund, Ländern und Gemeinden) 4,8 Milliarden DM. 1984 beliefen sich die entsprechenden Entlastungen aus dem genannten Gesetz erst auf 2,6 Milliarden.

Umgekehrt wirken die Bestimmungen des „Haushaltsgesetzes 1984“, deren finanzielle Folgen 1985 noch stärker spürbar sein werden als im laufenden Jahr. Dieses Gesetz enthält einen umfangreichen Katalog sozialer Kürzungsmaßnahmen, wobei die Kürzungen im Rentenbereich, bei der Bundesanstalt für Arbeit und im öffentlichen Dienst die einschneidendsten sind. Bezogen auf 1985 bringt dieses fast ausschließlich Einschränkungen im Sozialbereich, die den öffentlichen Haushalten insgesamt Zusatzeinnahmen von 14,2 Milliarden DM (gegenüber 11,5 Milliarden 1984) verschaffen sollen (davon 7 Mrd. allein beim Bund). Mit diesen gewaltigen Einschränkungen bei den Sozialausgaben konnten also nicht nur die Steuererleichterungen bei den Unternehmen, sondern auch der „Konsolidierungserfolg“, d. h. die Verringerung der Neuverschuldung, bezahlt werden.

Ob zumindest diese Rechnung aufgeht, wird sich aber erst zeigen müssen. Schon eine nur geringfügig langsamere Wirtschaftsentwicklung – zur Zeit wird mit einer Wachstumsrate von real 2,5 Prozent gerechnet – wird die Neuverschuldung rasch wieder in die Höhe treiben.

Jörg Goldberg

„Aufschwung“ schon vorbei?

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die bescheidene konjunkturelle Belebung von 1983 und 1984 schon im kommenden Jahr wieder ihrem Ende entgegengehen wird. Ein wichtiger Indikator der bevorstehenden Entwicklung sind dabei die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen, die das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in gewissen Abständen durchführt. Dabei werden natürlich keine „objektiven“ Daten erhoben, sondern lediglich subjektive Stimmungen und Erwartungen bei den Unternehmern abgefragt. Es ist klar, daß dabei auch politische und durch Massenmedien erzeugte Stimmungen eine Rolle spielen – allerdings hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß die aus den Befragungsergebnissen berechneten Trends oft richtiger waren als die Ziffern, die die komplizierten Computermodelle der Wirtschaftsforschungsinstitute auswarfen.

Dabei muß natürlich eine gewisse Einschränkung bei den in Zahlen gefaßten Befragungsergebnissen gemacht werden: Sie stellen keine genau berechneten quantitativ verwertbaren Rechenergebnisse dar, sondern sind lediglich als Richtungsanzeiger verwertbar.

Betrachtet man mit diesen Vorbehalten die Ergebnisse der „Prognose 100“ des Instituts, bei der etwa 400 Unternehmen im Juli 1984 – also nach den Arbeitskämpfen – hinsichtlich ihrer Pläne befragt wurden, so sind diese für die zukünftige Entwicklung alles andere als vielversprechend. Die für eine konjunkturelle Belebungphase ohnehin sehr bescheidenen Expansionsraten sollen sich schon im kommenden Jahr wieder abschwächen, das Produktionswachstum gegenüber 1984 nahezu halbieren.

Negativ sind die Ergebnisse vor allem für die Beschäftigung: Der Arbeitsplatzabbau hält an, in keinem Jahr kommt es auch nur zu einem vorübergehenden Stillstand dieser Entwicklung. 1985 dürfte die Zahl der Industriebeschäftigten demnach um etwa 100 000 niedriger liegen als 1983.

Dabei setzen die Unternehmer immer noch überproportional auf das Wachstum der Auslandsmärkte, eine durchaus unsichere Angelegenheit. Zwar ist der Weltmarkt im Zuge des vergleichsweise kräftigen Aufschwungs in den USA und dem damit verbundenen hohen Handelsbilanzdefizit bis jetzt deutlich angewachsen, seit der Jahresmitte 1984 aber zeigt auch die Konjunktur in den USA „Ermüdungserscheinungen“. Läßt die Zugkraft des Außenhandels aber merklich nach, so wird das die Unternehmen zu Kürzungen in den Investitionsplänen und zu noch stärkerem Belegschaftsabbau veranlassen.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	Juli 1984 ¹	Veränderung in v. H. gegenüber Juni 1984	Juli 1983
Produktion	94,6	+ 8,6	+ 9,5
Auftragseingänge ²	112,1	+ 7,2	+ 17,0

1) nominal 2) Ergebnis durch Auswirkung der Arbeitskämpfe verzerrt
(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1980 = 100	August 1984	Veränderungen in v. H. gegenüber Juli 1984	August 1983
Lebenshaltung	118,2	- 0,2	+ 1,7
Industriepreise	119,3	0,0	+ 2,6
Landw. Erzeugerpreise ¹	108,2	- 2,5	+ 1,4
Importpreise	123,2	+ 0,6	+ 4,7
Exportpreise	116,5	+ 0,3	+ 3,2

1) Juli

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	August 1984	Veränderungen in 1000 gegenüber Juli 1984	August 1983
Arbeitslose	2202	0	+ 6
Kurzarbeiter	212	- 50	- 167
Offene Stellen	95	- 4	+ 12

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Planung in der verarbeitenden Industrie¹

	1983	1984	1985
Gesamtumsatz	+ 2	+ 6	+ 5
Inland	+ 2	+ 4	+ 5
Ausland	+ 2	+ 9	+ 6
Produktion (real)	+ 0,9	+ 3,8	+ 2,0
Investitionen	+ 2	+ 7	+ 6
Beschäftigung	- 4,2	- 0,8	- 0,7

1) Nominale Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Unternehmensbefragung, Ifo-Schnelldienst 25/26/1984)

Ausschlaggebend für die erwarteten Abschwächungserscheinungen sind die gedämpften Absatzerwartungen im Verbrauchsgüterbereich. Die Verbrauchsgüterindustrien rechneten für 1984 noch mit einem Produktionswachstum von knapp 6 Prozent, für 1985 werden höchstens noch 2 Prozent erwartet. Im Jahresverlauf von 1985 – also beim Vergleich der Produktion am Jahresanfang mit der am Jahresende – wird sogar mit einer Stagnation gerechnet. Mit einer deutlichen Verlangsamung kalkuliert auch der Sektor der Grundstoffe

und Produktionsgüter, lediglich bei den Investitionsgütern wird eine Fortsetzung des Aufwärtstrends erhofft. Dies hängt mit dem hohen Exportanteil dieses Sektors zusammen.

Kommt es 1985 zu einer Verringerung der Exportraten, ohne daß sich die Situation auf den Binnenmärkten gebessert hat, dann muß schon für das kommende Jahr mit dem Abrutschen in eine neue zyklische Krise gerechnet werden.

J.G.

Gratwanderung der IG Chemie zwischen eigenem Weg und Solidarität

Auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik hatte die Führungsmannschaft um Hermann Rappe, dem Vorsitzenden, zwar keinen schweren Stand, wie etwa vor vier Jahren in Mannheim, aber es fiel ihr nicht leicht, schlüssig zu argumentieren und ihren Kurs, z. B. in der Arbeitszeitfrage, zu rechtfertigen. Die sozialpartnerschaftlichen Züge, wie sie in allen Bereichen gewerkschaftlicher Politik dieser drittgrößten DGB-Organisation vorherrschen, fanden deutliche Kritik unter den Delegierten; aber wenn es dann um Entscheidungen ging, brachten sie kaum Gewicht auf die Waage.

In dieser Kongreßwoche vom 2. bis 8. September in Westberlin widerspiegelten die 415 Delegierten eine Organisation, aus der noch keineswegs die „Luft raus ist“. In zahlreichen Diskussionsbeiträgen, vornehmlich zu den Geschäftsberichten der Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes und weniger in der Antragsberatung, zeigte sich der Wille der Basis zu aktiver Interessenvertretung, zur unabhängigen gewerkschaftlichen Aktion, zu solidarischer Gemeinsamkeit im DGB, wurde gesellschaftskritisches Potential sichtbar.

Das gilt auch für eine größere Zahl von Anträgen zu allgemein-, sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen, besonders aber zur Tarifpolitik und zur demokratischen Organisationsstruktur der IG Chemie. Da wurde gefordert, dem Sozialabbau „schärfsten Widerstand entgegenzubringen“ (A 1) und von der Bundesregierung zu verlangen, „die zukünftigen Haushalte nicht mehr durch Einsparungen im Sozialbereich zu entlasten, sondern Einschränkungen insbesondere im Bereich des Verteidigungsetats vorzunehmen“ (AE 2). Diese Anträge wurden dem entsprechenden Leitartikel des Hauptvorstands, in dem es solche Formulierungen nicht gibt, als „Material“ zugeordnet. Jedoch forderte der Gewerkschaftstag in der Hauptvorstands-Entscheidung zur Wirtschaftspolitik (B 1) „die Senkung der Rüstungsausgaben im Zuge einer aktiven Entspannungspolitik“.

Eine Reihe von Anträgen aus mehreren Verwaltungsstellen hatte die Weiterentwicklung der innergewerkschaftlichen Demokratie und eine offenere Organisationspolitik zum Ziel. So wurde u. a. gefordert, dem Verwaltungsstellenverband ein gleichberechtigtes Vorschlagsrecht (das jetzt nur der Hauptvorstand im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand hat) bei der Besetzung bzw. Wiederbesetzung der Geschäftsführer- und Sekretärstellen auf der Ebene der Verwaltungsstellen einzuräumen. Andere Anträge forderten dieses Vorschlagsrecht für die Bezirksvorstände, wenn dort der Bezirksleiter oder Bezirkssekretäre zu wählen sind. Oder es wurde beantragt, Schülern und Studenten, die keine Arbeit gefunden haben, die Mitglied-

schaft in der Gewerkschaft zu ermöglichen und Einzelmitgliedern sowie arbeitslos gewordenen Mitgliedern auf der örtlichen Ebene Delegiertenmandate zuzubilligen. In allen Fällen wurde die Ablehnungsempfehlung der Antragskommission mehrheitlich bekräftigt.

Wahlergebnisse

Anwesend waren 415 stimmberechtigte Delegierte. An Jastimmen erhielten:

Hermann Rappe, 55 (Vorsitzender)	336
Egon Schäfer, 45 (stellv. Vorsitzender)	312
Werner Vitt, 57 (stellv. Vorsitzender)	348
Eva Kaiser, 56	336
Horst Mettke, 44	271
Wolfgang Schultze, 48	317
Jürgen Walter, 39 (er bekam im ersten Wahlgang nur 195 Stimmen, so daß ein zweiter Wahlgang angesetzt wurde)	213

Trotz einer Personalpolitik des Hauptvorstandes, die in zahlreichen Verwaltungsstellen, einigen Landesbezirken und selbst im Hauptvorstand mit Versetzungen, Entlassungen, Umbesetzungen, Vergleichen, Kompetenzveränderungen und -bescheidungen, dem Präsentieren „neuer Leute“, organisatorischen Neugliederungen der Verwaltungsstellen, Zusammenlegungen usw. offenbar „Rache für Mannheim“ nahm, gelang es der Führung nicht, die Organisation gänzlich auf den sozialpartnerschaftlichen Kurs auszurichten.

Damit hat gewiß auch der seit dem Regierungsantritt des Kohl/Genscher-Kabinetts sich in der SPD – auch in der Führung – vollziehende Wandel in wesentlichen poli-

tischen Fragen etwas zu tun. Hermann Rappe kann nicht mehr, wie früher, mit der Autorität „der“ Partei (Kanzler, Minister, Fraktion, Führung) in der Gewerkschaft agieren. Denn er ist zu deutlich an den äußersten rechten Rand seiner Partei geraten, so daß er in zentralen Fragen wie z. B. zur NATO-Politik, dem Verhältnis zur Friedensbewegung und zu Friedensaktivitäten überhaupt oder der Haltung zu den Grünen mehr Gemeinsamkeiten mit der CDU als mit der SPD hat. In der Einheitsgewerkschaft, in der nicht die parteipolitische Ausrichtung, sondern die aktive Wahrnehmung der Mitgliederinteressen gefragt ist, wird es ihm darum nicht leichter, die Positionen des rechten SPD-Flügels umzusetzen.

So war es denn nur folgerichtig, daß sich am Rednerpult des Gewerkschaftstages Kritik an der von Rappe vor zwei Jahren kreierten Formel von der „gesamtgesellschaftlichen Verabredung“ zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften, die zur Überwindung von Krise und Arbeitslosigkeit notwendig sei, artikulierte. Der Delegierte Max Weyer konnte bislang nur eine „Verabredung von Regierung und Wirtschaft“ beim Schröpfen des kleinen Mannes entdecken. So auch Fritz Libuda: „Für mich hört jede Sozialpartnerschaft dann auf, wenn ich feststellen muß, daß uns die einen täglich vorexerzieren, was es heißt, die Interessen des Kapitals mit allen Mitteln rigoros zu vertreten, während die anderen arbeitslos vor den Fabriktoren stehen und nicht hineingelassen werden.“

Ein anderes Thema für eine tiefergehende Diskussion war die Tarifpolitik, insbesondere die Konzeption zur Arbeitszeitverkürzung. Der Gewerkschaftstag verabschiedete ein „Tarifpolitisches Programm“ (Antrag J 1), das zuvor knapp ein Jahr lang in der Organisation diskutiert worden war und „Grundlage für die tarifpolitische Diskussion und Auseinandersetzung der nächsten Jahre“ sein soll. Danach ist die „Einführung der 35-Stunden-Woche das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften“ im DGB. Die Arbeitszeitverkürzung für ältere und besonders belastete Arbeitnehmergruppen, eine Vorruhestandsregelung und der Abbau von Mehrarbeit werden als „kurzfristige Schritte und Zwischenschritte auf dem Wege zu diesem Ziel“ bezeichnet. Alle „Gruppen der Gesellschaft“ müßten im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Verabredung zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen.

Zum Weg zur Arbeitszeitverkürzung, wie ihn die IG Chemie eingeschlagen hat, gab es viele kritische Bemerkungen. Einige Delegierte hätten es lieber gesehen, wenn sich auch ihre Gewerkschaft entsprechend dem beschlossenen Antrag 452 des Mannheimer Gewerkschaftstages an dem Ringen um die 35-Stunden-Woche beteiligt hätte. Mehrheitlich zielte die Kritik jedoch auf die Art und Weise des Vorgehens. Dadurch hätten Unternehmer und Regierung die Möglichkeit bekommen, die Gewerkschaften in „besonnene“ und „radikale“ einzuteilen. Für die so notwendige

Solidarität im DGB sei das Verhalten der IG Chemie eine Belastung gewesen. Man habe sich demonstrativ für den Vorruhestand entschieden, aber das Ergebnis sei, daß die Chemie-Unternehmer jetzt eine entsprechende Vereinbarung verweigern, während IG Metall und IG Druck und Papier den Einstieg in die 35-Stunden-Woche geschafft hätten.

Delegierte aus Baden-Württemberg berichteten indessen von der tätigen Solidarität Tausender Chemie-Gewerkschafter während des Kampfes der Metaller und Drucker. Die Erwidlung des für Tarifpolitik verantwortlichen Vorstandsmitgliedes

Notizen am Rande...

Auf dem Parteiabend der SPD während des Chemie-Gewerkschaftstages am 5. September gab Hermann Rappe dem der Parteilinken zugeordneten neuen SPD-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Gerhard Schröder, einen Rat für die künftige Zusammenarbeit: „Ich gehe einen Schritt nach links und du zwei Schritte nach rechts.“ – Man beachte das rechte Selbstverständnis Rappes!

Nach den Wahlen stellten sich die Mitglieder des neugewählten geschäftsführenden Hauptvorstandes der Presse. Da anschließend eine Pressekonferenz des DGB-Bundesvorstandes stattfand, waren auf der Chemie-Presskonferenz schon mehrere DGB-Vorstandsmitglieder anwesend, die die Gelegenheit nutzten, ihren Kollegen von der IG Chemie zur Wiederwahl zu gratulieren. Als Ilse Brusis dem im ersten Wahlgang durchgefallenen und im zweiten dann knapp gewählten Jürgen Walter die Hand schüttelte, meinte dieser: „Wir machen das schon!“ – Was wohl?

Horst Mettke auf die Kritik geriet ihm stellenweise zu einer Art Delegiertenschelte; bei den Vorstandswahlen hatte er das zweitschlechteste Ergebnis. Unzufriedenheit gab es auch mit dem Sparkonzept des Hauptvorstandes, das neben dem Wegfall der Bundesarbeitstagung zwischen den Gewerkschaftstagen u. a. die Zusammenlegung der Bezirke Nordmark-Westberlin und Niedersachsen sowie Nordrhein und Westfalen vorsieht.

Gewiß bleibt noch viel zu tun, um die IG Chemie-Papier-Keramik wieder zu der aktiv handelnden Gewerkschaft werden zu lassen, die sie unter dem Vorsitz von Wilhelm Gefeller war. Es ist so, wie es der Delegierte Hans Esswein ausdrückte: „Wir dürfen nicht zulassen, daß auch nur eine der 17 DGB-Gewerkschaften (von den Wende-Politikern) kaputtgemacht wird.“

(Siehe auch Beschlüsse im Einhefter und NACHRICHTEN 9/84) Gerd Siebert

Hermann Rappe liebäugelt mit Großer Koalition

In einem Interview mit der Wochenzeitung des DGB („Welt der Arbeit“, Nr. 37/1984) zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik. Anfang September in Westberlin, sprach sich deren Vorsitzender Hermann Rappe, zugleich Bundestagsabgeordneter der SPD, für eine Große Koalition von CDU/CSU und SPD aus. Auf alle Fälle würde er, wenn 1987 nach der nächsten Bundestagswahl der Fall eintrete, daß die SPD nur mit Hilfe der Grünen eine Regierung bilden könnte, der Großen Koalition den Vorrang geben. Vom Gewerkschaftstag war Rappe nicht ermächtigt, eine derartige Erklärung abzugeben.

Allerdings besteht ein enger Zusammenhang mit Rappes erneut in Westberlin bekräftigtem Ziel, sich für eine „gesamtgesellschaftliche Vereinbarung“ von Unternehmern, Gewerkschaften und Regierung einzusetzen. Immer dann, wenn in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der im DGB-Grundsatzprogramm erneut postulierte „Interessengegensatz von Kapital und Arbeit“ von Führungen der SPD und der Gewerkschaften zu verweisen versucht wurde, profitierte das Kapital zu Lasten der arbeitenden Klasse.

Zwischen der besonders von Georg Leber in den 50er und 60er Jahren geprägten Sozialpartnerschaft zu der heutigen von Hermann Rappe sind bei gemeinsamer Grundposition einige Unterschiede nicht zu übersehen. Leber und seinesgleichen gingen damals davon aus, daß der Kapitalismus Massenarbeitslosigkeit und Reallohnabbau für immer überwunden habe. Damals sah sich das Kapital veranlaßt, zur Stabilisierung seiner Macht nach seiner größten Niederlage im Jahre 1945 für die Umwandlung der Gewerkschaften von Kampforganisationen in, wie Leber sagte, „Ordnungsfaktoren des Staates“ auch materielle Zugeständnisse zu machen.

Heute kann auch Hermann Rappe nicht übersehen, daß wir es hierzulande mit einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu tun haben. Dennoch möchte er die Sozialpartnerschaft neu beleben, der er nun den Begriff „gesamtgesellschaftliche Vereinbarung“ zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Regierung gegeben hat. Diese neue Art einer angeblichen Klassenharmonie von Kapital und Arbeit läuft de facto darauf hinaus, die Unternehmer- und Regierungspolitik der wachsenden Massenarbeitslosigkeit, weiteren Abbau sozialer Leistungen, Reallohnsenkung und auch wachsender Kriegsgefahr zu billigen und den gewerkschaftlichen Widerstand dagegen zu untergraben. Dies zeigte sich schon an der Haltung der Führungsspitzen der IG Chemie, der IG Bau-Steine-Erden und der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten während des Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche. Diese haben sich un-

solidarisch verhalten, als sie entgegen einstimmig gefaßter DGB-Beschlüsse vorfristig Vorruhestandsregelungen abgeschlossen und die 40-Stunden-Woche bis 1988 festgeschrieben haben.

Wenn die Politik der Sozialpartnerschaft oder der Integration der Gewerkschaften in das sozialreaktionäre kapitalistische System auf Regierungsebene in Form einer großen Koalition übertragen wird, potenzieren sich zwangsläufig die Gefahren für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Dies zeigte sich bereits 1967, als mit der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger, die von den Gewerkschaften abgelehnten Notstandsgesetze mit einer Zweidrittelmehrheit vom Bundestag verabschiedet wurden.

Hermann Rappes Initiative für eine Große Koalition findet nicht nur bei der Mehrheit der Gewerkschafter, sondern auch bei großen Teilen seiner eigenen Partei keine Unterstützung. Vor allem auch darum, weil Rappes jetzige Politik schon darauf hindeutet, daß er nicht bereit ist, Beschlüsse seiner Partei und des DGB, wie z. B. die Ablehnung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper zu unterstützen und Aktionen dagegen zu organisieren. In vielen seiner politischen Aussagen – auch mit seinem übersteigerten Antikommunismus – vertritt der SPD-Bundestagsabgeordnete eine Linie, die näher bei der CDU/CSU angesiedelt ist als bei seiner eigenen Partei.

Nicht nur der Streik und der jetzige Kampf in den Betrieben um die Realisierung der Wochenarbeitszeitverkürzung für alle verdeutlichen, daß die Mehrheit des DGB nicht bereit ist, Hermann Rappes Kurs zu unterstützen. Das zeigt sich beispielsweise in Erklärungen des zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, vor dem Beirat seiner Organisation. Dazu schreibt „Metall“ Nr. 19/1984: „Im Arbeitskampf dieses Jahres sei bewiesen worden, daß umfassende Mobilisierung in der Krise möglich sei und daß sich aktives Engagement gegen die Krise lohne.“

Werner Petschick

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

12. Gewerkschaftstag der IG Chemie: Beschlüsse

Nachstehend eine Auswahl aus den Beschlüssen, die der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik faßte. Der Gewerkschaftstag tagte vom 2. bis 8. September 1984 in Westberlin (Bericht auf Seite 11).

Wende in der Sozialpolitik (AE 1)

Seit der sog. „März-Wende“ wurden und werden in allen Sozialbereichen Kürzungen und Änderungen von Anspruchsvoraussetzungen, Arbeitnehmerschutzgesetzen und -vorschriften sowie Sozialleistungen vorgenommen. Ende 1985 wird das Ergebnis der Umverteilung von unten nach oben auf 210 Milliarden DM zu Lasten der Arbeitnehmer, Rentner und ihrer Familien geschätzt, nicht eingerechnet noch zu erwartende gesetzliche Änderungen bis zu diesem Zeitpunkt. Gleichzeitig werden die Unternehmer und Selbständigen mit Milliarden Steuergeschenken begünstigt, ohne sie auch nur in einem einzigen Punkt an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zu beteiligen.

Auch die in der Diskussion befindliche Steuerreform läßt bereits erkennen, daß sie wiederum nur bei den Besserverdienenden und Spitzenverdienern zu wirksamen Steuerermäßigungen führen wird, während gerade die Lohnsteuerzahler allenfalls mit einem Trostpflaster abgespeist werden, das schließlich noch durch Mehrwertsteuer- und Abgabenerhöhungen aufgehoben wird.

Weltweite und strukturelle Unsicherheiten lassen schlüssige, über Jahrzehnte währende Lösungen nicht zu. Die Gewerkschaften erwarten vom Staat, daß finanzielle und wirtschaftliche Krisen nicht ausschließlich durch Leistungskürzungen und Abgabenerhöhungen auf dem Rücken der Arbeitnehmer und ihrer Familien ausgetragen werden. Der Staat darf sich aus seiner Verantwortung zur Wahrung des Sozialstaates und zur Sicherung der Vollbeschäftigung nicht weiter zurückziehen. Die Gewerkschaften werden alle Möglichkeiten nutzen, um durch tarifpolitische Maßnahmen und durch politische Einflußnahme die soziale Sicherheits- sowie gerechte Einkommens- und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Alle Arbeitnehmer werden aufgefordert, die Gewerkschaften als parteiübergreifende Organisation zu stärken und gegen reaktionäre Entwicklungen handlungsfähig zu halten.

Inhaltsverzeichnis:

Stellungnahmen zum Ergebnis des Arbeitskampfes	15
Kurt van Haaren: Verteidigungsetat darf nicht tabu sein	21
Im Dienstleistungsbereich: Technik statt Menschen	22
Proteste gegen Berufsverbote	23

Alle bisher durchgeführten Maßnahmen im Sozialbereich lassen keine grundlegenden, durchgreifenden Veränderungen mit der Sicherheit auf Konsolidierung unter den veränderten wirtschaftlichen und strukturellen Gegebenheiten erkennen. Durch kurzfristig wirkende Maßnahmen bleibt eine verunsicherte Zukunft im Bereich des Arbeitsrechtes und der Sozialversicherung.

Die Delegierten fordern:

1. Keine weitere Verschlechterung der Arbeitsschutzrechte (Frauen, Jugend und allgemeine Arbeitsbedingungen).
2. Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes mit Fixierung einer Höchstarbeitszeit von 40 Wochenstunden und stark eingeschränkten Mehrarbeitsmöglichkeiten unter voller Mitbestimmung des Betriebs- und Personalrates. Unumgängliche Überstunden sind, statt in Geld, in Freizeit abzugelten.
3. Verkürzung der Arbeitszeit in allen möglichen Formen, wie Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, ggf. auch für Arbeitnehmergruppen mit besonders belastender Arbeit und ältere Arbeitnehmer. Die 35-Stunden-Woche bleibt Ziel aller Gewerkschaften – an ihr führt kein Weg vorbei.
- 4.a) Neuordnung der Finanzierung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung durch einen angemessenen Staatsanteil mit dynamischer Anpassung entsprechend der Veränderung der Arbeitnehmerinkommen.

b) Die Beitragsgrundlagen für den Arbeitgeberanteil müssen wegen des ständig zurückgehenden Arbeitnehmeranteils durch Technisierung und Automation von dem Einkommensanteil der Arbeitnehmer auf eine meßbare betriebliche Ergebnisgröße (z. B. Bruttowertschöpfung) umgestellt werden. Damit sollen auch ungleiche Belastungen zwischen kapital- und lohnintensiven Betrieben beseitigt werden.

c) In der Arbeitslosenversicherung muß zwischen Unterstützungsleistungen und Leistungen zur Strukturverbesserung unterschieden werden, und nur der Unterstützungsbereich darf aus Beiträgen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden. Alle anderen Leistungen sind staatliche Leistungen und müssen auch vom Staat finanziert werden, ggf. durch eine Sonderabgabe (Arbeitsmarktabgabe).

5. In der Krankenversicherung wird jede weitere Selbstbeteiligung der Versicherten als untauglich abgelehnt. Die verwaltungsaufwendige Selbstbeteiligung bei Krankentransport, Kur- und Heilmaßnahmen sowie beim Krankenhausaufenthalt ist rückgängig zu machen. Eine alternative Anrechnung auf den Jahresurlaub wird abgelehnt. Der eingeführte Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag auf Krankengeld ist systemfremd und führt zu unverhältnismäßigen Leistungskürzungen und ist ebenfalls rückgängig zu machen.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind an der Krankenhausplanung gleichberechtigt zu beteiligen, und es müssen insgesamt gleiche Voraussetzungen im Verhältnis der Krankenkassen zueinander geschaffen werden. Die Ortskrankenkassen dürfen nicht zu „Arme-Leute-Kassen“ degradiert werden – ungerechtfertigte, besondere Belastungen müssen ausgeglichen werden.

6. Keine weiteren Verschlechterungen im Behindertenbereich, beispielsweise durch Lockerung des Kündigungsschutzes und Reduzierung des Zusatzurlaubs. Immer mehr stellt sich heraus, daß das Jahr der Behinderten für viele Wendepolitiker nur ein „Jahr der Verhinderten“ war.

7. Wiederherstellung gleicher Bildungschancen für alle durch Ausbildungsförderung nach Einkommen sowie Ablehnung von Elite-Bildungsstätten.

8. Die IG Chemie-Papier-Keramik wird ihre Tarifpolitik vor dem Hintergrund weiterer sozialer Verschlechterungen gestalten und alle Tarifverhandlungen mit arbeitsmarktpolitischen Komponenten zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit verbinden. Sie geht davon aus, daß der Staat grundsätzlich seinen Anteil durch beschäftigungswirksame Investitionen im öffentlichen Bereich und Beschäftigungsprogramme für die Wirtschaft leisten muß.

9. Erweiterung der Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte, speziell bei Technisierung und Automation und deren Folgen sowie im Bereich von Arbeitszeit, betrieblichen Sozialleistungen und im übertariflichen Einkommensbereich.

Wirtschaftspolitik (B 1)

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik und der DGB wenden sich entschieden gegen die Strategie der Bundesregierung, durch massive Umverteilung von unten nach oben den Aufschwung in erster Linie zu Lasten der sozial Schwächeren, insbesondere auch der Arbeitslosen, zu schaffen. Die konservative Wirtschaftspolitik führt bei Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Rentnern und Sozialhilfeempfängern in 1984 voraussichtlich zu zusätzlichen Belastungen von über 30 Mrd. DM, während die Bezieher höherer Einkommen weiter entlastet werden.

Trotz dieser – der angebotsorientierten Ideologie entsprechenden – fühlbaren Stärkung der Investitionsfähigkeit der Unternehmer ist eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt nicht auszumachen.

Die Bundesregierung muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß die anhaltende Arbeitslosigkeit in erster Linie das Ergebnis tiefgreifender struktureller Veränderungen ist. Bei langfristig verringerten wirtschaftlichen Wachstumsraten und zunehmendem Rationalisierungsdruck zwingt die Untätigkeit der Regierung die Gewerkschaften zu verstärkter Aktivität.

Daher fordern die Delegierten des Gewerkschaftstages die Bundesregierung auf, mit Hilfe einer zielgerichteten, konsequenten Wirtschaftspolitik – unter besonderer Berücksichtigung regionaler und sektoraler Strukturschwächen – endlich aktiv zu werden und die unerträgliche Arbeitsmarktsituation durch folgende Maßnahmen zu bekämpfen:

1. Ausbau zukunfts-trächtiger Industrien und die Förderung neuer, umweltschonender Technologien (analog dem Zukunfts-Investitions-Programm).

Eine besondere Bedeutung kommt dabei

– dem Umweltschutz (Rauchgasentschwefelung, Wasseraufbereitung, bleifreies Benzin etc.),

– der Elektronik (Computertechnik und Biochips),

– der Rohstoffsicherung (vor allem der Erschließung neuer Rohstoffquellen, dem Ausbau des Recyclings und der Müllverwertung) und

– der Meeresforschung (einschließlich der Verwertung von Meeresprodukten) zu.

2. Langfristige regionale Wohnungsbauprogramme

– als sozialer Wohnungsbau,

– Stadtkernsanierung, Stadtökologie, Wohnsubstanzerneuerung bzw. -erhaltung.

3. Eine klar definierte Energiesicherungspolitik, die folgende Punkte beinhaltet:

– eine rationelle und umweltschonende Verwendung und Einsparung von Energie,

– den Einsatz von Kohle, Öl und Gas unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit und der Erhaltung von Arbeitsplätzen,

– die Weiterentwicklung regenerativer Energiequellen,

– den Einsatz von Kernenergie zur Deckung des Restbedarfs sowie deren, dem Stand der Technik entsprechende, ökonomisch und ökologisch vertretbare Entsorgung.

4. Eine zielgerichtete Ansiedlungs- und Infrastrukturpolitik, um die Investitionsneigung privater Anleger durch öffentlichen Flankenschutz zu fördern.

5. Eine richtungweisende Verkehrspolitik, unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus und der Erhöhung der Attraktivität öffentlicher Verkehrssysteme, mit dem Ziel der Rohstoffeinsparung und der Reduzierung der Umweltbelastung.

Die in diesen Vorschlägen enthaltene Förderung von Umweltschutzzinvestitionen erleichtert eine bereits mehrfach von der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik geforderte Reformpolitik der schrittweisen Veränderungen, die Arbeitsplätze erhält und trotzdem das notwendige Ziel einer umweltfreundlicheren Produktion erreicht.

Daß diese wachstums- und beschäftigungssichernden Maßnahmen Vorrang vor allgemeinen Steuersenkungen haben müssen, steht für die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik außer Frage. Neben den für die geplante Steuerreform bereitgestellten Mitteln und den durch Abbau der Arbeitslosigkeit entstehenden zusätzlichen Einnahmen (Steuern und Beiträge) und Einsparungen (Arbeitslosenunterstützung) sind weitere mögliche Finanzierungsquellen einer solchen beschäftigungspolitischen Offensive:

– die (nicht rückzahlbare) Ergänzungsabgabe für Bezieher höherer Einkommen;

– die Arbeitsmarktabgabe für Selbständige, Freiberufler und Beamte;

– die Überprüfung und Kontrolle von Subventionen;

– die energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität;

– die Senkung der Rüstungsausgaben im Zuge einer aktiven Entspannungspolitik.

Das entscheidende Hemmnis für ein längst überfälliges Beschäftigungsprogramm, mit einem starken Anteil für notwendige Umweltinvestitionen, ist nicht die fehlende Finanzierbarkeit, sondern der fehlende politische Wille einer konservativen Regierung, die die Abkehr von sozialstaatlichen Prinzipien betreibt, einen frontalen Angriff auf die gesetzlichen Schutzrechte der Arbeitnehmer vornimmt und die Tarifautonomie in Frage stellt.

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik fordert daher die Bundesregierung auf, ihre Politik der einseitigen Belastung sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen aufzugeben, das oben angeführte Programm schnellstmöglich zu realisieren und so endlich einen aktiven Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus (C 2)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, auf die Bundesregierung und die Landesregierungen einzuwirken, daß die faschistische Türk-Föderation und ihre Tarnorganisationen, die sog. Kultur-Vereine, verboten werden und die Ausweisung ihrer Führer aus der Bundesrepublik Deutschland erfolgt. Dazu gehört auch das Verbot aller neofaschistischen Organisationen, insbesondere

– das Verbot der NPD und anderer rechtsradikaler Organisationen,

– die Auflösung der SS-Traditionsverbände,

– das Verbot von Herstellung und Verbreitung rechtsradikalen und neofaschistischen Gedankenguts in jeglicher Form.

Keine Frauen in die Bundeswehr (C 10)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß keine Frauen in die Bundeswehr eingegliedert werden. Dies gilt sowohl in bezug auf die Einführung einer Wehrdienstpflicht wie eines freiwilligen Dienstes für Frauen.

Die Bestimmungen des Grundgesetzes, wonach der Wehrdienst und selbst im Verteidigungsfalle der Dienst mit der Waffe gemäß Artikel 12a Abs. 4 des Grundgesetzes für Frauen verboten ist, waren das Ergebnis der negativen geschichtlichen Erfahrungen zweier Weltkriege. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht mit der Folge einer Wehr- oder Zivildienstpflicht für Frauen über den Artikel 12a des Grundgesetzes hinaus widerspricht grundsätzlich gewerkschaftlichen Zielen. Wir wenden uns dagegen, daß die beabsichtigte Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr als Beitrag zur Gleichberechtigung hingestellt wird. Das lenkt von der eigentlichen Problematik ab, denn in Wirklichkeit geht es um den Ausgleich einer durch den Geburtenrückgang erwarteten Personallücke bei wehrdienstpflichtigen Männern. Diese Personallücke soll nach den Vorstellungen des Bundesverteidigungsministeriums künftig von Frauen geschlossen werden, die wieder einmal in die Rolle von Lückenbüßern gedrängt werden.

Entschließung zum Artikelgesetz der Bundesregierung zur Förderung der Beschäftigung und zu einem Arbeitszeitgesetz (GE 1)

Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages appellieren an die Bundesregierung, alle Pläne, das Arbeitsrecht „gelenkiger“ zu machen, fallenzulassen. Hinter der beschönigenden Formulierung, das Arbeitsrecht „gelenkiger“ zu machen, verbergen sich, wie die bekanntgewordenen Gesetzentwürfe zeigen, massive Verschlechterungen des Arbeitsrechts. Durch die Erleichterung des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge wird der sowieso schon minimale Kündigungsschutz für breite Kreise der Arbeitnehmerschaft endgültig ausgehebelt. Auch die übrigen gesetzgeberischen Vorhaben in dem „Artikelgesetz zur Förderung der Beschäftigung“ dienen in keiner Weise dem in der Überschrift ausgedruckten Ziel, sondern haben nur eine Verschlechterung des Rechtsstatus der Arbeitnehmer zur Folge. Der Entwurf für ein Arbeitszeitgesetz, der die alte Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 ablösen soll, erfüllt keine Forderungen des DGB und seiner Gewerkschaften an eine fortschrittliche gesetzliche Arbeitszeitregelung. Teilweise wird die Rechtslage für die Arbeitnehmer sogar noch ungünstiger gestaltet, als sie in der derzeit noch aus der Nazizeit stammenden Arbeitszeitordnung festgelegt ist.

Mit dem Artikelgesetzentwurf und dem Arbeitszeitgesetzentwurf bezieht die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien eindeutig antigewerkschaftliche Positionen. In eine solche Regierung können die Arbeitnehmer kein Vertrauen haben.

nachrichten-reihe 30

Gewerkschaftsbeschlüsse 1983

Eine Auswahl von fünf Gewerkschaftstagen

In diese nachrichten-reihe wurden wichtige Beschlüsse von fünf Gewerkschaftstagen, darunter der IG Metall, der IG Druck und Papier sowie der Deutschen Postgewerkschaft, aufgenommen. Insgesamt lagen den Delegierten 1935 Anträge und Entschliefungen vor. Mit der Veröffentlichung wichtiger Entscheidungen wollen wir diese nicht nur über den Kreis der fünf Gewerkschaften hinaus bekanntmachen, sondern auch mithelfen, damit diese Beschlüsse verwirklicht werden. Darüber hinaus enthält diese Schrift die Ergebnisse der Vorstandswahlen sowie die Namen der gewählten Führungsgremien der fünf Organisationen.

96 Seiten, Preis 6 DM.

Stellungnahmen zum Ergebnis des Arbeitskampfes

Von vielen Seiten ist der zurückliegende Arbeitskampf der IG Druck und Papier und der IG Metall eingeschätzt worden. Dabei sind – je nach politischen Standorten – gravierende Unterschiede zu registrieren. Damit sich unsere Leser ein eigenes Bild machen können, veröffentlichen wir nachfolgend einige Auszüge aus solchen Einschätzungen (siehe NACHRICHTEN-DOKUMENTATION 9/84).

IG Druck und Papier:

Der Arbeitskampf – ein Erfolg

Versucht man, den Arbeitskampf zu würdigen, so gibt es im Grunde zwei Maßblatten: das Ergebnis in Gestalt des Tarifabschlusses; die Bedingungen, unter denen wir den Streik antreten mußten. Was das Ergebnis angeht, so müssen wir feststellen:

– weder die Arbeitszeitverkürzung, also die Aufhebung der 40-Stunden-Woche,

– noch die neue Lohnstruktur hätten wir ohne Arbeitskampf erreicht.

Insofern ist jetzt bereits eine Feststellung erlaubt: Der Arbeitskampf war nicht „sinnlos“, wie der Bundesverband Druck feststellte. Im Gegenteil. Andererseits haben wir einen hohen Preis gezahlt:

– vor allem dadurch, daß wir die 35-Stunden-Woche nicht erreicht haben,

– durch einen relativ niedrigen und langlaufenden Lohn- und Gehaltsabschluß,

– durch einzelne Opfer bei der Lohnstruktur

– und nicht zuletzt dadurch, daß wir den erweiterten Rationalisierungsschutz nicht erreicht haben.

Deshalb ist es notwendig, daß wir uns bei eigener Beurteilung des Arbeitskampfes auch die politischen Ausgangsbedingungen vor Augen halten.

1. Arbeitskampf trotz Krise

Es ist eine allgemeine Lebenserfahrung: In der Krise zu kämpfen, fällt schwer. Bei anhaltender, ja steigender Arbeitslosigkeit wächst die Anpassungsbereitschaft. Wenn die Angst um den Arbeitsplatz umgeht, ist Gegenwehr schwer. Jeder Betriebsrat weiß dies, und jede Gewerkschaft kann dies aus der Geschichte lernen. Dennoch war es uns wie der IG Metall möglich, den Arbeitskampf durchzusetzen. Und mit Recht wird festgestellt, daß dies der härteste Arbeitskampf nach dem zweiten Weltkrieg war.

Trotz Krise, trotz Arbeitslosigkeit hatte sich in beiden Wirtschaftszweigen weit mehr als die erforderliche 75-Prozent-Mehrheit für Streik ausgesprochen; in unserem Organisationsbereich waren es 83,5 Prozent der Arbeiter und 86,4 Prozent der Angestellten. Dabei muß man wissen, daß auch die schmerzlichen, ja zum Teil spektakulären Abstimmungsniederlagen in das Gesamtergebnis eingeflossen sind. Und trotz zahlreicher Einschüchterungsversuche haben unsere Kolleginnen und Kollegen gestreikt. Mehr als 45 000 Arbeiter und Angestellte waren beteiligt. Ja, nach zwölf Wochen Arbeitskampf konnten wir während der Schlußphase der Verhandlungen feststellen und den Unternehmern erklären, daß wir in der Lage waren, auch noch weiterzukämpfen ...

2. Tabukatalog und zentrale Unternehmensvorgaben

Noch nie zuvor hat sich im Arbeitskampf das abgestimmte Verhalten auf Unternehmensebene so spürbar gezeigt wie dieses Mal. Daß die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände über einen sogenannten Tabukatalog verfügt, der es einzelnen Arbeitgeberverbänden untersagt, beispielsweise Arbeitszeitverkürzung zu vereinbaren – dies ist seit langem bekannt. Doch wie eng diese Leine ist, wie stark die Handlungsfähigkeit einzelner Arbeitgeberverbände eingeschränkt ist – dies offenbarte sich in seiner ganzen Jämmerlichkeit erst während des Streiks. Für uns bedeutete dies eine zusätzliche Verschärfung.

So mußten wir erleben, daß der Bundesverband Druck trotz stets wiederholter gegenteiliger Beteuerungen nicht imstande war, eigenständig über die Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Er war dazu verdonnert, die Verhandlungen in der Metallindustrie abzuwarten. Als beispielsweise die Verhandlungen unter der Biedenkopf-Vermittlung begannen, war es beiderseitige Geschäftsgrundlage, unbeeindruckt von anderen Tarifverhandlungen, über alles zu verhandeln. Dennoch zeigte sich alsbald, daß die Verhandlungskommission des Bundesverbandes Druck den Auftrag hatte, Zeit zu schinden. Während die Herren in den ersten Tagen dieser Verhandlungsrunde eine gewisse Bereitschaft andeuteten, auch Stufenpläne einer Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln, änderte sich dies schlagartig, als sich in der Metallindustrie die Schlichtungsrunde unter Vermittlung von Georg Leber und Prof. Rüthers abzeichnete. Von diesem Zeitpunkt an bewegte sich am Verhandlungstisch im Grunde nichts mehr; statt dessen suchten die Vertreter des Bundesverbandes Druck, die Verhandlungen mit allen möglichen Vorwänden in die Länge zu ziehen. Zum Beispiel beantragte der Verhandlungsführer Verhandlungspausen mit der ausdrücklichen Erklärung, er müsse nach Köln zur Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Bundesverband Druck verhandlungsunfähig

Dramatisch wurde es dann, als der Vermittler Biedenkopf seinen eigenen Vorschlag einer schrittweisen Arbeitszeitverkürzung vorlegte. Der Bundesverband Druck lud seinen sozialpolitischen Ausschuß nach Düsseldorf ein. Neben ihm tauchten im Hotel u. a. das komplette Präsidium des Zeitungsverlegerverbandes und der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf. Das Ergebnis dieser Beratung ist bekannt: Der Bundesverband Druck brüskierte den Vermittler Biedenkopf und lehnte Verhandlungen über dessen Vorschlag kompromißlos ab; selbst ein einseitiges Gespräch mit Biedenkopf schlug der Bundesverband Druck aus. Entgegen allen vorgeschobenen Gründen erklärten die Verhandlungsführer auf mehrfaches Fragen ausdrücklich: der Verhandlungsabbruch beruhe darauf, daß der Vermittlungsvorschlag eine tatsächliche Arbeitszeitverkürzung vorsehe. Dies sei nicht verhandlungsfähig.

Warum dies für den Bundesverband Druck nicht verhandlungsfähig sein durfte, war klar: Zum gleichen Zeitpunkt waren die Schlichtungsverhandlungen unter Leber und Rüthers in der Metallindustrie angelaufen. Erst nach deren Abschluß gewann dann der Bundesverband Druck seine Verhandlungsfähigkeit wieder zurück. Und die sah so aus, daß er das wörtlich abgeschriebene Schlichtungspapier der Metallindustrie vorlegte; auch die Passagen, die für die Druckindustrie gar nicht gelten können.

3. Politischer, wissenschaftlicher und publizistischer Flankenschutz für die Unternehmer

Selten zuvor haben die Unternehmerverbände in ihrer Blockadehaltung gegenüber jeder Form der Arbeitszeitverkürzung so reichhaltige Unterstützung gefunden, wie vor und in der zurückliegenden Tarifrunde. Die Bundesregierung, allen voran der Bundeskanzler sowie der damalige Bundeswirtschaftsminister, führten sich auf, als wären sie Pressesprecher der Unternehmerverbände. Die Äußerung des Bundeskanzlers, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit sei „absurd, dumm und töricht“ ist unvergessen. Der Bundeswirtschaftsminister, aber auch andere Politiker der Regierungskoalition wurden nicht müde, das Schreckgespenst des Untergangs der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu beschwören. Die Bundesrepublik könne keine Alleingänge wagen. Nachher hört sich's

anders an: Heute kann das Arbeitsministerium verkünden, daß die 40-Stunden-Woche in zahlreichen westeuropäischen Ländern längst unterschritten ist. So ändern sich die Zeiten!

Daß Arbeitszeitverkürzung Teufelswerk ist, verkündeten willfährig zahlreiche Professoren und andere sogenannte Sachverständige. Von den Wirtschaftsinstituten war lediglich das angesehene Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf einem anderen, wie man sagen muß: objektiveren Kurs. Dieses Institut befürwortete Arbeitszeitverkürzungen. Die letzten Stellungnahmen des Sachverständigenrats, der im Herbst 1983 erstmals in behutsamer Form Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit für sinnvoll hielt, wurden in der Berichterstattung weitgehend unterdrückt.

Hinzu kam die ohnehin vorprogrammierte Stellungnahme der Presse. Kaum eine Zeitung fand ein gutes Wort für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. So stellte sich im Herbst 1983 und im Frühjahr 1984 im Grunde eine fast einheitliche veröffentlichte Meinung dar, die, entgegen jeder Einsicht, die Verkürzung der Arbeitszeit als „von der Kostenseite nicht zu verkraften und beschäftigungspolitisch wirkungslos“ verteilte. Dies, obwohl die Gewerkschaften immer wieder erklärt hatten, daß über die Schritte der Arbeitszeitverkürzung und damit über die Kostenfolge verhandelt werden kann, und obwohl jedermann klar sein muß, daß eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit selbstverständlich Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Wie sagte noch der bekannte amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler J. K. Galbraith: „Die Wirtschaft braucht für ihren Erfolg die organisierte Volksverdrummung.“

Was die Rolle der Bundesregierung und anderer staatlicher Instanzen angeht, sollte uns dies eine Lehre sein: Der Staat ist in sozialen Auseinandersetzungen nie neutral. Auch wenn die Vorstellung noch so tief verwurzelt scheint: Regierung, Verwaltung und auch Parlamente stehen nicht über gesellschaftlichen Interessenkonflikten; sie sind Partei. Bürgerliche und konservative Politiker haben ihre Interessenverflechtung mit den Unternehmern schon immer offen demonstriert. Sie haben da keine Skrupel. Daran ändern übrigens weder konzertierte Aktionen noch Kamingsgespräche irgend etwas. Der Franke-Erlaß – nämlich die willkürliche Entscheidung, kalt ausgesperrte Arbeiter und ihre Familien ohne Unterstützung zu lassen – hat dies in aller Deutlichkeit gezeigt.

Das Spiel mit den Meinungsumfragen

Ein besonderes Kampfmittel hatten sich die Unternehmer bereits im Herbst 1983 einfallen lassen: bestellte Meinungsumfragen. Fortan wurden wir von Monat zu Monat, später fast von Woche zu Woche mit neuen Ergebnissen von Meinungsumfragen überschüttet. Ihr einheitlicher Tenor: Das Volk, die Arbeiter, selbst die Gewerkschaftsmitglieder wollen angeblich keine Arbeitszeitverkürzung. Daß dabei schon die Fragestellung in dreister Form das Ergebnis herbeimanipulierte, fiel meist unter den Tisch. Unabhängig davon gilt: Meinungsumfragen fördern – auch wenn sie korrekt vorgenommen werden – in erster Linie das zutage, was aufgrund der allgemein veröffentlichten Meinung schon in den Köpfen steckt. Und in Zeitläufen, in denen der Bundeskanzler, Wirtschaftswissenschaftler, der Wirtschaftsteil jeder Zeitung, der politische Kommentator der Lokalzeitung, die erdrückende Mehrzahl der Rundfunk- und Fernsehmagazine und -kommentare sich gegen die Arbeitszeitverkürzung aussprechen, bleiben natürlich auch negative Meinungsumfragen nicht aus.

Dennoch hat sich wenig später gezeigt, was die Arbeiter und die Gewerkschaftsmitglieder tatsächlich für richtig halten: Trotz dieses Bombardements von öffentlichen Erklärungen und einer herrschenden Meinung haben sich weit über 75 Prozent der in Urabstimmungen befragten Mitglieder der Druck- und der Metallindustrie für Arbeitskampfmaßnahmen zugunsten der Wochenarbeitszeitverkürzung ausgesprochen. Deutlicher konnte die Stimmungsmache der vorangegangenen Monate nicht zurückgewiesen werden!

4. Gewerkschaften sollten geschwächt werden

Vor und noch stärker während des Arbeitskampfes schälte sich immer deutlicher heraus, daß es maßgebenden Kräften im Unterneh-

merlager darauf ankam, eine Niederlage der streikführenden Gewerkschaft zu erzwingen. Eine Niederlage, von der wir uns so bald nicht erholten hätten. Seit der „Wende“ in Bonn erleben wir immer dreistere Angriffe auf den sozialen Besitzstand. Schutzrechte, die gestern noch als selbstverständlich galten, werden abgebaut; weitere Einschnitte sind bereits angekündigt. Maßgebender Widerstand gegen diese Politik der sozialen Demontage war seit dem 6. März 1983 nicht möglich. Wäre es nach den Unternehmern gegangen, so hätte sich die vor eineinhalb Jahren parlamentarisch besiegelte Wende auf dem Feld der Tarifpolitik wiederholen sollen. Die Gewerkschaften, allen voran die IG Druck und Papier und die IG Metall, sollten entscheidend geschwächt werden.

Es soll sich niemand in Sicherheit wiegen, als sei die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit eine zeitlose Errungenschaft, die, von unerschütterlicher Dauer, erhalten bleibt, ja gleichsam von selbst weiter wächst. Das Gegenteil ist in Zeiten der Krise zu beobachten. Wer dem nicht folgen will, der schaue zurück in die eigene Vergangenheit: Es dauerte gegen Ende der Weimarer Republik nur wenige Jahre, bis die Gewerkschaften annähernd die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hatten. Eine Politik des Zurückweichens und einzelne Niederlagen führten dazu, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund letztlich wehrlos war. Und wer glaubt, historische Beispiele würden sich nicht wiederholen, der schaue über die Grenzen, vor allem nach Großbritannien und die USA. Unter der Politik der dortigen Unternehmer und ihrer Regierungen haben die Gewerkschaften Jahr für Jahr an Einfluß verloren. Und niemand soll sich in Sicherheit wiegen, daß den Gewerkschaften in der Bundesrepublik ein ähnliches Schicksal erspart bliebe, es sei denn, wir wehren uns. Dies haben wir bewiesen. Hier liegt die weiterreichende politische Bedeutung des zurückliegenden Arbeitskampfes. Es war, wie zu Recht schon im Vorfeld gesagt wurde, ein Stück Machtkampf, aus der die Gewerkschaften letztlich gestärkt hervorgegangen sind, indem sie die geplante Demütigung und Niederlage abwehren konnten.

5. Erfolgreiche Gegenwehr

Nimmt man all diese Ausgangsbedingungen, so war der Streik ein Erfolg. Dabei sollten wir uns außerdem erinnern: Arbeitszeitverkürzungen waren in der Geschichte der Gewerkschaften stets mit den härtesten Kämpfen verbunden, begleitet von zahlreichen Niederlagen. Allein die Durchsetzung des 8-Stunden-Tages hat ganze Generationen gedauert; konkret von 1866 bis zum Ende des 1. Weltkriegs 1918/19. Ja, kaum verschob sich in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre das Kräfteverhältnis der Weimarer Republik; da wurde auch diese Errungenschaft wieder in Frage gestellt und kurz darauf rückgängig gemacht. Auch der Kampf um die 35-Stunden-Woche führte im ersten Anlauf 1978/79 nicht zum Erfolg. Unter diesem Gesichtspunkt ist es ein beachtlicher Fortschritt, daß wir uns heute, 1984, diesem Ziel ein ganzes Stück genähert haben. Dabei war dies in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung das erste Mal, daß in einer so entscheidenden Frage ein Arbeitskampf in der Krise, belastet durch andauernde Massenarbeitslosigkeit, möglich war und letztlich zu einem Teilerfolg führte. (Aus Referententmaterial des Hauptvorstands der IG Druck und Papier, Nr. 153, Sept. 1984)

Lutz Dieckerhoff, IGM:

Tarifpolitik im DGB besser abstimmen

Eine gründliche Diskussion zwischen allen Einzelgewerkschaften des DGB über künftiges abgestimmtes tarifpolitisches Vorgehen erwartet das IG-Metall-Vorstandsmitglied Lutz Dieckerhoff in den nächsten Monaten. Auf einer Vertreterversammlung der IG-Metall-Verwaltungsstelle Frankfurt bedauerte Dieckerhoff am 30. August nach Angaben der Gewerkschaft, daß es im zurückliegenden Metallarbeiterstreik nicht gelungen sei, alle DGB-Gewerkschaften „auf eine tarifpolitisch geschlossene Linie zum gleichen Zeitpunkt zu bringen, um mit einer Zunge zu sprechen und um uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen“.

Während die IG Metall für eine Senkung der Wochenarbeitszeit gekämpft habe, hätten andere Gewerkschaften für dreieinhalb Pro-

zent Lohnerhöhung und einen etwas besseren Vorruhestand die Wochenarbeitszeit bis 1988 festgeschrieben. Dieckerhoff: „Hier gibt es noch einiges aufzuarbeiten.“ Er sei guten Mutes, daß der Erfolg der IG Metall recht gebe und seine Gewerkschaft deshalb auch „gute Karten“ habe, um die Diskussion mit den anderen Gewerkschaften zu führen.

Ausdrücklich nahm Dieckerhoff den DGB von seiner Kritik aus. Von der gewerkschaftlichen Dachorganisation habe die IG Metall großartige Unterstützung erfahren. In der Zusammenarbeit mit manchen Einzelgewerkschaften müsse jedoch einiges verbessert werden. Kritisch äußerte sich Dieckerhoff auch zu den Formen des zurückliegenden Arbeitskampfes. Zwar sei der Arbeitskampf und ganz besonders die Abwehr der kalten Aussperrung eine enorme organisationspolitische Leistung gewesen, jedoch hätten nicht alle Aktionen, Warnstreiks, Protestkundgebungen und Demonstrationen die erwünschte Wirkung erreicht. Die Arbeit in den IG-Metall-Verwaltungsstellen, in den Betrieben und in den DGB-Kreisnüssen eingehend auf Schwachstellen analysiert werden. Auch der Sympathiestreik von nicht direkt beteiligten Arbeitnehmern aus der gleichen sowie aus völlig anderen Branchen habe noch nicht funktioniert.

(Aus: IGM-Pressedienst XXXII/202)

Der Gewerkschafter:

Das durch den Streik Erreichte sichern

Das Tabu der 40-Stunden-Woche wurde gebrochen. Darauf können insbesondere unsere Vertrauensleute stolz sein. Durch ihren Einsatz vor Ort haben sie maßgeblich diesen Erfolg ermöglicht. Während dieses Arbeitskampfes zeigten sich aber auch gelegentlich Mängel in unserer gewerkschaftlichen Betriebsarbeit, die wir nicht vertuschen dürfen. Wir müssen nach den Ursachen forschen und daraus Konsequenzen ziehen. Die zukünftigen Auseinandersetzungen verlangen eine ständige Verbesserung unserer Gewerkschaftsarbeit im Betrieb.

Die Arbeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb bestand in letzter Zeit im wesentlichen darin, Erreichtes zu sichern. Der Tarifabschluß zur Wochenarbeitszeitverkürzung bietet aber die Möglichkeit, Fortschritte bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten zu erzielen. Für unsere Vertrauensleute bedeutet der Tarifabschluß Aufgabenstellung und Herausforderung zugleich. Alle sind verantwortlich für die betriebliche Umsetzung unserer tarifpolitischen Erfolge. Sie haben die Einhaltung der geltenden Tarifbestimmungen zu überwachen. Die zur Festlegung der betrieblichen Wochenarbeitszeit notwendige Betriebsvereinbarung muß im Vertrauenskörper beraten werden. Dabei kommt es darauf an, eine an den Interessen der Belegschaft orientierte Regelung zu erarbeiten und durchzusetzen.

Keine voreiligen Betriebsvereinbarungen

Es muß alles getan werden, damit wir die 38,5-Stunden-Woche für jeden erreichen. Damit wird eine Spaltung der Belegschaft verhindert. Zur Durchführung von Arbeitstagen und Bildungsveranstaltungen liegt mittlerweile ein Umsetzungskonzept zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit vor. Diese Bildungsveranstaltungen sollten dazu beitragen, eine einheitliche Anwendung des Tarifvertrages sicherzustellen und mögliche Fehler zu vermeiden. Die Wochenarbeitszeitverkürzung muß über den Betrieb hinaus in den Vertrauensleuteausschüssen der Verwaltungsstellen, der Bezirke und beim Vorstand beraten werden. Der Erfahrungsaustausch untereinander wird sehr wichtig sein. Eine ständige Verbesserung gewerkschaftlicher Betriebsarbeit wird letztlich auch von der Umsetzung unseres tarifpolitischen Ergebnisses abhängig sein. Schließlich werden die Betriebsvereinbarungen ausschlaggebend sein für weitere Erfolge auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche für alle.

(Aus: Der Gewerkschafter 9/84)

Vorwärts:

„Flexible“ 38,5-Stunden-Woche vor dem Praxistest

Tarifpolitisches Neuland haben die Tarifparteien unter Anleitung von Georg Leber in der Metallindustrie betreten. Der Tarifvertrag über die 38,5-Stunden-Woche wird im wesentlichen mit zwei Elementen die Tarifflandschaft der 80er und 90er Jahre prägen: Die Öffnungsklausel für Betriebsvereinbarungen stärkt Betriebsräte und Vertrauensleute vor Ort. Ob sie die Macht der gewerkschaftlichen Zentrale zugleich schwächt, wird sich zeigen. Zwangsläufig ist eine solche Entwicklung jedoch keineswegs.

Die Flexibilisierung, das heißt die für jeden Betrieb maßgeschneiderte Zuteilung der Arbeitszeiten in der Spanne zwischen 37 und 40 Wochenstunden, verschafft den Betrieben Luft, um auf Auftragschwankungen reagieren zu können. Zugleich aber kann ein Flickenteppich unterschiedlicher Arbeitszeitregelungen in ein und demselben Betrieb zu einem ständigen Unruheherd werden. Neidkomplexe schüren und damit die klimatischen Voraussetzungen für politische Agitation und Profilierungssüchte schaffen. Um solchen Gefahren zu entgehen, wäre es klug und deshalb denkbar, daß die Unternehmensleitungen die Arbeitszeitverkürzung am Ende doch nicht flexibel gestalten, sondern für alle Beschäftigten einheitlich auf die 38,5-Stunden-Woche festzuschreiben. Ein einflussreicher Betriebsrat mit einer gut organisierten Belegschaft wird sicherlich bei den Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung auf dieses Ziel zusteuern.

Was und wieviel dieser Tarifvertrag letztlich für die Arbeitslosen und für die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze bringen kann, das entscheidet sich in erster Linie im Tauziehen um die Betriebsvereinbarungen. So läßt der Tarifvertrag zum Beispiel maximal monatlich 20 Überstunden zu. Durch Vereinbarung können aber auch mehr als 20 Stunden ausgehandelt werden. An diesem Schnittpunkt werden die Stärken und Schwächen der gewerkschaftlichen Betriebspolitik offenbar.

Der Tarifvertrag enthält mehrere solcher Gummiklauseln, die letztlich im Kräfteparallelogramm des Betriebs ausgefüllt werden müssen. Den Betriebsräten wird dabei ein schweres Stück Verantwortung aufgedrückt. Im Konflikt zwischen den Forderungen des Personalchefs (nach möglichst viel Überstunden), der Belegschaft und der Arbeitsmarktpolitik werden sie auf Rückendeckung aus der gewerkschaftlichen Zentrale angewiesen sein. Ihr Aktionsradius zugunsten der Arbeitslosen, das heißt für eine offensivere Einstellungspolitik der Unternehmen, wird vom Tarifvertrag insoweit unterstützt, als die Zahl der zulässigen Überstunden im Monat von bisher 40 auf 20 zurückgeschnitten wird.

In den Automobilkonzernen mit durchweg starken, von der Belegschaft nachhaltig unterstützten Betriebsräten spricht vieles dafür, daß die Begrenzung der Mehrarbeit auf 20 Stunden pro Monat im Zusammenspiel mit der kürzeren Wochenarbeitszeit zu einem spürbaren Mehrbedarf an Arbeitskräften führen wird, der auch durch ein verschärftes Rationalisierungsprinzip nicht wettgemacht werden kann. So hat zum Beispiel eine erste überschlägige Berechnung des Betriebsratsvorsitzenden der Bochumer Opel-Werke ergeben, daß die Arbeiterbelegschaft von derzeit 16000 um rund 500 Köpfe aufgestockt werden muß. Und bei dieser Rechnung ist bereits unterstellt, daß die Hälfte des arbeitsmarktpolitischen Effekts durch Produktivitätsfortschritt aufgefressen wird.

Der herausragende politische und tarifpolitische Wert der Stuttgarter Vereinbarung liegt ohne Zweifel darin, daß die Tabufront der Arbeitgeber durchbrochen ist. Ob der Vertrag allerdings das Startsignal für ein stufenweises Heruntergleiten auf die „flexible“ 35-Stunden-Woche sein wird, ist keineswegs schon sicher. Im Herbst 1986 ist der Manteltarifvertrag wieder kündbar, so daß frühestens die Tarifrunde 1987 wieder im Zeichen einer weiteren Arbeitszeitverkürzung stehen könnte. Vom Termin her ergibt sich damit die Chance zum Schulterschuß mit jenen DGB-Gewerkschaften, die diesmal noch auf den Vorruchstand gesetzt haben und erstmals 1987 beziehungsweise 1988 für generelle Arbeitszeitverkürzungen frei wären ... (Aus: Vorwärts, Nr. 28/84)

CDU-Dokumentation:

Die CDU und die Gewerkschaften

Die Verbände haben große wirtschaftliche und soziale Macht, weit über ihre Mitgliedschaft hinaus. Daher tragen sie auch große Verantwortung. Nach den schweren Monaten des Arbeitskampfes ist eine Neubestimmung auf die Sozialpartnerschaft dringender denn je; vor allem zugunsten derer, die Arbeit suchen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich nach dem zweiten Weltkrieg mit der Bildung der Einheitsgewerkschaft gleichzeitig gegen Klassenkampf und für Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entschieden. Zum Wirtschaftswunder, zur Entwicklung des sozialen Netzes und damit zum inneren Frieden haben die Gewerkschaften einen großen Beitrag geleistet. Ein Rückblick auf die erste Regierungszeit der Christlich-Demokratischen Union zeigt, daß am meisten auch für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften erreicht wurde, als Bundesregierung und Gewerkschaften einander akzeptierten und zu fairer Zusammenarbeit bereit waren.

Und auch dies gehört zur Wahrheit: Alle großen sozialpolitischen Gesetze nach 1949 – das Betriebsverfassungsgesetz, die Montanmitbestimmung, der Familienlastenausgleich, die Rentenreform, das Gesetz zur Lohnfortzahlung, das Arbeitsförderungsgesetz, das Wohngeld, die Vermögensbildung, das Jugendwohlfahrtsgesetz usw. – alle waren Initiativen der Union, von christlich-demokratischen Bundeskanzlern und Regierungen im Parlament eingebracht und von unseren Mehrheiten verabschiedet. Darum liegt auch in Zukunft ein konstruktiver, kritischer Dialog mit den Gewerkschaften im Interesse aller.

Die Gewerkschaften stehen an einem Scheideweg. Sie müssen entscheiden, ob sie den Weg konstruktiv-kritischer Partnerschaft und pragmatischer Reformen und damit sachlicher Diskussion weitergehen wollen oder ob sie in der alten Konfliktideologie des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit verharren wollen. (S. 46/47)

Werner Cieslak, DKP:

Kein Anlaß zur Sozialpartnerschaft

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat in einem Interview mit der „Rheinischen Post“ festgestellt: „Schon der Nachweis der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit auch unter Bedingungen von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit ist politisch gar nicht hoch genug einzuschätzen.“ Und er fügte hinzu, die wiederholten Rufe nach einer „konzertierten Aktion“ würden deutlich machen, daß die Arbeitnehmer als gesellschaftliche Kraft wieder ernster genommen würden.

In der Tat ist die deutlich gewordene Kampfbereitschaft nicht ohne Wirkung geblieben auf das Verhalten von Kabinett und Kapital. Wirtschaftsminister Bangemann bringt als einer der ersten den Gedanken der konzertierten Aktion ins Gespräch, Arbeitsminister Blum folgt. Konzernspitzen veröffentlichen Annoncen in den bürgerlichen Zeitungen, wie die Adam Opel AG: „Opel und die gesamte deutsche Wirtschaft braucht sozialen Frieden und ein neues Maß an Gemeinsamkeiten zur Lösung der Probleme.“ Der Vernichtungsfeldzug von Kabinett und Kapital gegen die Arbeiterbewegung soll schnell vergessen gemacht, gewonnene Klasseneinsichten verschüttet werden. Dabei haben die Monopole und die Rechtskoalition ihre Zielsetzung des Ausbaus ihrer Profitpositionen und der Schwächung der Arbeiterbewegung um keinen Deut verändert.

Ich meine, für die Gewerkschaften sollte es daher nicht den geringsten Anlaß geben, sich auf diese Variante der Sozialpartnerschaft einzulassen. Ob es dabei um den Begriff „konzertierte Aktion“ oder wie es auch heißt „Kamingespräche beim Kanzler“ geht. Der Kollege Döding und die Kollegin Brusis sind schlecht beraten, dieser Nachstreiktaktik von Unternehmern und Regierung das Wort zu reden. Die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften, wenn auch noch ungenügend eingesetzt, hat die große Kraft der organisiert

und in Aktionseinheit handelnden Arbeiterbewegung deutlich gemacht. Hieran gilt es bei der Beantwortung der Frage anzuknüpfen, die jetzt nicht wenige stellen: Wie soll es im Kampf um die Verteidigung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze weitergehen?

Bei aller berechtigten Kritik an den unzureichenden Abschlüssen der Kämpfe um die 35-Stunden-Woche können sich jetzt aktive Gewerkschafter nicht in den innergewerkschaftlichen Schmollwinkel zurückziehen und die Umsetzung der Tarifverträge den Bossen überlassen. Auf die Belegschaften, die Betriebsräte und insbesondere die Vertrauenskörper kommt jetzt die Aufgabe zu, gewissermaßen in einer neuen Phase des Kampfes, wenn möglich, Arbeitsplätze zu sichern und auch neue zu schaffen, den Spaltungsversuchen der Unternehmer bei der Umsetzung der Arbeitszeitregelung die Geschlossenheit der Betriebsbelegschaften und ihrer Gewerkschaft entgegenzusetzen ...

(Aus Diskussionsbeitrag von W. Cieslak auf der 3. Tagung des DKP-Parteivorstands, 25. August 1984)

Witich Roßmann:

Unter Flexibilisierungsvorzeichen

Eine umfassende Einschätzung dieses Ergebnisses und der betrieblichen Umsetzungsperspektiven muß allerdings weitere Gesichtspunkte berücksichtigen, die hier nur skizziert werden können. Sie muß erstens die Flexibilisierungsdimensionen mit einbeziehen, die insgesamt in den Forderungspaketen der Unternehmerverbände bis zum Beginn der Schlichtung vorgetragen wurden und im Arbeitskampf und den Verhandlungen verhindert wurden. Der zeitlichen Flexibilisierung wurden in der Metallindustrie Grenzen durch die Schwankungsbreite 37 bis 40 Stunden und die zweimonatliche Realisierung des 38,5-Stunden-Durchschnitts gesetzt. Umfassende saisonale Jahresarbeitszeitpläne wurden damit hinfällig. Auch der Samstag wurde als arbeitsfreier Tag erhalten und in Baden-Württemberg die Erholzeiten, die 1973 mit dem Lohnrahmentarifvertrag II erstreikt wurden.

Zweitens wurde schon in den ersten Nachfolgetarifverträgen sichtbar, daß die innerbetriebliche Differenzierung der Kapitaleseite Kopfrebrechen bereitet, denn sie produziert Konflikte im Umsetzungsprozeß und Unzufriedenheiten im Ergebnis. Nur so ist erklärbar, daß der VW-Konzern für seinen Haustarifvertrag, der einer Betriebsvereinbarung für einen Automobilkonzern gleichkommt, auf jegliche innerbetriebliche Differenzierung verzichtete und 9 Freischichten vereinbarte.

In der Stahlindustrie wurde unter Verrechnung der Arbeitszeitverkürzungen für Schichtarbeiter von 1979 generell für alle Gruppen die 38-Stunden-Woche vereinbart. Damit ergibt sich sogar anstelle einer weiteren Differenzierung eine Nivellierung und Vereinheitlichung, denn für die bislang kürzer arbeitenden Schichtarbeitergruppen wurde ein Teil ihrer Freischichten mit der neuen Arbeitszeitverkürzung verrechnet. Bei der Lufthansa wurde für das Bodenpersonal eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden ohne innerbetriebliche Differenzierung vereinbart. Und der Verzicht auf innerbetriebliche Differenzierung in der Druckindustrie wurde ausdrücklich vom Präsidium der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände genehmigt.

Somit stehen die Chancen für die IG Metall nicht schlecht, ihre Orientierung auf die Durchsetzung der 38,5 Stunden ohne innerbetriebliche Differenzierung auch durchzusetzen. Jenseits der kapitalorientierten Flexibilitätsträume, denen zweifelsohne Ansatzpunkte eröffnet wurden, zwingen diese neuen Verträge zur Verstärkung der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit. Vielleicht diesmal eher aus der Not und dem Druck erwachsen, drängen sie der IG Metall und anderen Gewerkschaften eine Perspektive gewerkschaftlicher Betriebsarbeit auf, wie sie seit Jahrzehnten eine traditionell starke Verankerung im IG-Metall-Bezirk Baden-Württemberg hat. Der Aufbau gewerkschaftlicher Vertrauenskörper als Basis gewerkschaftlicher Betriebsarbeit schon in den 50er Jahren sichert diesem Bezirk die Handlungs-, Mobilisierungs- und Durchset-

zungsfähigkeit in nunmehr fünf erfolgreichen Arbeitskämpfen (1963, 1971, 1973, 1978, 1984).

(Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/84, S. 951/952.)

IMSF:

Fragen für die Zukunft

Alle großen Kämpfe werden mindestens zweimal gekämpft: in der Realität und in der ideologischen Reflexion. Selbst ein Sieg in einem Arbeitskampf ist nur ein halber Sieg oder vermag sich noch in eine Niederlage zu verwandeln, wenn er nicht ideologisch befestigt und zu einem Fundament neuer Aktionsfähigkeit der Handelnden wird. In dieser Form realisiert sich die Wirkung des Ereignisses als richtunggebender Impuls der weiteren Entwicklung. Dabei kann es nicht darum gehen, voluntaristisch alle Kämpfe der Arbeiterklasse in „Siege“ umzuinterpretieren, wohl aber darum, die Interessen in der sich anschließenden ideologischen Auseinandersetzung klar zu definieren und für die theoretische Analyse den Gesamtprozeß der Formierung der Arbeiterklasse zu beachten ...

— Der spezifische politische Charakter des Arbeitskampfes resultierte aus der Situation, daß der Arbeitszeitkonflikt von der herrschenden Klasse zum Test für die Durchsetzungsfähigkeit der konservativen Strategie gemacht worden war. Wie die Entwicklung der Positionen im Arbeitskampf selbst zeigte, besaß die Aufrechterhaltung des 40-Stunden-Tabus für den Erfolg oder Mißerfolg dieser strategischen Zielsetzung politische Symbolkraft. Im eindeutigen Scheitern dieses Ziels liegt die über die aktuelle Situation und die materiellen Ergebnisse weit hinausreichende Bedeutung des Kampfes. Durch die auch im aktuellen westeuropäischen Vergleich herausragende Demonstration der autonomen Handlungsfähigkeit einer Gewerkschaftsbewegung in einer komplizierten Situation werden damit Grenzen der konservativen Hegemonie sichtbar. Auch wenn die politische Landschaft der BRD nicht unmittelbar verändert wurde, muß die herrschende Klasse die Arbeiterbewegung als Gegenmachtfaktor zur „Wendepolitik“ nach diesem Arbeitskampf ernster nehmen, als sie es vorher zu tun bereit war.

Es hat nicht lange gedauert, bis nach Abschluß der Tarifverträge die ersten Stimmen laut wurden, die einen Abbau der Konfrontation und insbesondere der Politisierung des Konflikts intendierten. Daß Unternehmer und Regierung darauf hinwirkten, war absehbar. Als Grundorientierung ist für das Monopolkapital in der BRD eine funktionsfähige Integrationspolitik gegenüber den Gewerkschaften unabdingbar und wird im Zweifelsfalle auch restriktiveren Strategien, wie sie in Großbritannien in den Gewerkschaftsgesetzen und nach dem Arbeitskampf in Überlegungen für ein Verbandsgesetz zum Ausdruck kommen, vorgezogen. Aber auch innerhalb des DGB zeigen erste Stimmen, daß die Wiederbelebung korporatistischer Integrationsmodelle neue Auseinandersetzungen provozieren wird, zumal einige damit die Spekulation einer Neuauflage einer „großen Koalition“ verbinden. Auf solche Weise würde aber gerade das, was die Gewerkschaftsbewegung an einsatzfähiger Gegenmacht gewonnen hat, wieder aufs Spiel gesetzt.

— Im Zusammenhang mit diesem Kampf bildete sich ein Block von Gewerkschaften heraus, die sich stärker an den Klasseninteressen der Mitglieder orientieren. Kern waren die IG Druck und Papier und die IG Metall, aber auch aus anderen Bereichen, insbesondere des öffentlichen Dienstes, wurde Unterstützung sichtbar. In diesem Konflikt um die Arbeitszeit war der kämpferische Flügel zum Kraftpol der DGB-Gewerkschaften geworden. Selbst Gewerkschaften, die mehr oder weniger offen die 35-Stunden-Zielsetzung sabotiert hatten, profitierten von dieser Bewegung bei ihren Vorruchstandsabschlüssen. Es ging also auch um eine gewerkschaftspolitische Weichenstellung. Die vom Kapital beabsichtigte Schwächung der klassenautonomen Strömung, die an der IG Druck und Papier in der letzten Streikphase exekutiert werden sollte, konnte abgewehrt werden.

(Aus: Jahrbuch 1984 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Beitrag von Gert Hautsch/Klaus Pickshaus/Klaus Priester.)

Statt Waffen für den Tod – Produkte für das Leben

Dieser Satz, vor Jahren von „Lucas-Aerospace“-Arbeitern in Großbritannien geprägt, ist zum Leitwort für all jene geworden, die Vorschläge für die Umstellung von Rüstungsgütern auf sozial-nützliche Produkte erarbeitet haben. Doch die Unternehmer zeigen an diesen Vorschlägen wenig oder gar kein Interesse, und Politiker scheinen sich nicht dafür zu interessieren.

1945, der zweite Weltkrieg ist zu Ende. Fast zehn Millionen US-Soldaten werden von 1945 bis 1948 aus der Armee entlassen. Sie wollen jetzt wieder Ziviles schaffen. Gleichzeitig sinkt die Beschäftigtenzahl in der Rüstungsindustrie von über zwölf Millionen auf rund eine Million. Glaubt man denen, die uns immer weismachen wollen, daß ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten eine Umstellung nicht möglich sei, hätten die USA in ein wirtschaftliches Chaos versinken müssen. Doch es blieb aus. Die in den Betrieben aufgetretenen Umstellungsschwierigkeiten waren minimal. Sicherlich war ein Grund dafür die durch den Krieg aufgestaute Zivildnachfrage, aber der Hauptgrund war die sorgfältige Planung und Abstimmung des gesamten Umstellungsvorganges.

Doch nicht nur die Frage „was war“ ist hinreichend geklärt. Auch in Großbritannien kehrten in sechzehn Monaten sieben Millionen aus der Armee in das Zivilleben zurück. In keinem der beiden Länder stieg dadurch die Arbeitslosigkeit über vier Prozent.

Das Problem „was wäre wenn“ hat das amerikanische Amt für Arbeitsstatistik einmal untersucht. Wieviel Arbeitsplätze kommen zustande, wenn der Staat eine Milliarde Dollar ausgibt, lautete die Aufgabe. Das Ergebnis: Steckt er sie in die Verteidigung, werden 76000 Arbeitsplätze daraus, 4000 mehr gibt es, falls sie dem Gesundheitswesen zugute kommen. Und 104000 würden es, wenn diese Summe statt in militärische Güter in das Erziehungswesen investiert würde. Andere US-Untersuchungen haben ergeben, daß die Umstellung einer Produktion im Wert von einer Milliarde Dollar von militärische auf zivile Produkte zusätzlich 14000 Arbeitsplätze schafft.

Doch wir sind nicht nur auf amerikanische Untersuchungen angewiesen. Die Wissenschaftler im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) haben einmal nachgerechnet, was bei einem Einsatz von zehn Milliarden DM an Arbeitsplätzen herauskommt. Gibt man sie im Verteidigungsbereich aus, sind es 180000. Setzt man sie für soziale Maßnahmen ein, bedeutet das ein Plus von rund 30 Prozent, im Gesundheitswesen von über 33 Prozent, und in kommunale Einrichtungen gesteckt, werden damit 245000 Arbeitsplätze – plus 36 Prozent – geschaffen.

Nach so eindeutigen Ergebnissen läßt sich das Argument „Rüstung schafft Arbeitsplätze“ wohl kaum noch aufrechterhalten. Doch zu beantworten ist noch die Frage, was anstelle von Waffen, Panzern und Kriegsschiffen gebaut werden soll.

Auf einer Tagung des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes (EGI) im vergangenen Jahr haben Gewerkschafter aus den europäischen Ländern die Möglichkeiten der Umstellung ausgelotet und ihre Erfahrungen ausgetauscht. Grundlage der Diskussion war unter anderem eine Studie der Vereinten Nationen über „Abrüstung und Entwicklung“, die wir auszugsweise veröffentlichen. Nach eingehender Diskussion aller Faktoren kamen die Gewerkschafter zu der Überzeugung, daß bei Berücksichtigung aller Faktoren der Rüstungsindustrien es keine unüberwindbaren Probleme zur Umstellung der Produktion auf „sozial-nützliche“ Güter gibt. Die Industrie ist an einer Umstellung im Rüstungssektor nicht interessiert. Das liegt daran, daß die Rüstungsproduktion bisher äußerst gewinnträchtig ist und bisher einen wachsenden Wirtschaftsbereich darstellte.

Produktion und Export von Waffen werden durch politische Entscheidungen bestimmt. Zentrale Voraussetzung für Umstellungsstrategien ist deshalb die Reduzierung der Rüstungsausgaben und

die Beschränkung des Waffenexports. Solche Entscheidungen mit Arbeitsplatzargumenten verhindern zu wollen, ist geradezu widersinnig. Auf eine Umstellungsstrategie kann der Staat aber auch durch seine direkte Beteiligung an Unternehmen und/oder der staatlichen Kontrolle über Firmen in diesem Sektor Einfluß nehmen.

Die von den Vereinten Nationen aufgelisteten Alternativprodukte werden ebenfalls in den Sektoren hergestellt oder genutzt, die einem starken Einfluß des Staates unterliegen. Beispiele: Gesundheitswesen, Umweltschutz, Transport- und Energiebereich. In dem vom DGB seit Jahren geforderten öffentlichen Investitionsprogramm sind genügend Vorschläge dazu enthalten.

Bei einer Umstellung muß es also nicht zu einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben kommen, sondern es findet lediglich eine Verschiebung statt. Indirekt würde sogar die Kürzung der Rüstungsausgaben die Kaufkraft stärken und folglich den Privatkonsum anregen. Schließlich würde eine größere Entwicklungshilfe und steigendes Wachstum in den Entwicklungsländern durch Kürzung der Rüstungsausgaben zu einer wachsenden Nachfrage für zivile Produkte und Dienstleistungen aus westeuropäischen Ländern führen...

E.M.

(Aus: Der Gewerkschafter 9/84, geringfügig gekürzt, Zwischenüberschriften wurden weggelassen)

Abrüstung und entwicklung

Die liste der ergebnisse, die nach einer umstellung der rüstungsindustrie hergestellt werden könnten, soll einen hinweis auf die vielfältigen umstellungsmöglichkeiten geben.

Um die branchen zu kennzeichnen, die nach der umstellung die alternativen nutzen könnten, werden folgende abkürzungen verwendet: Aa: Flugzeugmotoren, Al: Zellaufbau (einschließlich raketen), E: Elektronik, S: Werften, T: Panzer und andere fahrzeuge.	Unterwassersysteme für die off-shore Gesetzestexte und anlagen für die gewinnung von wellenenergie Windräder	S S/T A/E/T
Landwirtschaft	Industriemaschinen und -anlagen	
Maschinen und ausrüstungen Pumpenanlagen und röhren für bewässerung Zerkleinerungsanlagen für zuckerrüben	Gebläse und ventilatoren Wirtsbettkessel, schmelz- und industriedöfen Mechanische kraftübertragungsanlagen Pumpen und kompressoren Einrichtungen für qualitätskontrollen	E/S S/T S S A
Bauindustrie	Büromaschinen- und dienstleistungssektor	
Schalldämmung für die industrie Vorgefertigte brücken für katastrophen Vorgefertigte teile für gebäude	Automatische inventar- und verteilungssysteme Automatische maschinen für den verkauf Maschinen für waschsalon Elektronische büromaschinen Kühlschränke und klimaanlagen	E/S S A/S E A/E/S
Umweltschutz	Verkehr	
Anlagen zur bekämpfung der umweltverschmutzung Klär- und aufbereitungsanlagen und -maschinen	Systeme für flugsicherheit und -überwachung Automatische geschwindigkeits/entfernungswarnung und bremsensysteme Schleusentore und großpumpen für kanäle Zivile hubschrauber Gasturbinen für schiffe Heliumluftschiffe für luftfracht Tragflächenboote Lastkraftwagen, batteriefahrzeuge Lokomotiven Einschienenentwicklung Lastkräne für rohverladung Festgesteuerte fahrzeuge für (z. b. das spritzen von pflanzen) Reaktionsbremsen für züge und waggons Schienen-/straßenfahrzeuge Rollendes material Kurz- und mittelstreckenpassagier- und -frachtflugzeuge	E E T A/A/E A/A/E S/T/E S A/E A/E A/E A/E/T A/A/E
Meerestechnologie	Sonstiges	
Tauchfahrzeuge und sonstige anlagen für mineralabbau und nutzung des meeresbodens Becken für fischzucht	Ausrüstung zur verlegung von kabeln Elektronische bibliotheken und unterrichtsmaterial Ausrüstung für die feuerbekämpfung Schwere erdbebungsmaschinen Hochgeschwindigkeitsmotoren Linearmotoren für pumpen und kompressoren Mikroprozessoren Bergwerksmaschinen und -ausrüstung Ferngesteuerte geräte für arbeiten in gefährlicher umwelt	E E T T E E S E
Medizin		
Druckkammern Elektronik für intensivstationen und medizinische analysen Ausrüstung für allgemeine vorsorgeuntersuchungen Herzschrittmacher, dialysegeräte Individuelle ausrüstung für behinderte Wärmeaustauscher für die chirurgie		S S E/T E E E
Metalverarbeitung		
Container Maschinen für metallschneiden und -formen		A/S S
Energie		
Aggregate für elektrizitätsversorgung Kessel für kraftwerke Kondensatoren und verdampfer für thermische energie der meere Kraftwerke mit brennstoffzellen Wärmeaustauscher, wärmepumpen Integrierte generatoren Entsorgung von spaltbarem material Ölbohr- und pumpenanlagen Notaggregate für die computerindustrie		E S S S E/S/T A/E A/I S/T/E E

Kurt van Haaren: Verteidigungsetat darf nicht tabu sein

Auf der Frankfurter Kundgebung zum diesjährigen Antikriegstag sprach der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt van Haaren. Aus seiner Rede veröffentlichen wir nachfolgend Auszüge.

Wir wollen keine militärische Aufrüstung; wir wollen keine soziale Abrüstung! Angesichts von 2,2 Millionen Arbeitslosen muß es doch wohl erlaubt sein, öffentlich und kritisch über die Verteidigungsausgaben nachzudenken. Es muß doch möglich sein, deutlich am Verteidigungshaushalt zu sparen, statt Arbeitnehmer und sozial Schwache zur Kasse zu bitten, sie allein in diesem Jahr um 11,5 Milliarden DM zu schröpfen. Wir wollen nicht hinnehmen, daß die Bundesregierung den Verteidigungshaushalt von 48,5 Milliarden Mark zum Tabu erklärt!

Wenn wir laut und kritisch über den Verteidigungshaushalt nachdenken, so deshalb, weil jede Mark mehr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, also für eine aktive Beschäftigungspolitik, ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Friedens, ein wichtiger Beitrag für die Sicherung unseres Sozialstaates, also ein wichtiger Beitrag zur Wiederherstellung des sozialen Friedens ist. Wir lassen uns auch von einer Rüstungslobby nicht ins Bockshorn jagen. Einer Rüstungslobby, die ständig behauptet, wir müßten rüsten und nochmals rüsten, wir müßten Waffen produzieren und exportieren, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Wir lassen uns nicht irre machen. Die Steuermilliarden für Rüstung können sinnvoller ausgegeben werden, z. B. für den öffentlichen Nahverkehr, im Bildungswesen und für Entwicklungshilfe, im Gesundheitswesen oder im Umweltschutz. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, z. B. der IG Metall, die auf eine planvolle Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung ausgerichtet sind. Und laßt mich noch eines anmerken: Waffen sind sicher ein Produkt harter menschlicher Arbeit – aber laßt mich dies moralisch werten: Waffen sind auch ein Produkt menschlichen Ungeistes, letztlich ein Produkt der Unmenschlichkeit.

Wir alle wissen, daß trotz massiver Proteste, trotz Massendemonstrationen und Mahnminuten für den Frieden, die Bundesregierung im vergangenen Herbst der Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles auf dem Boden der Bundesrepublik zugestimmt hat. Gewiß konnte sich die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung auf eine parlamentarische Mehrheit stützen. Aber sie hat sich dabei über die Bedenken und Sorgen von Zigmillionen Menschen in unserem Land hinweggesetzt. Diese Entscheidung hat den Frieden nicht sicherer gemacht...

Wenn der Bundeskanzler das Ziel seiner Regierung in die Formel kleidet „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“, dann fragen wir ihn, was hat Herr Kohl eigentlich getan, um seinen Worten auch Taten folgen zu lassen? Ich kenne keine konkrete Abrüstungsinitiative der konservativ-liberalen Bundesregierung. Sprechblasen sind kein Ersatz für Abrüstungspolitik!

Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, im NATO-Bündnis die besonderen deutschen Sicherheitsinteressen zu vertreten. Und dies heißt konkret: Sie muß Initiativen ergreifen, um so zu verhindern, daß Mitteleuropa jemals atomares Schlachtfeld werden kann. Sie muß eine Politik der Vertrauensbildung betreiben. Die Bundesregierung soll z. B. dem Vorschlag der Palme-Kommission folgen und sich für einen atomwaffenfreien Korridor in Europa einsetzen. Und ich glaube nach wie vor, daß ein kontrollierter einseitiger Abrüstungsschritt der NATO als Vorleistung unsere Sicherheit nicht einschränken, sondern Bewegung in die starren Fronten bringen würde. Unser Sicherheitsinteresse heißt nicht Aufrüstung – nein, wir wollen kontrollierte Abrüstung in Ost und West!

Die Friedenssehnsucht ist tief in der gewerkschaftlichen Tradition verankert. Getreu dieser Tradition verstehen wir uns als wichtigen und eigenständigen Teil der Friedensbewegung. Wir begrüßen es, daß die Friedensbewegung an Kraft und moralischer Stärke gewonnen hat. Es ist für uns alle ermutigend, daß Zigmillionen Menschen in der Bundesrepublik sich aktiv für die Friedenssicherung einsetzen.

Der wichtigste Erfolg der Friedensbewegung ist vielleicht der: Friedenspolitik ist nicht mehr allein Sache von Militärs und Spitzenpolitikern. Militärpolitik, Rüstung und Aufrüstung sind kein Tabu. Vielmehr wird öffentlich über Abrüstung diskutiert. Wir dürfen in unserem Engagement zur Friedenssicherung nicht nachlassen. Weder die vielen Friedensinitiativen, noch die Kirchen, weder politische Parteien noch wir als Gewerkschaften. Wir – die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund – engagieren uns gewaltfrei für Frieden und Abrüstung. Wir lassen nicht locker – wir bleiben dabei: Nie wieder Krieg – Abrüstung statt Aufrüsten!

Wettbewerb! Leben nach der Stunde Null

Aus Anlaß des bevorstehenden 40. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg ruft die Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand Jugendgruppen, Jugendvertreter und Jugendfunktionäre der Gewerkschaftsjugend zu einem Wettbewerb auf. Nachgespürt werden soll vor Ort dem Leben nach der Stunde Null. Dabei bleibt den einzelnen Gruppen die Form der Darstellung selbst überlassen, ob nun eine Broschüre, eine Ton-Dia-Schau, ein Videoband oder eine Ausstellung. Der Wettbewerb, der bereits am Antikriegstag angelaufen ist, geht bis zum 15. Februar 1985. Die bemerkenswertesten Ergebnisse können dann von den beteiligten Gruppen auf der zentralen Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 vorgestellt werden. Anfragen über den Wettbewerb sind an den DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1, zu richten.

Rüstet endlich ab! Aufruf der Gewerkschaftsjugend

Die Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand hat folgenden Aufruf zum Aktionstag der Betriebe am 16. Oktober veröffentlicht:

Der Versuch, mit Hilfe des NATO-Doppelbeschlusses konkrete Schritte der Abrüstung einzuleiten, hat zum genauen Gegenteil geführt: zu einer erneuten Aufrüstungsrunde. Die Sowjetunion hat mit der Stationierung von SS 21-23 in Osteuropa begonnen. Die bisherige Politik der Abschreckung, die mit dem Aufbau gewaltiger Waffenarsenale verbunden war und ist, hat ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verloren und wird durch die Entwicklung von Kriegführungsstrategien wie AirLand Battle 2000 endgültig ad absurdum geführt.

Ein neues sicherheitspolitisches Konzept, das für Ost und West gleichermaßen akzeptabel sein muß, ist längst überfällig. Das hat der Deutsche Gewerkschaftsbund bereits anläßlich seines Aufrufs zum Antikriegstag festgestellt. Der Bundesjugendausschuß hat beschlossen, daß die Gewerkschaftsjugend sich im Herbst verstärkt an der Diskussion um alternative sicherheitspolitische Strategien beteiligt. Im Rahmen eines Aktionstages für Frieden und Abrüstung.

stung, am Dienstag, dem 16. Oktober 1984, sind Jugendgruppen und Jugendausschüsse dazu aufgerufen, sich intensiv mit Alternativen zur herrschenden Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen und diese auch in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Der Aktionstag soll auf diese Weise sowohl der Weiterentwicklung der eigenen Position dienen als auch einen Beitrag zur Veränderung der bisherigen Sicherheitspolitik leisten.

Hierzu legen wir Materialien vor. Die Materialien enthalten Diskussionsanreize u. a. zu folgenden Elementen einer neuen Sicherheitspolitik in Europa:

– Verzicht auf die Entwicklung, Produktion, Erprobung und Stationierung neuer Nuklearwaffen sowie von Waffen für den Einsatz im Weltraum.

– Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa, als ersten Schritt die Verwirklichung des Vorschlags der Palme-Kommission, entlang der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt einen 300 Kilometer breiten von Atomwaffen freien Korridor zu errichten.

– Umstellung der offensiv nutzbaren Militärpotentiale auf Defensivbewaffnung.

– Abschluß eines Gewaltverzichtsabkommens zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes.

– Erwägung einseitiger Abrüstungsschritte.

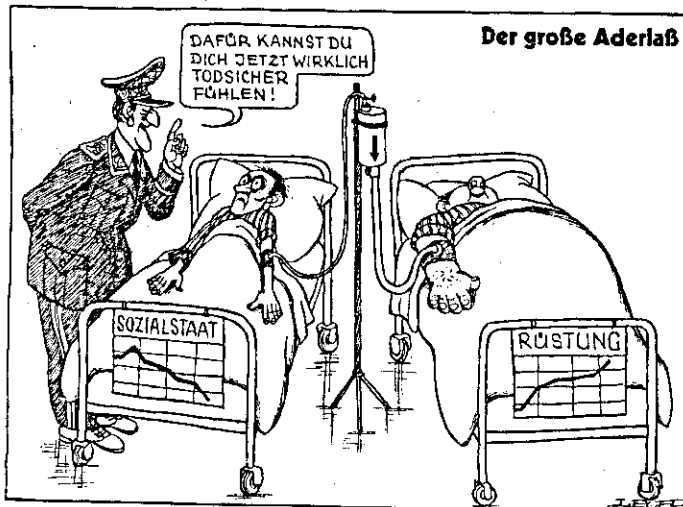
– Verwirklichung einer ABC-waffenfreien Zone in Europa.

– Vollständiger Verzicht auf jegliche Massenvernichtungswaffen.

Ein solches Konzept der Sicherheitspartnerschaft in Europa wird durch von den USA in den letzten zwei Jahren entwickelten neuen militärischen Strategien gefährdet. Es ist daher notwendig, daß wir uns auch mit den amerikanischen Militärkonzeptionen auseinandersetzen und diese bewerten. Jede Strategie, die eine Kriegführungsoption für Europa offenhält oder über eine Aufrüstung angeblich zur Abrüstung beitragen soll, ist nicht akzeptabel.

Eine Politik der Abrüstung und Sicherheitspartnerschaft erfordert die Fähigkeit, sich in die Lage anderer hineinzudenken und die eigenen Interessen gegenüber den anderen abzuwägen. Dazu gehört sicherlich der verstärkte Ausbau politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen Staaten und Bündnisssystemen. Hier will die Gewerkschaftsjugend einen Beitrag leisten, indem sie Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und Ländern des Warschauer Paktes anregt, sowie die Möglichkeiten zu einem verstärkten Austausch mit jungen Gewerkschaftern in Ländern des Warschauer Paktes nutzt. Eine Umkehr der herrschenden Sicherheitspolitik ist notwendig und möglich. Voraussetzung ist die Verwirklichung unserer zentralen Forderung:

– Stopp der Stationierung atomarer Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa sowie Abbau der bereits stationierten.



(Aus: METALL Nr. 17/84)

Im Dienstleistungsbereich: Technik statt Menschen

Die Bezirksverwaltung Frankfurt der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat im Frühjahr 1984 in Zusammenarbeit mit der Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, Monika Sombetzki, ausgewählte Dienstleistungsbetriebe in der Mainmetropole auf Rationalisierungs- und Arbeitsplatzentwicklung hin untersucht. Benutzt wurde dazu ein 25seitiger an die Betriebsräte gerichteter Fragebogen. Das Ergebnis liegt jetzt vor. Nachfolgend veröffentlichen wir Ergebnisse der Umfrage im Einzelhandel, wo die Rücklaufquote der Fragebogen bei 66 Prozent lag. Zuvor aber einige Angaben zur Rationalisierung allgemein, die nach Angaben der Gewerkschaft HBV nicht nur für den Einzelhandel, sondern auch u. a. für die untersuchten Banken und Versicherungen zutreffen. Das Umfrageergebnis wurde für die Veröffentlichung aufbereitet.

Zum Stand der Rationalisierung

Die Ergebnisse über den Stand der Rationalisierung in den untersuchten Betrieben weisen als Schwerpunkte folgende unternehmerische Rationalisierungsstrategien auf:

1. Rationalisierung durch den Einsatz neuer Technologien. In allen befragten Betrieben hat sich der Einsatz neuer Technologien in den letzten drei bis vier Jahren erheblich beschleunigt. Dies wird besonders deutlich in größeren Betrieben.

2. Rationalisierung durch organisatorische Maßnahmen im Betrieb. Nach wie vor spielen organisatorische Maßnahmen eine bedeutende Rolle bei der Rationalisierung. Arbeitsintensivierende organisatorische Maßnahmen wie Straffung der Arbeitsorganisation oder die Durchführung von Kostensenkungsprogrammen gehören zum Alltag des Rationalisierungsprozesses und bedeuten für die Arbeitnehmer eine Intensivierung der Arbeit.

3. Rationalisierung durch personelle Maßnahmen. Zweck von Rationalisierungsmaßnahmen ist die Ausschöpfung sämtlicher Reserven mit dem Ziel: mehr Leistung mit weniger Menschen. Durch verstärkte Kontrollen von Krankenstand und Fehlzeiten, häufig gekoppelt an Personalinformationssysteme, nutzen die Unternehmer die Angst der Arbeitnehmer um den Arbeitsplatz, um das Arbeitsvolumen zu steigern.

Diese Ergebnisse bestätigen auch die Studie über die Rationalisierungsumfrage der IG Metall aus dem Jahre 1983 „Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht.“

Einzelhandel

Hier wurden vier große Betriebe untersucht. Die Zahl der Beschäftigten (einschließlich der Leiharbeiter bzw. freien Mitarbeiter, des Zeitpersonals, der Aushilfskräfte, Pauschalkräfte und der Auszubildenden) ist im Zeitraum von 1978 bis 1981 um durchschnittlich rund 8 Prozent und von 1981 bis 1983/84 um durchschnittlich weitere 6,4 Prozent gesunken. Hiervon sind besonders die weiblichen Angestellten betroffen, die mit durchschnittlich 70 Prozent die größte Beschäftigtengruppen in den befragten Betrieben darstellen. Der Anteil der Teilzeitarbeitskräfte betrug 1978 rund 30 Prozent und 1983/84 rund 38 Prozent. Dies macht die Tendenz zu verstärkter Teilzeitarbeit deutlich, von der wiederum fast ausschließlich Frauen betroffen sind.

Durch Einführung von EDV sind in den vier Einzelhandelsbetrieben folgende Abteilungen von Rationalisierungsmaßnahmen besonders betroffen: Verwaltungszentrale, Buchhaltung, Warenannahme/Lagerhäuser, Lebensmittel, Sportartikel. In diesen Abteilungen sind durch Einführung von EDV seit 1978 durchschnittlich rund 15 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut worden.

Nach Aussage der befragten Betriebsräte wird die Zahl der Beschäftigten in den nächsten zwei Jahren in zwei Betrieben sinken,

in einem Betrieb steigen und in einem eher gleich bleiben. Alle vier befragten Betriebsräte bestätigten, daß auch in ihrem Betrieb das Arbeitsvolumen mit Personalunterdeckung bewältigt und u. a. durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation Arbeitsplätze abgebaut werden.

Der Geschäftsumsatz in Verbindung mit der Veränderung der Verkaufsfläche hat sich auf der Grundlage von 1978 bis 1983/84 wie folgt entwickelt: Ein Betrieb konnte keine Angaben zur Veränderung der Verkaufsfläche machen. Hier ist der Umsatz um 4 Prozent zurückgegangen. Ein Betrieb hat seine Verkaufsfläche um 34 Prozent erweitert, jedoch konnten keine Angaben zur Umsatzentwicklung gemacht werden. Ein Betrieb hat seine Verkaufsfläche seit 1978 nicht verändert. Hier betrug die Umsatzsteigerung 10,1 Prozent. Der Anteil der Personalkosten am Umsatz lag hier 1978 bei 27 Prozent und sank 1983/84 auf 23 Prozent. Ein Betrieb hat seine Verkaufsfläche um 44 Prozent erweitert. Der Umsatz stieg um 21,3 Prozent. Der Anteil der Personalkosten am Umsatz betrug 1978 9 Prozent und stieg 1983/84 auf 11 Prozent. In allen vier Betrieben waren Rechneranlagen/Datenverarbeitung, elektronische Registrierkassen/Datenkassen, Auszeichnungssysteme/Laser Scanner im Einsatz (bzw. in einem Betrieb teilweise in der Planung).

Neben dem Einsatz neuer Technologien spielen aber auch organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen eine Rolle. Folgende nichttechnische Maßnahmen wurden in den letzten zwei Jahren in den untersuchten Einzelhandelsbetrieben registriert:

- | | |
|--|-------------------|
| • Die Arbeitsorganisation wird gestrafft | in vier Betrieben |
| • Die Leistungsanforderungen werden verschärft | in vier Betrieben |
| • Es werden Budgetierungsprogramme (Deckungsbeitragsrechnungen) durchgeführt | in vier Betrieben |
| • Es bestehen Personalplanungs- und -vorgabesysteme | in drei Betrieben |
| • Es werden Leistungsvorgaben (Menge, Ziel, Zeit) gemacht | in zwei Betrieben |
| • Krankenstand und Fehlzeiten werden stärker überwacht | in zwei Betrieben |
| • Beraterfirmen oder hauseigene Rationalisierungsgruppen Arbeitsplätze u. -abläufe | in zwei Betrieben |
| • Es werden Kostensenkungsprogramme durchgeführt | in zwei Betrieben |
| • Verlagerung, Einschränkung oder Stilllegung von Betriebsteilen | in zwei Betrieben |
| • Erweiterung von Betriebsteilen | in einem Betrieb |

Die Hauptschwerpunkte der Belastungen an den Arbeitsplätzen sehen die Betriebsräte vor allem im Arbeitstempo, das in den letzten zwei Jahren zugenommen hat. Daneben in Mehrarbeit bzw. nicht in Anspruch genommene Freizeit, Zwangshaltungen und Augenbelastungen an den Kassen- und Bildschirmarbeitsplätzen sowie in der Zunahme von Schicht- und Nachtarbeit.

Von den vier befragten Betrieben waren drei Betriebe vom Abbau sozialer Leistungen wie z. B. Verminderung des Personalrabatts, Erhöhung der Kantinenpreise, Wegfall der Bezahlung für die Reinigung von Arbeitskleidung, drei Betriebe von Verschlechterungen bzw. Wegfall der betrieblichen Altersversorgung, zwei Betriebe von der Änderung der Entlohnungsmethoden, zwei Betriebe von Stundenkürzungen, zwei Betriebe von Aufhebungsverträgen, zwei Betriebe von Sozialplänen und ein Betrieb von der Kürzung übertariflicher Leistungen betroffen. Als Gründe dafür nannten die Betriebsräte: ein generelles Bestreben der Geschäftsleitungen, die Personal- und -nebenkosten zu senken, die Ausnutzung der hohen Arbeitslosigkeit, um mit der Angst der Arbeitnehmer vor Arbeitsplatzverlust Abstriche im sozialen Bereich vorzunehmen.

In drei der befragten vier Betriebe des Einzelhandels hat sich der Bestand an Arbeitsplätzen nach der Einführung von technischen Rationalisierungsmaßnahmen vermindert; in einem Betrieb ist er gleichgeblieben. Das Gehaltsniveau hat sich in drei Betrieben nicht verändert und ist nur in einem Betrieb gestiegen. Höhergruppierungen bzw. Abgruppierungen im Zusammenhang mit dem Computer- und Bildschirmeinsatz hat es nach Angaben der Betriebsräte in keinem Fall gegeben.

Proteste gegen Berufsverbote

Nun ist das eingetreten, was Postminister Schwarz-Schilling angedroht hatte: Der Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp wurde am 18. September mit sofortiger Wirkung wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP vom Dienst suspendiert, ebenso auch der Marburger Postbeamte und DKP-Stadtverordnete Herbert Bastian. Der Postler Egon Momberger und andere der DKP angehörende bei der Post Beschäftigte sollen ihrer Existenz beraubt werden. Als die geplanten Suspendierungen bekannt wurden, gab es Proteste aus dem Gewerkschaftsbereich. Jetzt, da der Grundgesetzbruch vom Bundespostminister Schwarz-Schilling vollzogen wurde, muß die Bewegung zunehmen. Nachfolgend veröffentlichen wir einige Entschlüsse bzw. Erklärungen aus dem Gewerkschaftsbereich, die vor dem 18. September beschlossen bzw. der Öffentlichkeit übergeben wurden.

Druck und Papier, Frankfurt:

Die am 21. August 1984 stattgefundenen Delegierten- und Mitgliederversammlung des Bezirks Frankfurt der IG Druck und Papier unterstützten solidarisch die Deutsche Postgewerkschaft in ihrem Kampf gegen die von Bundespostminister Schwarz-Schilling angeordneten Berufsverbote für Mitglieder der Deutschen Postgewerkschaft. So wie uns die DPG-Kolleginnen und Kollegen in unserem Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche geholfen haben, so werden wir auch dazu beitragen, daß der Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp und weitere Kollegen ihre Existenz erhalten können.

Der Kampf gegen Berufsverbote ist uns um so stärkere Verpflichtung, da erneut der im Oktober des vergangenen Jahres in Nürnberg stattgefundenen Gewerkschaftstag einstimmig beschlossen hat, sich dafür zu engagieren, daß der rechtswidrigen Berufsverbotepraxis ein Ende bereitet wird...

Deutsche Postgewerkschaft Hessen:

„Wir sind empört über das rechtswidrige Ansinnen des Bundespostministers Schwarz-Schilling, Kollegen der Deutschen Postgewerkschaft, die auch Mitglieder der DKP sind, noch vor Abschluß der Disziplinarverfahren vom Dienst zu suspendieren und die Bezüge zu kürzen, wenn sie sich nicht umgehend von der DKP distanzieren und alle Aktivitäten einstellen“, erklärte der Bezirksvorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft Hessen Josef Stark in Frankfurt. Der Postminister sei ein gelehriger Schüler seines Kanzlers, beweise er doch auch hier wie in anderen Politikbereichen, wie konsequent er den Appell zur politischen Wende umsetze. Den betroffenen Kollegen wird als alleiniger Grund für die beabsichtigte Suspendierung die Tätigkeit in und für eine legale Partei vorgeworfen. „Ein ungeheuerlicher Vorgang“, so Josef Stark, „werden doch Verfassungsgrundsätze mit Füßen getreten, und der politisch verantwortliche Postminister handelt nach der Maxime: Wer die Macht hat, hat das Recht.“

Diese neue Verfahrensweise weiche von der vom Bundesverfassungsgericht im Mai 1975 getroffenen Grundsatzentscheidung eklatant ab. Auf eine Einzelfallprüfung solle künftig bewußt verzichtet werden, obwohl das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 1975 ein schematisches Vorgehen gegen Betroffene verbiete und eine der ganzen Persönlichkeit des Betroffenen gerecht werdende Würdigung fordere. Keinesfalls sei es so, daß die Verfahrenspraxis in einer „gefestigten“ Rechtsprechung begründet sei. Nach wie vor sei die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zu dieser Problematik umstritten.

„Die beabsichtigten Dienstenthebungen gegen die genannten Kollegen zerstören deren berufliche und soziale Existenz und dokumentieren partielle Demokratieverbote.“ Abschließend stellte der Bezirksvorsitzende der Postgewerkschaft fest: „Jede Einschränkung der Meinungsfreiheit, jede Diskriminierung gesellschaftskritischer Gedanken trifft die Gewerkschaft in ihrem Kern, stellt den Sozialstaatsauftrag der Verfassung in Frage und gefährdet die demokratische Grundordnung.“ (Pressemitteilung)

Struktur und Entwicklung der DGB-Gewerkschaften

Mitgliederentwicklung und Organisationsgrad sind nicht unwesentliche Indikatoren für die Kampffähigkeit und Kampfkraft der Gewerkschaften. Nachdem nun eine ausführliche Aufschlüsselung über Bestand und Bewegung der Mitglieder des DGB und der Einzelgewerkschaften durch den DGB-Bundesvorstand, Abteilung Organisation – Werbung, veröffentlicht wurde, möchten wir auf dieses Thema noch einmal zurückkommen. Einen statistischen Überblick brachten wir bereits in NACHRICHTEN 7/84.

Nach dem Stand der Mitgliederstatistik vom 31. Dezember 1983 zählten die Gewerkschaften genau 7745913 Mitglieder, wobei sich der Mitgliederrückgang – leicht abgeschwächt – fortgesetzt hatte. Interessant dürfte die Verteilung auf die Landesbezirke sein. So kommen 1983 insgesamt 31,4 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder aus dem DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, als zweitgrößter Landesbezirk folgt mit 14,8 Prozent Baden-Württemberg, und an dritter Stelle rangiert Bayern mit 13,9 Prozent. Die Liste setzt sich fort mit Niedersachsen 12,8 Prozent, Hessen 9,5 Prozent, Nordmark 7,1 Prozent, Rheinland-Pfalz 4,9 Prozent, Berlin 3,1 Prozent und Saar 2,5 Prozent. In sieben der neun DGB-Landesbezirke stellt die IG Metall den höchsten Mitgliederanteil, in den Landesbezirken Nordmark und Berlin dominiert die Gewerkschaft ÖTV.

Bei einem Vergleich der Struktur der abhängig Beschäftigten mit der Mitgliederstruktur stellt sich heraus, daß zum einen der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl seit 1950 stark rückläufig ist, zum anderen dieser Prozeß aber innerhalb der DGB-Mitgliedschaft wesentlich langsamer verläuft.

Erwerbstätigenstruktur

	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	70,9	23,0	6,1
1960	62,4	30,4	7,2
1970	56,2	35,1	8,7
1980	48,1	41,8	10,1
1983	45,8	43,4	10,8

Mitgliederstruktur im DGB

	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	83,2	10,5	6,3
1960	80,7	11,3	8,0
1970	75,8	14,7	9,5
1980	68,2	21,0	10,8
1983	67,3	22,1	10,6

Eine Übersicht über die Mitgliederbewegung im DGB seit 1950 gibt darüber Aufschluß, welche Beschäftigtengruppen am stärksten zugenommen haben (1950 = 100):

Jahr	Arbeiter	Index	Angestellte	Index	Beamte	Index
1950	4534565	100	571332	100	344093	100
1960	5144452	113,4	721658	126,3	512710	149
1970	5088713	112,2	986112	172,6	637722	185,3
1980	5376454	118,6	1658121	290,2	847952	246,4
1983	5212191	114,9	1710876	299,5	822846	339,1

Jahr	Frauen	Index	Gesamt	Index
1950	892039	100	5449990	100
1960	1093607	122,6	6378820	117,0
1970	1027150	115,1	6712547	123,2
1980	1596274	178,9	7882527	144,6
1983	1644770	184,4	7745913	142,1

Diese Zahlen sind unter verschiedenen Gesichtspunkten aufschlußreich. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Beamten

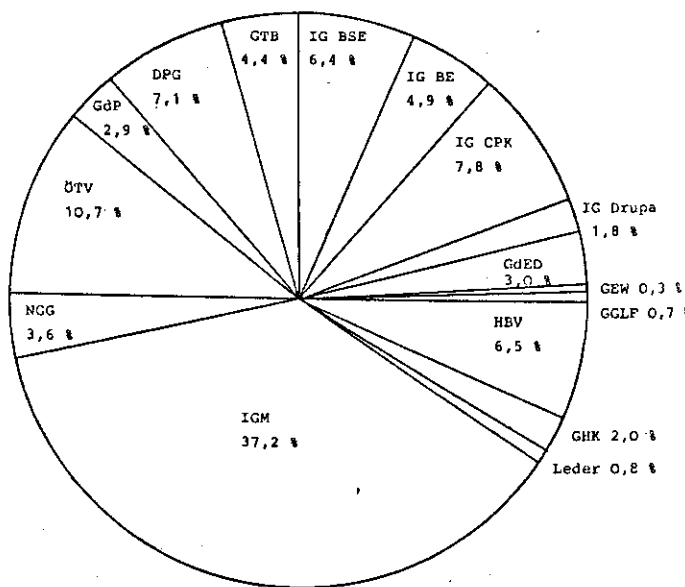
erhielt 1978 einen starken Auftrieb durch den Beitritt der Gewerkschaft der Polizei zum DGB. Ebenso ist seit Beginn der 70er Jahre die Mitgliederwerbung der DGB-Gewerkschaften unter den Frauen sehr erfolgreich gewesen. Auch eine Verstärkung der gewerkschaftlichen Arbeit unter den Angestellten schlug in stetig steigenden Mitgliederzahlen zu Buche.

Von besonderem Interesse für die Gewerkschaften dürfte auch sein, in welchem Maße es ihnen gelingt, unter den Jugendlichen Fuß zu fassen. Die 1142261 Jugendlichen, die die DGB-Gewerkschaften 1983 zählten, verteilen sich wie folgt auf die Einzelgewerkschaften:

IG BSE	72614	GHK	23038
IG BE	55575	Kunst	keine Angaben
IG CPK	89358	Leder	8755
IG Drupa	20464	IGM	424541
GdED	34750	NGG	41037
GEW	3833	ÖTV	121733
GGLF	8260	GdP	32659
HBV	74525	DPG	80535
		GTB	50584

Hieraus ergibt sich folgende Gewichtung der Einzelgewerkschaften unter der DGB-Jugend:

Jugendliche Mitglieder im DGB 1984



Als Alarmzeichen dürfte von den Gewerkschaften gewertet werden, daß die Zahl der jugendlichen Mitglieder erheblich stärker rückgängig als die Zahl der Gesamtmitgliedschaft. Unter den Jugendlichen ist ein Minus von 42209 oder 4,0 Prozent zu verzeichnen. Demgegenüber beträgt die Vergleichszahl insgesamt 1,3 Prozent. Damit sinkt auch der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtmitgliedschaft auf 14,7 Prozent (1982: 15,2 Prozent). Dieser Entwicklung liegt sicherlich zugrunde, daß sich das Eintrittsalter in eine Ausbildung durch längere Schulzeiten nach oben verschiebt und daß ein erheblicher Teil der Auszubildenden nach der Lehre nicht in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen wird.

Zwar kamen auch die weiblichen Mitglieder im DGB nicht an einem Minus vorbei, aber mit 0,3 Prozent liegt es doch deutlich unter den Gesamtdurchschnittszahlen. Der Frauenanteil im DGB ist nunmehr auf 21,2 Prozent angestiegen. Ausführlichere statistische Angaben hierzu siehe auch NACHRICHTEN 7/84. Renate Bastian

Betroffenheit, Empörung und „unerträgliche Maßnahme“

Interview mit Jochen Richert, Landesbezirksvorsitzender des DGB, Hessen

Der hessische DGB wird solidarisch im Falle von Auseinandersetzungen an der Seite der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stehen. Das erklärte der hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende Jochen Richert in dem folgenden Interview, das er unserer Redakteurin Gisela Mayer gab. Berufsverbote, 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges sowie Kontakte zu den Gewerkschaften der Sowjetunion sind weitere in dem Interview behandelten Problemkreise.

NACHRICHTEN: Wie im Frühjahr die IG Druck und Papier sowie die IG Metall stehen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vor harten Auseinandersetzungen um höhere Einkommen und Arbeitszeitverkürzung. Wie wird der DGB diese Gewerkschaften unterstützen?

Jochen Richert: In der Landesbezirksvorstandssitzung am 17. September 1984 wurde beschlossen, daß der DGB und seine Einzelgewerkschaften auch die Auseinandersetzung zu den kommenden Tarifverhandlungen solidarisch begleiten wird. Das heißt, sollte es zu keinem vernünftigen Angebot kommen und die Situation sich ähnlich zuspitzen, wie dies im Frühjahr der Fall war, so werden der DGB und seine Einzelgewerkschaften zu solidarischen Maßnahmen in Hessen greifen.

Wir gehen aber zur Zeit davon aus, daß die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes ihre Verpflichtung gegenüber der Massenarbeitslosigkeit soweit wahrnehmen werden, daß sie mit Arbeitszeitverkürzungen einen Beitrag zu deren Abbau leisten werden. Ohne ein Angebot werden die Gewerkschaften, nach dem Recht, das sie haben, demonstrieren und Solidaritätsmaßnahmen einleiten.

NACHRICHTEN: Gilt der Rüsselsheimer Solidaritätspakt sinngemäß auch für den öffentlichen Dienst?

Jochen Richert: Wir haben die Rüsselsheimer Erklärung beschlossen mit dem Ziel, Arbeit für alle zu verwirklichen. Um die Rationalisierung und die Technologie in den Griff zu bekommen, denn nur so scheint es möglich zu sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das heißt, der hessische DGB mit seinen 17 Einzelgewerkschaften beschloß damals den Pakt der Solidarität zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung auch für den Fall von Kampfmaßnahmen, und dieser Beschluß steht und hat seine Gültigkeit, bis wir zu dem Ergebnis kommen, daß Arbeit für alle wieder in der Bundesrepublik und in Hessen verwirklicht ist.

NACHRICHTEN: Sie gehören zu den DGB-Funktionären, die sich gegen Berufsverbote ausgesprochen haben. Nun ist der Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp von der Suspendierung betroffen.

Wie ist dazu die Meinung des hessischen DGB?

Jochen Richert: Mit Betroffenheit und Empörung haben wir die vorläufigen Dienstenthebungen von Beamten im Postbereich, denen Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP vorgeworfen werden, zur Kenntnis genommen. Der DGB-Landesbezirk Hessen hat sich bereits 1972 entschieden gegen alle reaktionären Bestrebungen und gegen alle Versuche, die im Grundgesetz der BRD verankerten Grundrechte einzuschränken, ausgesprochen.

Die Feststellung darüber, ob ein Beamter seine Pflicht nicht erfüllt und in Gegner-



schaft zur Verfassung steht, muß in jedem Einzelfall nachgewiesen sein und von den zuständigen Gerichten überprüft werden. Die vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen angeordnete Dienstenthebung des Posthauptschaffners Repp, verbunden mit einer 25prozentigen Kürzung der Dienstbezüge halten wir aus rechtsstaatlichen Gründen und aus Gründen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn für eine unerträgliche Maßnahme.

NACHRICHTEN: Wir stehen vor dem 40. Jahrestag der Beendigung des zweiten Weltkrieges und der Zerschlagung des Faschismus. Ist mit gewerkschaftlichen Aktivitäten zu rechnen?

Jochen Richert: Natürlich werden die Gewerkschaften der Beendigung des zweiten Weltkrieges und der Zerschlagung des Faschismus in ihrer Arbeit, sei es bei Bildungsmaßnahmen oder Veranstaltungen, mit berücksichtigen. Wir glauben nämlich, daß es notwendig ist, daß wir die Geschichte des letzten Jahrhunderts nach wie vor übermitteln müssen an die junge Generation, daß sie nicht selbst in eine ähnliche Situation kommen wird. Denn Frieden ist nur möglich, wenn sich jeder einzelne klarmachte, was Kriege und Auseinandersetzungen sowie Faschismus in der Vergangenheit für Wunden hinterlassen haben. So gibt es in Hessen beim DGB und in Kooperation mit anderen, Ausstellungen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Beendigung des Weltkrieges.

NACHRICHTEN: Sie hatten kürzlich Gäste aus der Sowjetunion. Können Sie uns etwas über Anlaß und Inhalt der Gespräche sagen?

Jochen Richert: Seit 1972 gibt es Kontakte und Austausch von Delegationen zwischen dem Gewerkschaftsrat von Rostow am Don und dem DGB-Landesbezirk Hessen. Positiv wird von uns begrüßt, daß trotz gewisser politischer Schwierigkeiten in den letzten Wochen und Monaten uns gerade in dieser Zeit der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Viktor Lisjenko und ein weiteres Vorstandsmitglied in Hessen besucht haben. Ziel dieser Kontakte ist, zu einer Verständigung zwischen den Völkern zu kommen. Dies ist nur möglich, nach unserer Ansicht, durch das gegenseitige Kennenlernen. Denn wer Frieden in der Welt will, muß sich auch den Herausforderungen stellen, und gerade wir Deutschen haben ja durch die beiden Weltkriege, die viel Not und Elend hinterlassen haben, Konsequenzen zu ziehen. Aus diesem Grunde sind wir nach wie vor für ein positives Zusammenwirken und Verbesserung der Verhältnisse zwischen Ost und West. Denn nicht Waffen werden den Frieden sichern. Frieden wird gesichert durch menschliche Begegnung.

Der Vorsitzende des Gebietsrates sagte nach Abschluß des Besuchs, daß er sich bedanke für die offenen und ehrlichen Gespräche bei seinen Begegnungen hier in Hessen, sei es bei der Stadt Frankfurt, in den Betrieben, in Nordhessen oder mit dem Wirtschaftsminister Steger. Er sagte aber auch weiter, daß ihn die Situation der Arbeitslosigkeit sehr stark berührt habe, und er vertrete die gleiche Auffassung, wie die deutschen Gewerkschaften, daß nur mit Arbeitszeitverkürzung ihr zu begegnen ist. Besonders beeindruckend war für ihn die Entwicklung der neuen Technologien, die ja eine große Herausforderung für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sei, was sich bei ihnen zur Zeit noch nicht stellen würde. Wir hoffen und wünschen, daß diese unsere Kontakte auch in Zukunft fortgesetzt werden können, denn die deutsche Arbeiterbewegung ist schon immer für eine friedliche Koexistenz eingetreten.

CDU-Sozialausschüsse für Richtungsauseinandersetzung

In der „Sozialen Ordnung“, der Zeitschrift der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), wird am 30. August in einem Artikel des Herausgebers Heino Soénus, also im Namen der CDU, unter der Überschrift „Die Zielscheibe“ der DGB aufs Korn genommen. Soénus sieht „Anzeichen für eine tiefgreifende Richtungsauseinandersetzung im DGB wachsen“. Er spricht zwar davon, daß es notwendig sei, sich in der Sache auseinanderzusetzen, scheut aber selbst nicht davor zurück, die „Welt der Arbeit“ als „Politporno“ einzustufen.

Die SPD werde zu einer Gefahr für den DGB, heißt es da schlichtweg. Das Wehren gegen den sozialpolitischen Kahl-schlag und Abbau demokratischer Rechte bis hin zum politischen Terror der Berufsverbote, aber auch das Suchen nach einer neuen Mehrheit jenseits der CDU/CSU, wie dies Willy Brandt einmal forderte, wird „entlaufenen Bürgersöhnchen der 68er Studentenrevolte“ angelastet, die Unterschluß in den Gewerkschaften gefunden hätten.

Drei Punkte sind es, die es Soénus besonders angetan haben: An erster Stelle steht bei ihm die Abstimmung in der Sache Buschhaus. In ihr hatte bekanntlich der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, zugleich auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, mit der CDU gegen seine eigene Fraktion gestimmt, um angeblich Arbeitsplätze zu sichern.

Gerhard Schröder, SPD-Bundestagsabgeordneter und Spitzenkandidat seiner Partei bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, warf am 1. September im „Vorwärts“ Schmidt vor, daß er in den Ausweg flüchte, sich im Zweifel für die Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Organisationsbereich einzusetzen. Gewerkschaftspolitik aber, meinte Schröder, habe sich auf ganz neue gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzustellen, vor allem auf die, die in einer dramatisch gefährdeten Umwelt lägen. Sie dürfe sich daher nicht in der Unterstützung betrieblicher Einzelforderungen erschöpfen, auch wenn diese regionalpolitisch noch so wichtig seien.

Was aber geschah? Anstatt sich mit den Meinungen in der SPD sachlich auseinanderzusetzen, gelte sich die Spitze der IG Bergbau und Energie (IGBE) an einem einzigen Satz in einem Artikel des „Vorwärts“ auf, in dem Schmidt vorgeworfen worden war, daß mit seiner Argumentation zugunsten der Dreckschleuder Buschhaus man auch für die Todesstrafe eintreten könne, um dem Scharfrichter die Freude an der Arbeit nicht zu verderben. Eine ganze Kampagne gegen den „Vorwärts“ und damit auch gegen die SPD wurde in der „einheit“, der Zeitung der IGBE, gestartet. Die Meinungen anderer Gewerk-

schaften wie der GGLF, der GHK oder der IG Metall, in deren Namen Karl-Heinz Jansen die Buschhaus-Entscheidung als ein Signal für eine veraltete Industriepolitik wertete, wurden einfach ignoriert.

An zweiter Stelle der Soénusschen Philippika gegen den DGB steht die angeblich kommunistische Unterwanderung. Das Bemerkenswerte hierbei ist, daß sich auch hier einige Sozialdemokraten, wie Hermann Rappe – ein Verfechter der großen Koalition mit der CDU/CSU – und Norbert Römer hergeben, um Wasser auf die Mühlen der CDU zu leiten. In einer Sendung von „Report“ am 28. August, die von dem CSU-Mitglied von Lojewski moderiert wurde, stellten sie sich als Kronzeugen zur Verfügung. Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, hatte Norbert Römer schon zuvor in der „Neuen Gesell-

schaft“, auch im Hinblick auf das Zusammenspiel gewisser Gewerkschafter mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, zugerufen: „Wach auf: werde politisch(er) und sieh Dich um, in welche Gesellschaft Du geraten bist“. Auch Hans Preiss, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, wandte sich in der „Neuen Gesellschaft“ gegen Spaltungsversuche der FAZ und endete: „Daß Genossen ihnen dabei helfen, daran dürfen und werden wir uns nicht gewöhnen.“

Der dritte Punkt des Herrn Soénus ist das angebliche Kampfgeschrei, das im DGB den Ruf nach der Erhaltung des sozialen Friedens übertöne. Aber noch nie war das Ziel der Gewerkschaften sozialer Frieden, sondern immer das Durchsetzen der gemeinsam beschlossenen Forderungen und Vorstellungen. Wer angesichts der Angriffe der Unternehmer und ihrer Rechtsregierung auf den sozialen Besitzstand und die demokratischen Rechte die Gewerkschaften zum Friedenspfeiferachen verdammen will, der sät an der Grundlage der gewerkschaftlichen Existenz.

Über die Auslassungen des Herrn Soénus könnte man man zur Tagesordnung übergehen, denn schon früher hat die CDU/CSU Spaltungsversuche der Gewerkschaften unternommen. Das Neue besteht darin, daß wildgewordene CDU-Funktionäre von einigen Sozialdemokraten, die in den Gewerkschaften wichtige Positionen innehaben, unterstützt werden, die nicht davor zurückschrecken, die Gewerkschaften im Kampf nicht nur gegen die eigene Partei zu mißbrauchen, sondern auch bereit sind, sie letztlich auf dem Altar der Sozialpartnerschaft zu opfern. Heinz Schäfer

Türen der Gewerkschaftshäuser für Arbeitslose offen?

Die bisherigen Ergebnisse der Tarifrunde '84 haben wenig Beschäftigungseffekte gebracht, zumal die 38,5-Stunden-Woche im Metall- und Druckbereich erst 1985 in Kraft tritt. Die Arbeitslosenzahlen steigen weiter. Da die Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer nicht mit Appellen an die Regierung zu stoppen sind, wächst für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. Dabei kommt der Organisation und Aktivierung von ständig Beschäftigten und Arbeitslosen immer größere Bedeutung zu.

Mit dem globalen Vertretungsanspruch nach dem Motto „Die Gewerkschaften und ihre Organe vertreten auch die Interessen der arbeitslosen Kollegen“ ist es aber nicht getan. Dies bleibt bestenfalls Absichtserklärung, die im betrieblichen und gewerkschaftlichen Alltag nicht zu realisieren ist. Doch mit einer eigenständigen gewerkschaftlichen Arbeitslosenarbeit steht es nicht zum Besten. Wenn Heinz Oskar Vetter 1982 auf dem 12. ordentlichen DGB-Kongreß ausrief: „Die Arbeitslosen gehören zu uns. Wir müssen ihnen die Türen unserer Gewerkschaftshäuser weit öffnen“, so hat man gegen-

wärtig eher den Eindruck, daß der schmale Spalt, um den diese Türen aufgegangen sind, mancherorts wieder zugeschlagen ist.

Ein Überblick über die Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit läßt sich nur ansatzweise gewinnen, da die über 70 Arbeitskreise und Initiativen, die es auf DGB- und Einzelgewerkschaftsebene (ohne die GEW-Arbeitskreise) gibt, bisher kaum Kontakt untereinander haben. Eine erste bundesweite Bestandsaufnahme ist von der geplanten Arbeitstages gewerkschaftlicher Arbeitslosenini-

tiativen, -arbeitskreise und -zentren zu erwarten, die das Institut für Arbeitnehmerbildung der IG Druck und Papier vom 15. bis 20. Dezember 1984 in Lage/Hörste durchführen will.

Eine der dringlichsten Forderungen gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen ist die Forderung nach Vertretung in den Gremien der Einzelgewerkschaften. Einige Gewerkschaften wie die ÖTV haben dazu – allerdings noch zaghafte – Voraussetzungen geschaffen. Wie diese genutzt werden können, zeigt das Beispiel des Westberliner ÖTV-Arbeitskreises „Zeitverträge und Arbeitslosigkeit“, der eigene Forderungen zur Tarifrunde '84 unter dem Motto „Oberste Priorität hat für uns die Schaffung von Arbeitsplätzen“ aufgestellt hat, damit, wie im Antrag 29 des 10. Gewerkschaftstages gefordert wird, „die Probleme der Arbeitslosen direkt in die Meinungs- und Willensbildung der Organisation einfließen können“.

Neu in unserem Verlag:

Bernd Klees

Arbeitslosigkeit und Recht

Ein Handbuch zur Gegenwehr Mit Kommentar des Arbeitsförderungs-gesetzes, Mustern und Beispielen

Der Titel besagt, was den Leser erwartet: eine zusammenhängende Darstellung des Rechts und aller Rechtsfragen zum Problem Arbeitslosigkeit. Aber keine Sammlung trockener juristischer Texte bietet in diesem Buch einer der führenden Experten dieses rechtlich-politischen Bereichs, sondern eine engagiert-kritische Auseinandersetzung und Aufbereitung für die Gegenwehr der Betroffenen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten. 511 Seiten, 28 DM, Bestell-Nr. 051

Allerdings zeigte gerade die Diskussion auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag, daß die Ressentiments gegen die Einbeziehung von Arbeitslosen noch überwiegen – und das nicht nur bei der ÖTV. Die Vollmitgliedschaft für Arbeitslose – die als Mindestvoraussetzung für die gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit gefordert wird – wurde abgelehnt. Man wolle keine Trittbrettfahrer, die die Leistungen der Gewerkschaften bei niedrigen Beiträgen beanspruchten – eine Argumentation, die die Frage provoziert, ob Gewerkschaften vorrangig Versicherungs- oder nicht doch eher Interessenvertretungsorganisationen sein sollten.

Eine Organisation und Vertretung von Arbeitslosen in den Einzelgewerkschaften wäre freilich noch nicht ausreichend. Immer mehr, vor allem jugendliche Arbeitslose und befristet Beschäftigte, können bestimmten Berufsgruppen und damit einzelnen Industriegewerkschaften nicht mehr zugeordnet werden. Deshalb kommt auch Arbeitskreisen auf DGB-Kreisebene

Vorschläge der IG Chemie und BSE sind im DGB heftig umstritten

Das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik, Jürgen Walter, und der stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Bau-Stein-Erden, Bruno Köbele, sind mit einem gemeinsamen Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, durch den die Ausbildungsplatznot von vielen tausend Jugendlichen über eine Umlage der jeweils zuständigen Kammer (Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer) beseitigt werden soll. Sie meinen, daß ein zentraler, durch bundesweite Umlagen finanzierter Ausbildungsfonds im Ansatz zwar nach wie vor richtig, aber gegenwärtig politisch nicht durchsetzbar sei.

Deshalb müsse der Gesetzgeber die gesetzlichen Voraussetzungen für Kammerumlagen verbessern. Es bedürfe vor allem einer Ergänzung der Rechte und Pflichten der paritätisch besetzten Berufsbildungsausschüsse der Kammern. Sie sollten künftig die Verteilung der Mittel kontrollieren. Die beiden Gewerkschaftsfunktionäre machen allerdings nicht deutlich, wieso ihr Vorschlag zur Zeit bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag bessere Realisierungschancen hätte, als die vom DGB und zahlreichen anderen Gewerkschaften favorisierten Lösungen.

Wie die „Welt der Arbeit“ am 20. September berichtet, ist der Vorstoß von Walter und Köbele im DGB umstritten. Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, meint, daß die Ablösung der einzelbetrieblichen Finanzierung der Berufsbildung zugunsten eines alle Betriebe und Verwaltungen erfassenden Umlageverfahrens eine vorrangige und unaufschiebbare politische Aufgabe sei. Die IG Metall will gemeinsam mit dem DGB ausbildungsunwillige Betriebe zur Finanzierung nach dem Prinzip heranziehen: „Wer nicht ausbildet, soll zahlen!“

große Bedeutung zu. Sie können aber langfristig nur existieren, wenn sie die Möglichkeit zu eigenverantwortlicher Tätigkeit haben und in den Kreisvorständen vertreten sind.

Besonders hervorgehoben wird von den gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit mit den betrieblichen Interessenvertretungen. Denn die Gewerkschaften sind – so Frankfurter Arbeitslose und Gewerkschafter – „der einzige soziale und politische Ort, wo der Zusammenhang zwischen Arbeitslosenproblemen und betrieblicher Gewerkschaftsarbeit wieder hergestellt werden kann“. Die Vorschläge, die diese Zusammenarbeit konkretisieren, reichen von der Einladung arbeitsloser Gewerkschafter auf Betriebs- und Vertrauensleuteversammlungen bis zu gemeinsamen Überlegungen, wie Überstunden verhindert und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Bernhild Vögel

Im völligen Gegensatz zu den Auffassungen Walters und Köbeles, übte Preiss an den Unternehmerkammern scharfe Kritik. Sie hätten bislang keinen überzeugenden Lösungsvorschlag zur Überwindung der Ausbildungskrise vorgelegt. Sie beschränkten sich auf unverbindliche Ausbildungsaufträge an ihre Mitgliedsfirmen und mißbrauchten zudem ihren öffentlich-rechtlichen Status zu antigewerkschaftlicher Stimmungsmache. Bei allen Vorschlägen und Maßnahmen zur Reform der Berufsbildung und vor allem zur Neuordnung ihrer Finanzierung sei daher stets darauf zu achten, daß die Kompetenz der Kammern nicht erweitert werde.

Er verwies darauf, daß die DGB-Forderung auf breite Unterstützung stoße. Es gäbe auch Initiativen für eine Umlagefinanzierung auf Länderebene. Die Forderung nach einer Kammerumlage könnte die positive Entwicklung zu einem zentralen Ausbildungsfonds stören. Ähnlich wie Preiss äußerte sich auch der 2. Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Dieter Steinborn. Zu fragen ist, was Jürgen Walter und Bruno Köbele bewog, gewissermaßen am DGB vorbei und in Widerspruch zu anderen Gewerkschaften ihren Vorschlag zu machen. IG Bau-Stein-Erden hat für ihren Hauptbereich, dem Baugewerbe, seit 1975 einen Tarifvertrag, dessen Inhalt sie in der Zwischenzeit auf andere Bereiche ausdehnen konnte, der eine Umlagenfinanzierung vorsieht. Selbst die Verwirklichung des gemeinsamen Vorschlags könnte folglich für sie keine wesentliche Verbesserung bringen. Jürgen Walter kann sich noch nicht einmal auf einen Beschluß des kürzlich beendeten Gewerkschaftstages seiner Gewerkschaft stützen.

Nach der Arbeitszeitfrage – 35-Stunden-Woche hier und dort Vorruhestand im Vordergrund – ist nun in der beruflichen Bildung ein zweiter Punkt vorhanden, über den zwischen den DGB-Gewerkschaften ein Dissens besteht. Können aber die Gewerkschaften heute darauf hoffen, wenn sie in einer wichtigen Frage getrennt marschieren, überhaupt noch irgendeinen Erfolg erzielen zu können?

Heinz Schäfer

Mehr Ausbildungsplätze von GTB gefordert

Einen Appell für mehr Ausbildungsplätze richtete der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Berthold Keller, Ende September an die Unternehmer der Textil- und Bekleidungsindustrie. Gerade weil von diesen Branchen Flexibilität, Kreativität und schnelles Reagieren am Markt verlangt werde, so Keller, sei eine bestmögliche berufliche Qualifikation für eine gesicherte Zukunft dieser Industriezweige unabdingbar. Derzeit stehen in den Betrieben dieser Wirtschaftsbereiche 10680 gemeldeten Berufsausbildungsstellen 14121 Bewerber gegenüber.

GEW befragt Mitglieder zur Arbeitszeitverkürzung

Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, die in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) organisiert sind, fordern eine beschäftigungswirksame Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Dies ergab eine Mitgliederumfrage während der Sommermonate in den Landesverbänden Bayern und Berlin im sozialpädagogischen Bereich. Zugleich fordern die gewerkschaftlich organisierten Sozialpädagogen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf keinen Fall zu Verschlechterungen der Dienstleistungen – wie beispielsweise kürzere Öffnungszeiten von Kindergärten – führen dürfe.

Arbeitsbedingungen belasten Umwelt

Auf den engen Zusammenhang zwischen Arbeitsschutz und Umweltschutz hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Karl-Heinz Janzen, Ende September zur Eröffnung einer gewerkschaftlichen „Arbeitsschutzwoche“ hingewiesen. Der staatlichen Gewerbeaufsicht warf Janzen mangelndes Durchsetzungsvermögen gegenüber den Betrieben vor. Die Gewerbeaufsichtsämter verstünden sich immer weniger als staatliche Aufsichtsorgane und immer mehr als „Serviceeinrichtungen für die Unternehmen“. Janzen forderte weiter, daß vor allem als Krebserreger erkannte Stoffe ohne Rücksicht auf die Industrielobby verboten werden müßten.

Gegen Einschränkung der Gewerkschaftsrechte

Der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft hat Bundespostminister Schwarz-Schilling aufgefordert, seine Angriffe auf die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst zu unterlassen. Mit Schreiben vom 27. August wies der Minister die

Oberpostdirektionen an, „in geeigneter Weise“ die Beschäftigten darüber zu unterrichten, daß er „Streiks oder streikähnliche Aktionen von Beamten sowie Vorbereitungen hierzu (z. B. Urabstimmung, Aufforderung zur Arbeitsniederlegung)“ für unzulässige Dienstpflichtverletzungen halte. Gleichzeitig kündigte er schon jetzt den Einsatz von Beamten als Streikbrecher an. „Die Beamten – so Schwarz-Schilling – haben kein Recht, angeordnete Mehrarbeit zu verweigern, die infolge des Arbeitskampfes notwendig wird.“ Für den Fall einer Weigerung, als Streikbrecher tätig zu werden, kündigte der Minister Disziplinarmaßnahmen und Schadensersatzansprüche an.

Die Deutsche Postgewerkschaft sieht hierin den Versuch, die Beamten bereits mit Blick auf die anstehende Tarifaussensetzungen im öffentlichen Dienst einzuschüchtern. „Mit dem vorgesehenen verfassungswidrigen Einsatz der Beamten werden nicht nur die Rechte dieser Beschäftigten beeinträchtigt, sondern es wird auch das Streikrecht der Arbeiter und Angestellten faktisch ausgehöhlt“, heißt es in einer Stellungnahme der DPG. Die Gewerkschaft hat bereits eine Unterschriftensammlung unter den Betroffenen gegen die Ministeranweisung begonnen.

DAG-Jugend protestiert gegen Disziplinierung

Einhellig äußerte der Landesjugendverband der DAG-Jugend Niedersachsen/Bremen seine Ablehnung der derzeit laufenden Prozesse gegen Lehrerinnen und Lehrer, die der DKP angehören. Diese würden wegen der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte, nämlich Kandidatur für eine nicht verbotene Partei, vor Gericht gestellt und mit Entlassung bedroht. In einer Erklärung von Ende September heißt es weiter, daß verheerende Auswirkungen dieser Disziplinarverfahren auf junge Menschen zu befürchten seien. Schon jetzt verzichteten viele Jugendliche auf gewerkschaftliches und politisches Engagement aus Angst vor Repressalien.

Eisenbahner gemeinsam für Abrüstung

Auf Einladung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) besuchte Mitte September eine vierköpfige Delegation der DDR-Gewerkschaft IG Transport und Nachrichtenwesen unter Leitung ihres Vorsitzenden Karl Kalauch die Bundesrepublik. Im Mittelpunkt des Treffens stand ein intensiver Erfahrungsaustausch mit der GdED-Spitze sowie Besuche von Bundesbahndienststellen in Frankfurt und München. Den Dialog, der durch einen Delegationsaustausch fortgesetzt werden soll, bezeichnete GdED-Vorsitzender Ernst Haar als die Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen für ein vernünftiges Neben- und Miteinander beider deutscher Staaten.

PERSONALIEN

Ilse Brusis, 47, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes und des SPD-Parteivorstandes, wird, internen Informationen zufolge, in Kreisen der IG Chemie-Papier-Keramik als Nachfolgerin des DGB-Vorsitzenden **Ernst Breit**, 60, auf dem 13. ordentlichen DGB-Kongreß 1986 genannt. In anderen Gewerkschaften wird hingegen erwogen, Breit für eine erneute Kandidatur zu ermuntern.

Heinz Meinking, 53, seit 1959 Sekretär der IG-Metall-Verwaltungsstelle Bremen, zuletzt zuständig für Vertrauensleute, Bildung, Organisation und Presse, wurde neuer 1. Bevollmächtigter in Bremen. Sein Vorgänger, **Arno Weinkauff**, 56, 16 Jahre in dieser Funktion, war auf der Vertreterversammlung Ende Februar dieses Jahres seinem Gegenkandidaten, **Hans Ziegenfuß**, 41, mit 81 zu 86 Stimmen unterlegen. Ziegenfuß, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Werft AG Weser, trat jedoch auf Intervention des IG-Metall-Vorstandes seine Funktion nicht an. Beide, Ziegenfuß und Weinkauff, bleiben jedoch für die Gewerkschaft hauptamtlich tätig. Vgl. auch NACHRICHTEN 4/84, S. 28.

Werner Moericke, 60, ist zum 1. Juli aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand getreten. Über 30 Jahre – seit 1952 – leitete er die Abteilung Angestellte beim Vorstand der IG Metall, an deren Aufbau er wesentlich beteiligt war. Nach 10 Jahren Mitgliedschaft in der Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) wurde er 1968 in den Vorstand gewählt. Moericke wird den DGB dort weiterhin vertreten.

Ernst Piehl, vormals Sekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), trat am 1. Oktober seine neue Stelle als Direktor des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsausbildung (CE-DEFOP) in Westberlin an. Von 1969 bis 1975 war Piehl Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB, bis 1979 Direktor des Europäischen Jugendwerks beim Europarat in Straßburg.

Adolf Schmidt, 59, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie und seit 1971 auch Präsident des Internationalen Bergarbeiter-Verbandes (IBV), verzichtete auf dem 45. Kongreß des IBV vom 22. bis 24. Mai in Luxemburg aus Altersgründen auf eine erneute Kandidatur. Sein Nachfolger wurde **Anders Stendalen**, 46, seit 1977 1. Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft Schwedens, GRUV.

Josef Stark, seit 1980 Bezirksvorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft in Hessen, feierte am 5. Oktober seinen 50. Geburtstag. Der gebürtige Thüringer, zunächst im Osthessischen tätig, trat 1959 der Gewerkschaft bei, war zwölf Jahre lang Personalratsvorsitzender und wurde 1971 in den Bezirksvorstand gewählt. Stark setzte sich stets besonders engagiert für die vom Berufsverbot bedrohten Postler in Hessen ein.

Bei der Büchergilde Gutenberg nicht Simmel auf Platz eins

„Mit heiteren Augen“ fing es an: Das erste Buch, das die 1924 gegründete gewerkschaftseigene Büchergilde Gutenberg ihren Mitgliedern anbot, war Mark Twains gleichnamiger Roman. Jetzt, im sechzigsten Jubeljahr der „Gemeinschaft von Bücherlesern der arbeitenden Klasse“, ist für Heiterkeit (noch?) nicht viel Anlaß. Der Büchergildekaren scheint zwar aus dem größten Sandloch draußen zu sein, aber es knirscht noch in den Rädern.

Auf das Loch steuerte man wegen eines Mißverhältnisses zu: „Wir haben einerseits seit Ende der fünfziger Jahre Mitglieder verloren“, erklärt Erhard Schumacher (45), seit 1979 Geschäftsführer der Büchergilde, „und andererseits sind Geschäftsstellen und Zentrale in ihrem Umfang gleich groß geblieben.“ Das heißt: „Das Niveau der Gemeinkosten liegt einfach etwas zu hoch.“

Erst wollte man es mit einer Radikalkur versuchen: Ende 1982 ging die Meldung durch die Medien, die Büchergilde müsse, um zu überleben, mit einem der marktbeherrschenden Medienriesen, etwa Bertelsmann, betrieblich kooperieren. Massive Proteste der Gewerkschaften waren die Folge: Ohne Einfluß auf das Programm konnte so etwas nicht abgehen. Die Kur wurde abgesagt.

Ende 1983 lag dann ein neues Konzept auf den Tischen von DGB und Aufsichtsrat – ein Sanierungspaket aus drei Teilen: Expansion durch neue Mitglieder-Werbemethoden, Kostensenkung durch Umwandlung einiger Geschäftsstellen in „freie“ Buchhandlungen auf Provisionsbasis und das Gewinnen neuer Buchhandlungen in weißen Flecken, auch auf Provisionsbasis.

„Um dies alles durchzuführen, sind wir von DGB und der gewerkschaftlichen Beteiligungsgesellschaft ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet worden“, erklärt Erhard Schumacher und erläutert, wie das jetzt läuft: Durch intensive Werbung bei politischen Veranstaltungen bekommt die Büchergilde den Mitglieder-schwund so langsam wieder in den Griff, es sind jetzt etwa 200.000. Davon wurden alleine 1983 bei Gewerkschaftstagen, Demonstrationen und ähnlichem 5000 neue erworben.

Bei der Umwandlung der Geschäftsstellen knirscht es noch hie und da: Erstens laufen nicht alle Angestellten der Büchergilde – betroffen sind etwa 20 – mit fliegenden Fahnen zum „freien“ Provisionsmodell über, zweitens ist es ja durchaus problematisch, wenn ein gewerkschaftseigener Betrieb „privatisiert“ – wenngleich Schumacher das so eigentlich nicht nennen möchte. Gerade bei den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, diesen kleinen Inseln im privatkapitalistischen Meer die-

ses unseres Landes, müßten wir doppelt und dreifach aufpassen, daß sie uns nicht wegschwimmen. Und da kann bereits ein vielleicht nur geringfügiges Abbröckeln an den Rändern schon gefährlich werden. Wenn das Schule macht...

Außerdem kommt die Büchergilde dabei um Entlassungen, d. h. um Vernichtung eigener Arbeitsplätze, nicht herum, auch wenn Schumacher versichert, daß die Betroffenen entweder andere gewerkschaftli-

che Posten erhalten, in Rente gehen können oder – mit Sozialplanabsicherung – frühzeitig dorthin geschickt werden.

Dennoch: Das alles ist sicher das kleinere Übel gegenüber der 1982 drohenden Kooperation. Und wenn, wie es scheint, das Konsolidierungspaket greift, können sich vor allem diejenigen freuen, die sich in dem Programmangebot der Büchergilde noch mehr engagierte, kritische, politische Titel wünschen. „Durch unsere neuen Werbemethoden stoßen zunehmend Mitglieder mit solchen Ansprüchen zu uns“, sagt der Geschäftsführer, „und an den Absatzzahlen können wir ablesen, daß nicht Simmel, sondern ein engagierteres Programm angenommen wird.“

Es scheint so, als ob sich die Büchergilde verstärkt ihres kulturpolitischen, ihres leserzieherischen Auftrags besinnt und dazu auch durch den Mitgliederzuwachs stimuliert wird. Die Marktnische zwischen elitären Angeboten à la Suhrkamp und einer falsch verstandenen, mißbrauchten und mißgeleiteten Massen „kultur“, à la Bertelsmann, ist groß genug, um Kultur von unten für unten gedeihen zu lassen. Man muß nur den Mut dazu haben.

Dagmar Scherf

coop – Konzern wie jeder andere

Der zu den gemeinwirtschaftlichen DGB-nahen Unternehmen zählende coop-Konzern hat mit dem Konsum von vor 1933 nichts gemein. Er ist darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen und zu expandieren. Und wo es mit dem Gewinn nicht ganz nach den Wünschen geht, werden Supermärkte dichtgemacht, mit all den negativen Folgen für die Beschäftigten. So auch 1983, wo im Supermarktbereich 146 Märkte mit einer Verkaufsfläche von 41.139 Quadratmetern geschlossen wurden: „Auch 1984 wollen wir uns wieder von 1000 Objekten trennen“, so Vorstandsvorsitzender Bernd Otto, von 1966 bis 1974 Leiter der Abteilung, Vorsitzender beim DGB-Bundesvorstand, auf der Bilanzpressekongferenz Ende August in Frankfurt. Demgegenüber stand die Eröffnung von 38 Supermärkten im vergangenen Jahr andernorts, und auch für 1984 sind ebenfalls 38 neue Objekte geplant.

Zum Aufsichtsrat der coop AG, die im November auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, gehören drei Gewerkschaftsvorsitzende sowie weitere Spitzenfunktionäre des DGB und seiner Gewerkschaften. Insgesamt hat der Konzern jetzt 2002 Märkte mit 1,266 Millionen Quadratmetern Verkaufsfläche. Durch die Verschmelzung der coop AG mit der coop Verbraucher AG samt ihrer 200.000 Kleinaktionäre wurde das Grundkapital um 75 Millionen auf 375 Millionen DM aufgestockt.

Wie Bernd Otto auf der Pressekonferenz erklärte, reagiere der Supermarkt „besonders sensibel auf gedrückte Realeinkom-

men der Verbraucher“. Diese gesunkenen Realeinkommen haben 1983 zu einem Umsatzverlust in den 1414 Märkten geführt, der 5,8 Prozent betrug, allerdings bei einer um 1,9 Prozent verkleinerten Fläche. Dieser Trend setzte sich auch im ersten Halbjahr 1984 fort mit einem Umsatzrückgang von 1,3 Prozent. Allerdings ist bei dieser Zahl zu berücksichtigen, daß die Verkaufsfläche wiederum um 2,2 Prozent reduziert wurde.

Wie andere Warenhauskonzerne auch hat coop die gewinnträchtigen Bau- und Hobby-Märkte entdeckt. Hier haben sich, so der Vorstandsvorsitzende, die 68 depot Bau- und Hobby-Märkte „nach Jahren stürmischer Expansionen einen Spitzenplatz in der Gruppe der Baumarktanbieter erobert. Das Wachstum betrug 1983 über 25 Prozent und lag im ersten Halbjahr 1984 bei einer unveränderten Fläche bei 15,3 Prozent. Auf diesen Gebieten hätte sich coop eine gute Ausgangsposition gesichert, „dem von der Marktforschung überdurchschnittliche Wachstumsraten bis in die 90er Jahre“ vorausgesagt werden.

Insgesamt betrug 1983 der Gewinn des von einem modernen Management geführte coop Unternehmens 12,1 Millionen DM, während 1982 ein Gewinn von knapp 1 Million DM ausgewiesen werden konnte, so daß 1983 für alle Aktionäre eine Dividende von 6 Prozent abfiel. Bei coop waren 1983 insgesamt 41.866 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 739 Beschäftigte weniger.

G.M.

Wende in der Ausländerpolitik: Menschenrechte nicht vorgesehen

In der Bundesrepublik lebende ausländische Bürger sind Menschen zweiter Klasse. Einstmals als billige Arbeitskräfte willkommen heißen, wird ihnen nun die Schuld zugewiesen an Arbeitslosigkeit und Krise. Sie sollen wieder gehen. Gepaart mit Rassismus, soll das Instrument Ausländerfeindlichkeit den Herrschenden dazu dienen, die Lasten der Krise noch besser den abhängig Beschäftigten aufzubürden und das gesellschaftlich erarbeitete Vermögen zugunsten der Profite und der Rüstung umzuverteilen.

Teile und herrsche, heißt wie immer das Motto des Kapitals und seiner politischen Sachwalter. Nicht Profitsucht, der Jude (heute der Türke) ist schuld. Geteilt wird in alle Richtungen, wo es nur geht: Ausländer – Deutsche, Ausländer untereinander (der nette Italiener – der böse Türke, der unser Land mit orientalischer Kultur überfremdet). Ansetzen können solche Strategien an latent vorhandenen, über Jahrhunderte gewachsenen und auch nach dem Hitlerfaschismus nicht ernsthaft bekämpften rassistischen und fremdenfeindlichen Stimmungen in der Bevölkerung. Was scheinbar nur den Türken gilt, kann leicht übertragen werden auf „Bolschewisten“, auf die „staatsfeindliche Sozialdemokratie“ und Gewerkschaften, die „unsere Wirtschaft kaputtstreiken“.

Die rechtslastige Bundesregierung ist nun fest entschlossen, an der Eskalationschraube ein gutes Stück weiterzudrehen. Bereits in Kohls Regierungserklärung vom Mai 1983 wird die Halbierung der Ausländerzahl zum Ziel erklärt. Und Innenminister Zimmermann kündigt seit geraumer Zeit einen Gesetzentwurf an, dessen Aufgabe es ist, Ausländer mit Schikanen, juristischen Restriktionen aus der Bundesrepublik zu vertreiben. Ausländische Kollegen und ihre Familien würden damit von Menschen zweiter zu solcher dritter Klasse degradiert, in ihrer sozialen und ökonomischen Stellung weiter geschwächt, politisch entmündigt. Elementare Menschenrechte sollen für Ausländer nicht gelten.

Zimmermanns Gesetzentwurf wird sich wesentlich auf Empfehlungen der Kommission Ausländerpolitik stützen, die schon Anfang 1983 dem Bundestag zugeleitet worden sind. An seiner Erstellung waren beteiligt die Bundesländer, der Deutsche Städtetag sowie einige Bundesministerien unter Federführung des Bundesinnenministeriums. Die Empfehlungen beinhalten vor allem zwei Maßnahmenkomplexe: 1. Die Verschärfung der Ausweisungspraxis bzw. der Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis, 2. die Erschwerung der Familienzusammenführung.

Zum ersten Komplex gehören zum Beispiel die Verweigerung des Antrages auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bei Bezug von Arbeitslosenhilfe oder Sozial-

hilfe oder die Ausweisung wegen mangelhaften Wohnraums. Mit der Generalklausel „erhebliche Verstöße gegen die deutsche Rechtsordnung“ sollen künftig Ausländer auch ohne rechtsstaatliches Verfahren vor einem ordentlichen Gericht abgeschoben werden können.

Die folgende „Lösungsmöglichkeit“ der Kommission Ausländerpolitik betreffend die „Ausweisung extremistischer Ausländer“ spricht für sich: „Einführung eines gesetzlichen Verbots für bestimmte Formen der politischen Betätigung (z. B. Versammlungen, Demonstrationen, Flugblattaktionen) mit der Möglichkeit für die Be-

hörden, im Einzelfall Ausnahmen zuzulassen (Erlaubnisvorbehalt).“ Weitere Maßnahmen verlangen, daß Ausländer stets einen Paß bei sich zu tragen haben, oder die Verpflichtung von Sozialamt und Arbeitsamt, den Bezug von Unterstützungsleistungen an die Ausländerbehörden weiterzumelden (Aufhebung des Datenschutzes).

Mit solchen Empfehlungen wird die Wende in der Ausländerpolitik überdeutlich: Ausländer werden nicht mehr (wie bisher postuliert) als zu integrierende Mitbürger, sondern offen als Kostenfaktor, als Bedrohung für das deutsche Volk angesehen, die deshalb abgeschoben werden müssen.

In die gleiche Richtung zielen die Empfehlungen des zweiten Komplexes zur Einschränkung der Familienzusammenführung mit der Festlegung des Höchstnachsatzalters für Kinder vom bisher vollendeten 16. auf das 6. Lebensjahr und der Einführung einer sogenannten dreijährigen Ehebestandszeit für den nachziehenden Ehepartner. Zynischer kann man wohl die von der Bundesregierung so hoch gehaltene Familienpolitik nicht widerlegen. Immerhin: Mit den vom Land Hessen nun praktizierten liberalen Regelungen sind den inhumanen, allen Menschenrechten widersprechenden Bestrebungen der Bundesregierung Alternativen vorgehalten worden. B. K.

Bei den Betriebsratswahlen erreichte IG Metall 83,3 Prozent

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen haben sich 83,3 Prozent der Wähler für Kandidaten der IG Metall entschieden. In 93,4 Prozent der Betriebe stellt die IG Metall den Betriebsratsvorsitzenden, 1981 waren es 92,6 Prozent. Das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, Horst Klaus, wertete dieses Ergebnis als großen Vertrauensbeweis für seine Organisation. Dieser sei um so höher zu bewerten, wenn man bedenke, unter welchen schwierigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen die Wahlen stattgefunden hätten.

Wie Klaus mitteilte, ist in den vergangenen drei Jahren die Beschäftigtenzahl in der Metallwirtschaft um 323456 von 3755743 auf 3428287 zurückgegangen. Wegen Betriebsschließungen habe sich die Zahl der Betriebe, in denen Betriebsräte gewählt wurden, in demselben Zeitraum von 10168 auf 9877 vermindert. Dadurch sei auch die Zahl der Betriebsratsmitglieder um 3847 von 65755 auf 61908 geschrumpft. Die Gruppe der Arbeiter war eindeutig am stärksten vom Verlust der Arbeitsplätze betroffen. Während bei den Arbeitern jeder 10. Arbeitsplatz vernichtet wurde, war dies bei den Angestellten jeder 20. Arbeitsplatz.

Dies führte zu Verschiebungen im Verhältnis der Arbeiter zu den Angestellten. Der Angestelltenanteil stieg daher in den letzten drei Jahren von 31,8 auf 33,7 Prozent. Im Ergebnis dieser Entwicklung ging auch der Anteil der Betriebsratsmandate bei

den Arbeitern überdurchschnittlich zurück, und zwar von 45714 auf 42631, das sind 6,7 Prozent, während der der Angestellten sich um 2041 auf 19277 oder 3,8 Prozent verminderte. Die Angestelltengruppe stellt nun 31,1 Prozent aller Betriebsratsmandate. Die Zahl der Betriebe und die Zahl der Arbeitnehmer, die sich für gemeinsame Wahl entschieden, erhöhte sich weiter.

Da die IG Metall im Betriebsratswahlkampf die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche offensiv vertreten habe, seien die Ergebnisse der Wahlen, die mitten in der Tarifauseinandersetzung stattfanden, auch eine eindrucksvolle Bestätigung der Tarifpolitik der IG Metall, meinte Klaus.

Konkurrierende Gruppierungen hätten im Organisationsbereich der IG Metall bei den diesjährigen Wahlen nichts hinzuge winnen können. Der Christliche Metallar-

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Urteile aus den Arbeitskämpfen 1984

Die juristischen Auseinandersetzungen in den Arbeitskämpfen für die Einführung der 35-Stunden-Woche wurden mit einer Intensität und Breite geführt wie bisher in keinem Arbeitskampf vorher. Einerseits machte die Unternehmenseite von ihren „Rechten“ extensiv Gebrauch, z. B. bei der Aussperrung, mißachtete häufig auch die zugunsten der Gewerkschaften bestehenden Rechtspositionen (z. B. die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der „kalten Aussperrung“) und versuchte über einstweilige Verfügungen, beispielsweise bei den Streikposten, das Streikrecht in massenhaften Aktionen einzuschränken. Sie zwang dadurch Betriebsräte und Gewerkschaften zu umfangreichen juristischen Gegenmaßnahmen. Andererseits haben aber auch die Gewerkschaften inzwischen gelernt, daß öffentlichkeitswirksame juristische Offensiven ein wichtiger Bestandteil des Kampfes sind. Sie haben bei den diesjährigen Streiks damit eine Reihe von positiven Erfahrungen gemacht. Die Schwerpunkte der juristischen Auseinandersetzungen sollen hier kurz dargestellt werden.

Nach wie vor ist die Aussperrung das brutalste und wichtigste rechtlich sanktionierte Gegenmittel, das den Unternehmern bei Streiks zur Verfügung steht. Trotz des eindeutigen Verbots in Art. 29 Abs. 5 der hessischen Landesverfassung, die dieses Verbot enthält, hat das Bundesarbeitsgericht in seinen Aussperrungsurteilen vom 10. Juni 1980 auch in Hessen die Aussperrung für Rechtens erklärt.

Nach der Aussperrung von 65 000 gewerblichen Arbeitern in Hessen am 22.

Mai 1984 hat die IG Metall versucht, die Aussperrung durch eine einstweilige Verfügung zu verhindern, obwohl von vornherein klar war, daß die juristischen Chancen relativ gering waren. Das war sinnvoll und notwendig, um den Widerspruch zwischen Verfassungsgebot und Rechtsprechung im Bewußtsein der Streikenden und der Öffentlichkeit aufzudecken und damit eine kritische Haltung zu den Gerichten zu fördern.

Positiv ist es auch zu werten, daß das Arbeitsgericht Frankfurt die beantragte einstweilige Verfügung erlassen hat, wenn die Entscheidung auch kurze Zeit später vom Landesarbeitsgericht Frankfurt wieder aufgehoben wurde. Immerhin wurde deutlich, daß die Gewerkschaften sich mit dem Mittel der Aussperrung nicht abfinden können und werden und daß sich die „Rechtsgrundlage“, auf die sich die Unternehmer stützen, durchaus brüchig ist.

Bereits im Vorfeld der Streiks war abzusehen, daß die Frage der „kalten Aussperrung“ eine zentrale Rolle spielen würde. Dieses Instrument haben die Unternehmer in den Arbeitskämpfen der letzten Jahre planmäßig entwickelt. Hinzu kommt, daß der direkten Aussperrung durch die Rechtsprechung des BAG gewisse Grenzen gesetzt sind und daß durch die enge Verbindung zwischen Führungsspitze der BfA und Regierung die Gelegenheit bestand, durch die Nichtzahlung der Leistungen Druck auszuüben. In der siebten Streikwoche waren bei rund 60 000 Streikenden 310 000 Beschäftigte „kalt“ ausgesperrt.

Nach herrschender Meinung haben Beschäftigte keinen Lohnanspruch, wenn die

beiterverband (CMV) sei bei 0,6 Prozent stecken geblieben. Die DAG verharre, wie vor drei Jahren, bei 1,9 Prozent. Auch die sogenannten Unabhängigen seien weiter auf dem Rückmarsch.

Klaus bestätigte, daß in wenigen Betrieben Mitglieder der IG Metall auf konkurrierenden oder gegnerischen Listen kandidiert hätten. Sie müßten mit der Einleitung eines Verfahrens rechnen. Dies sei jedoch keinesfalls mit einem Ausschluß gleichzusetzen. Man gehe hier sehr subtil vor. Die IG Metall suche nach Möglichkeiten, um auseinanderdriftende Gruppen wieder zusammenzuführen. Bei der Hamburger Werft HDW sei dies erfolgreich gelungen.

Leicht steigern konnte die IG Metall ihren Anteil bei den ausländischen Betriebsratsmitgliedern, und zwar von 4,3 auf 4,6 Prozent, obwohl der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Be-

schäftigten von 14,6 Prozent auf 12,8 Prozent sank. Trotz des überdurchschnittlichen Rückgangs der weiblichen Beschäftigten um 100 961 (12,4 Prozent) stieg ihr Anteil an den Betriebsratsmandaten um 0,3 Prozent auf 11,8 Prozent. Bei einem Beschäftigungsanteil von knapp 21 Prozent seien sie jedoch nach wie vor unterrepräsentiert.

Horst Klaus mißt dem Wirtschaftsausschuß als wichtiger Informationsquelle in der Zukunft größere Bedeutung zu. Vor allem komme es aber darauf an, regelmäßig die Betriebsversammlungen durchzuführen, vor allem auch im Zusammenhang mit künftigen Arbeitszeitverkürzungen. Dort müsse auch über den Abbau von Schutzrechten gesprochen werden. Die Betriebsräte müßten klarmachen, wo die Ursachen der Konflikte lägen, die in den Betrieben entstünden.

Heinz Schäfer

Produktion im Zusammenhang mit einem Streik eingestellt oder eingeschränkt wird, obwohl nach der Betriebsrisikolehre eigentlich differenziert werden müßte, ob die Produktionsbeschränkung die Folge eines Streiks oder einer Aussperrung ist. Schließlich betrug die Zahl der direkten Aussperrten noch einmal mehr als das Doppelte der Streikenden.

Bei dieser Rechtslage wies der Frankfurter Schnellbrief die Arbeitsämter an, die Leistungen der BfA nicht zu gewähren. Zwar hat die IG Metall erreicht, daß der Frankfurter Erlaß durch einstweilige Anordnungen sowohl in erster als auch in zweiter Instanz für rechtswidrig erklärt und aufgehoben wurde, die Entscheidung des Landessozialgerichts Darmstadt erging jedoch mehr als einen Monat nach dem Erlaß. Außerdem weigerte sich das Landessozialgericht, die BfA zur vorläufigen Zahlung zu verpflichten. Auch in Bremen wehrte sich ein Betriebsrat erfolgreich gegen die Anordnung. Dort wurde die BfA in beiden Instanzen zur vorläufigen Gewährung von Leistungen verpflichtet. Gegenwärtig sind die Verfahren in der Hauptsache anhängig.

Worum geht es juristisch? Nach § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes darf durch die Gewährung von Leistungen nicht in die Arbeitskämpfe eingegriffen werden. Die dazu erlassene Neutralitätsanordnung von 1973 bestimmt in § 4, daß der Anspruch auf Leistungen nach dem AFG in anderen Tarifgebieten u. a. dann ruht, „wenn die Gewerkschaft für den Tarifbereich des Betroffenen nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie für den am Arbeitskampf beteiligten Arbeitnehmer erhoben haben und mit dem Arbeitskampf nach Art und Umfang gleiche Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden sollen“.

Dazu entschied das Landessozialgericht Darmstadt (Beschuß vom 22. Juni 1984 – L 10/Ar – 813,184/84 A), daß „gleiche“, nämlich fast identische Forderungen in den Tarifgebieten der IG Metall nicht aufgestellt worden seien. Ein Wertungsrecht, daß bestimmte Forderungen, von „überaus überragender Bedeutung“ seien, andere Forderungen dagegen nicht, habe der Präsident der BfA nicht. Grundsätzlich bedeute die Neutralitätsverpflichtung „nicht, daß die BfA in Bezug auf ihre Leistungsverpflichtungen während eines Arbeitskampfes stets möglichst weitgehend Leistungen verweigern muß, sondern daß ihr kein Spielraum für wertende Regelungen zustehen darf“.

Weiter heißt es: „Rechte der Arbeitnehmer auf Sozialleistungen können nur dann zum Ruhen gebracht werden, wenn der Ruhenstatbestand zweifelsfrei feststellbar ist. Ob die Gewährung der Leistungen in rechtlich oder tatsächlich wesentlichem Umfang die Situation der Tarifpartner zu ändern vermag, ist kaum hinreichend festzustellen... Es spricht mehr dafür, daß die Nichtgewährung der Leistungen seitens der BfA – als gesetzlicher Ausnahmetatbestand – das Gleichgewicht der Kräfte im Arbeitskampf mehr als die Gewährung der Leistung stört.“

(Wird fortgesetzt)

Florett

„Wut und Unzufriedenheit“ bei den Schwerbehinderten

Anlässlich einer Großkundgebung seiner Organisation in Bielefeld Anfang September hat der 1. Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Hermann Meyer, Protestkundgebungen in 60 Städten der Bundesrepublik angekündigt. Die Protest-Kampagne dieses großen Rentner- und Behindertenverbandes richtet sich gegen den verschärften unsocialen Rotstiftkurs der Bonner Regierung, insbesondere gegen die mit der Novellierung des Schwerbehindertengesetzes (SBG) beabsichtigten weiteren tiefgehenden Einschnitte in das Behindertenrecht (s. Bundesregierung ist angetreten, Behinderte weiter zu schröpfen, NACHRICHTEN Nr. 7/1984/S. 31). Wie der Reichsbund-Vorsitzende feststellte, wachse in der Mitgliedschaft „die Wut und Unzufriedenheit“.

Der Reichsbund fordert: Keine weitere Demontage des Behindertenrechts, sondern Rücknahme der erst zu Beginn dieses Jahres mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 durch rigorose Einschränkungen und Kürzungen bei der Freifahrt im öffentlichen Nahverkehr und der Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer für erheblich gehbehinderte Schwerbehinderte erfolgten schwerwiegenden Abbaumaßnahmen im Behindertenrecht.

Insbesondere drängt der Reichsbund auf die Streichung der systemwidrigen Zuzahlung von 120 DM jährlich, mit der die Freifahrt im öffentlichen Nahverkehr für den größten Teil der bisher berechtigten Schwerbehinderten praktisch abgeschafft wurde, und auf die Wiederherstellung des Rechts für die erheblich gehbehinderten Schwerbehinderten, auch die Bundesbahn-Nahverkehrszüge in einem Umkreis von 50 Kilometer von ihrem Wohnort aus kostenlos zu benutzen, was vor allem für Schwerbehinderte in ländlichen Regionen von größter Bedeutung ist.

In der Tat sind die Behinderten bereits mehr als genug durch die permanenten Sozialdemontagen zur Ader gelassen worden. Das hat nicht erst mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 begonnen und beschränkt sich auch nicht auf den Bereich des spezifischen Behindertenrechts. So wurde schon mit dem ersten Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz die bis dahin gesetzliche generelle Befreiung der Schwerbehinderten von der Rezeptgebühr beseitigt. Schwerbehinderte sind seither durch die immer mehr ausgeweiteten direkten Zuzahlungen zu den Krankheitskosten besonders belastet, bei einigen Medikamenten sogar zur vollen Selbstzahlung.

Gezielt wurde auch das Wohngeld für Schwerbehinderte verschlechtert, u. a. durch die Streichung des Freibetrages für alle Schwerbehinderten unter 80 Prozent Erwerbsminderung. Und Behinderte sind ebenso stark betroffen von den Einschränkungen in anderen Bereichen des sozialen Leistungsrechtes, so bei den Ku-

ren, bei den Sozialhilfen und im Rentenrecht (Beispiel: erschwelter Zugang zu den Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit).

Mit der Novellierung des SBG aber soll jetzt auch noch die Schutzfunktion dieses Gesetzes für die Behinderten im Arbeitsleben entscheidend geschwächt und durchbrochen werden. Dabei wäre angesichts der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter genau das Gegenteil notwendig: der Ausbau und die Verstärkung der Eingliederungs- und Schutzfunktion des SBG für die behinderten Arbeiter und Angestellten. Die Bonner Rechtskoalition aber will

- die Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte nicht aufstocken, sondern abbauen;
- den Kündigungsschutz für Schwerbehinderte nicht verbessern, sondern verschlechtern und
- den Zusatzurlaub für Schwerbehinderte verkürzen.

IMSF lädt zur Tagung ein

Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) veranstaltet am 10. und 11. November in Mörfelden bei Frankfurt eine Tagung zum Thema „Nach dem Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche: Situation und Perspektive der bundesdeutschen Gewerkschaften“. Etwa 100 bis 150 Teilnehmer sollen an den beiden Tagen neben Diskussionen im Plenum und in Arbeitsgruppen die Thematik vertiefen. Bisher wurden Manfred Balder, Frank Deppe, Wolfgang Gehrke, Klaus Pickshaus und Witich Roßmann als Referenten gewonnen. Weitere – aus dem gewerkschaftlichen und politischen Spektrum – sind eingeladen. Anmeldungen sind zu richten an: IMSF, Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt 1, Tel. (0 69) 72 49 14.

Zwar soll die seit 1974 nicht erhöhte Ausgleichsabgabe, die Unternehmer und öffentliche „Arbeitgeber“ für nicht mit Behinderten besetzte Pflichtplätze bezahlen müssen, erhöht werden; aber nur von jetzt 100 auf 150 DM monatlich. Das ist, wie die Praxis gezeigt hat, gänzlich unzulänglich! Die 100 DM waren schon 1974 kein wirksamer finanzieller Anreiz für Unternehmer, Schwerbehinderte einzustellen, statt sich mit den lächerlichen 100 DM



von der Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter „freizukaufen“. Hinzu kommt, daß die Ausgleichsabgabe auch noch steuerlich absetzbar ist. Der DGB fordert deshalb eine weit größere Erhöhung und die Dynamisierung der Ausgleichsabgabe. Sie soll ein Achtel der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung (jetzt 650 DM) betragen.

Auch das Verfahren zur Anerkennung von Schwerbehinderten soll mit der Novellierung des SBG weiter verschlechtert werden. Offensichtlich wollen die Regierenden damit die Zahl der anerkannten Schwerbehinderten künstlich herabdrücken. Der Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums für die SBG-Novellierung geht dabei so weit, daß den Schwerbehinderten ihr verfassungsmäßiges Recht entzogen werden soll, ihr Recht gegen negative Bescheide der Versorgungsämter in allen Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit zu suchen und zu vertreten. Eine Berufung gegen ablehnende Urteile der Sozialgerichte (1. Instanz) in Streitssachen aus dem Bereich des SBG soll in der Regel nicht mehr zulässig sein.

Der neue brutale Angriff der Bundesregierung auf das SBG fordert den Protest nicht nur der Behinderten und ihrer Verbände, sondern vor allem der Gewerkschaften heraus, geht es doch insbesondere um die Rechte der behinderten Arbeiter und Angestellten, aber nicht nur der behinderten Kolleginnen und Kollegen. Erstens kann jeder heute noch Gesunde und Unversehrte schon morgen durch chronische Erkrankung oder Unfall zu den Behinderten gehören. Zweitens aber ermuntert – wie die jüngsten Erfahrungen anschaulich bestätigen – jeder gelungene Einbruch in einem Bereich der Arbeitsschutz- und Sozialrechte die sozialreaktionären Kräfte der Unternehmerverbände und der Bonner Rechtskoalition zu neuen noch weitergehenden Attacken auf die in Jahrzehnten von der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung erkämpften sozialen Rechte und Leistungen. Arthur Böppe

Warum verließen Kommunisten die Regierung Mitterrand?

Nachdem die Wahlen zum Europa-Parlament für die Linksregierung recht negativ ausgefallen waren, wurde ein Regierungswechsel unvermeidlich. Dabei überraschte die Schnelligkeit, mit der dieser vollzogen wurde. Die zweite Überraschung für die Bevölkerung lag dann in der Wahl des Premierministers Fabius und der Nichtbeteiligung der Kommunisten an dieser dritten Regierung seit dem Amtsantritt von Präsident Mitterrand im Mai 1981.

1981 war die neue Regierung an die Aufgabe gegangen, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Es wurden Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten ergriffen. Eingeführt wurde die 39-Stunden-Woche mit dem Versprechen, bis 1986 die 35-Stunden-Woche zu verwirklichen, ebenso die fünfte Urlaubswoche sowie die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre. Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch spezielle Ausbildungskurse und Arbeitsverträge mit Betrieben sollten ergriffen werden. Diese Maßnahmen liefen unter der Bezeichnung „Stages Rigout“, nach dem damaligen kommunistischen Minister Rigout benannt. Auch die durchgeführten Nationalisierungen sollten dem Ziel der Krisenbekämpfung dienen. Auf Betriebsebene wurden die Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften beachtlich erweitert.

Verständlicherweise gab es dafür nicht Beifall von allen Seiten. Unternehmer und Rechtskräfte forcierten den Widerstand, z. B. durch Streiks und Demonstrationen der Ärzte und Medizinstudenten gegen die geplante Demokratisierung der Krankenhäuser und die neue Studienreform unter dem kommunistischen Minister J. Alite, Anwälte, Architekten, aber auch Händler und Handwerker demonstrierten gegen die für ihre Begriffe zu hohen Steuern und Sozialabgaben. Mitte 1982 ließen sich die ersten Risse in einer konsequenten Wirtschaftspolitik im Interesse der Beschäftigten erkennen, als Wirtschaftsminister Delors einen Preis- und Lohnstopp durchsetzte, um der Inflation Herr zu werden.

Die eigentlichen Schwierigkeiten zwischen den beiden Regierungsparteien traten im Laufe des Jahres 1983 auf. Es wurde immer deutlicher, daß von Unternehmenseite in allen Wirtschaftsbereichen immer weitergehende Forderungen gestellt wurden, denen die Regierung nicht mit der nötigen Entschlossenheit entgegentrat. Als Beispiel sei nur die Stahlindustrie genannt. Jahrelang hatten sich die Beschäftigten gegen die nichtgerechtfertigte Schließung der Betriebe und die Durchsetzung der Brüsseler Stahlpolitik gewehrt. Jetzt sollte dieses Konzept unter einer Linksregierung durchgesetzt werden, bei dem nicht nur die veralteten Anlagen geschlossen werden sollten, sondern vor allem auch die hochmodernen, wie z. B. Fos s/mer in Südfrankreich.

Im Namen der sogenannten „Modernisierung“ sollten auch ganze Bereiche der Schiffsbau- und Automobilindustrie geopfert werden. Ergebnis ist ein wachsendes Ansteigen der Arbeitslosigkeit, nach pessimistischen Prognosen sollen es bis Ende 1984 rund 3 Millionen sein. Besonders betroffen sind die Jugendlichen, denen es immer schwerer fällt, einen ersten Arbeitsplatz zu bekommen. Ein anderer kritischer Punkt ist die Steuer- und Preispolitik der Regierung. 1983 wurde eine Sondersteuer von 1 Prozent zur Reduzierung des Defizits der Sozialversicherung erhoben. Ferner wurden die Steuerabgaben der höheren Einkommen (etwa ab 4000 DM Monatseinkommen einer vierköpfigen Familie) um 5 bzw. 8 Prozent erhöht. Die 1 Prozent Sondersteuer soll beim Steueraufkommen 1984 aufgehoben werden. So angekündigt durch den Präsidenten persönlich. Dieser kommende Steuerausfall wurde aber sofort „ausgeglichen“ durch höhere Benzinpreise (Frankreich liegt fast an der Spitze in Westeuropa) und höhere Telefonkosten, Preiserhöhungen, die sich direkt negativ auf die sowieso schon gesunkene Kaufkraft auswirken.

Als es um die Neubildung der Regierung ging, haben die Kommunisten dem neuen

10000 DM für britische Kumpel

Über 10000 DM für die streikenden britischen Bergarbeiter überreichten am 25. September die beiden Gewerkschafter Marita Eilrich und Heinz-Werner Wurstius in Sheffield der Bergarbeitergewerkschaft NUM. Vor dem Hintergrund der seit über sechs Monaten für die Erhaltung ihrer Existenz kämpfenden Kumpel hatte sich der im August als Geschäftsführer der IG Druck und Papier Frankfurt ausgeschiedene Heinz-Werner Wurstius als „Abschiedsgeschenk“ Solidaritätsspenden gewünscht. Während der offiziellen Verabschiedung und anderen gewerkschaftlichen Veranstaltungen kamen über 10000 DM zusammen. Ein Flugticket nach London war das Geschenk des Frankfurter DGB-Kreises für den um internationale Solidarität bemühten Kollegen Wurstius.

Premierminister Fabius aufgrund der Erfahrungen der letzten zwei Jahre eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, von deren Akeztierung die Regierungsbeteiligung abhängig gemacht wurde. Verlangt wurde u. a.: „Modernisierung der Wirtschaft durch Entwicklung der Forschung, der Bildung, Ausbildung und Fortbildung, Aufbau und Entwicklung dem Lande nützlicher Produktion und Arbeitsplätze, Bekämpfung kapitalistischer Vergeudung, Stopp des Arbeitslosenanstiegs und wesentliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Aufrechterhaltung und Verbesserung der Kaufkraft.“

Über diese Punkte wurde nicht zufriedenstellend entschieden. Daraus hat die KPF die Konsequenzen gezogen und auf eine Regierungsbeteiligung verzichtet. Sie sah sich nicht in der Lage, die Politik des „Rigorismus“ weiterhin mitzuverantworten, was aber nicht heißen soll, daß sie sich jetzt als Opposition betrachtet. Alle möglichen positiven Maßnahmen der neuen Regierung würden weiterhin unterstützt werden.

Von seiten der Gewerkschaften muß sich die neue Regierung auch kritische Töne gefallen lassen. Auf die schrittweise Einführung der versprochenen 35-Stunden-Woche warten die Beschäftigten bisher vergeblich. So weist der Generalsekretär der CFTD, E. Maire, darauf hin, daß „seit einigen Monaten die Beschäftigungsprobleme und die großen Ziele des Kampfes gegen die sozialen Ungleichheiten bei der Regierung weniger im Vordergrund stehen“. Auch sollten sich „die Gewerkschaften mit den Beschäftigten auf ihre neuen Rechte stützen und Vorschläge zum industriellen Wiederaufbau, zur Schaffung von Arbeitsplätzen entwickeln und diese mit den Entscheidungen der Betriebsleitungen konfrontieren“. (Zitiert aus Le Monde vom 21. August 1984)

Die CGT hat auf der letzten Pressekonferenz ihres Generalsekretärs H. Krasucki aufgezeigt, daß unter dem Begriff „Modernisierung“ in der Praxis ganze Industriezweige zerstört und aufgegeben würden. In diesem Zusammenhang nannte Krasucki als Beispiel die Stahl- und Automobilindustrie. In der Argumentation zur Schließung der Stahlwerke hieß es, daß diese Branche keine wesentliche Zukunft mehr hat. Dem widerspricht jedoch, daß Frankreich das einzige Industrieland ist, das 50 Prozent der benötigten Stahlprodukte importiert. Diese Zahl allein fordert eine Revision des Stahlplanes.

Im Automobilbereich geht es beim Begriff „Modernisierung“ ebenfalls um Zerstörung der Arbeitsplätze mit dem Ziel, konkurrenzfähig zu bleiben. Dabei betragen die Lohnkosten pro hergestelltem Auto etwa 20 Prozent. Es stellt sich zu Recht die Frage, was mit den anderen 80 Prozent ist. Diese und ähnliche Fragen werden die Beschäftigten jetzt nach der Sommerpause sich, den Gewerkschaften, den Linksparteien und der Regierung stellen.

Wer sagt dem IBFG, daß Polen nicht die ganze Welt ist?

Man sollte meinen, daß eine Organisation, die sich Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) nennt, doch ein bißchen mehr zu tun hat, als sich jahrelang, Monat für Monat, mit Polen zu befassen. Schließlich ist es so, daß die 83 Millionen Mitglieder, die der IBFG in 136 Organisationen aus 95 Ländern haben will, nicht alle aus Polen kommen können. Dort ist nicht eine einzige Organisation IBFG-Mitglied. Einer müßte es John Vanderveken, dem IBFG-Generalsekretär, wohl mal sagen, daß Polen nicht die ganze Welt ist.

Kaum anders als mit Ironie und Verwunderung kann man die Aktivitäten der IBFG-Führung zur Kenntnis nehmen, wie sie in ihrem Mitteilungsblatt „Internationale Gewerkschaftsnachrichten“ dargestellt werden. In den vier Ausgaben der Monate Juni und Juli 1984 (Nr. 9-12; neuere lagen bis Ende August nicht vor) befaßten sich von den insgesamt 40 Informationen und Kommentaren 10 nur mit Polen; dazu kommen noch einige, in denen Polen mit der Türkei, Chile usw. in einen Topf geworfen wird. Von den 43 Seiten der vier Ausgaben füllen die 10 Polen-Berichte und -Kommentare 16½ Seiten. Die Gewerkschaften in den übrigen 150 Ländern der Erde müssen mit 30 Berichten auf 26½ Seiten zufrieden sein.

Die Informationen und Kommentare lassen zudem an Objektivität fast alles vermissen. Daß sich neue Gewerkschaften im ganzen Lande konstituiert haben, die bereits rund 6 Millionen Mitglieder haben, kommt natürlich in dem IBFG-Nachrichtendienst nicht vor. Statt dessen werden im Falle Polen Handlungen und Grundsätze (von „Solidarnosc“) gefeiert, die der IBFG seinen Mitgliedsbünden nie durchgehen ließe, würden sie versuchen, in ihren Ländern ebenso zu arbeiten. Niemals wird der Versuch einer Differenzierung gemacht; für den IBFG sind die alle „freie Gewerkschafter“, die von demokratischer und humaner Gesinnung nur so tropfen: die Russenhasser, Anarchisten, Sozialismuseinde, Nationalisten und Chauvinisten, politischen Abenteurer und Kapitalismusanbeter ebenso wie die ehrlichen Gewerkschafter und Arbeiter, die nicht mehr als die Überwindung von Mißständen und eine effektive gewerkschaftliche Interessenvertretung wollen.

Man wird den Eindruck nicht los, daß die maßgebenden IBFG-Funktionäre – zumal nun wieder die USA-Gewerkschaften in den Bund zurückgekehrt sind – die Diffamierung und Bekämpfung des Sozialismus als ihre erste Pflicht ansehen. In diesem Verständnis mögen sie die Vorgänge in Polen als einen „Glücksfall“ empfinden, den es kräftig zu nutzen gilt. Dabei lassen sie sich von der Einkehr der Normalität in Polen kaum beeindrucken. Im Gegenteil: In dem Maße, wie sich auch IBFG-Forderungen (Aufhebung des Kriegsrechts, Amnestie und Entlassung aller politischen

Häftlinge) erledigt haben, steigert sich die antipolnische Agitation, werden neue Forderungen formuliert.

Man braucht kein Prophet zu sein, um festzustellen, daß die Politik des IBFG in der Polenfrage auf Sand gebaut ist. Sie hat nicht die geringste Chance einer Realisierung.

Im sozialdemokratischen „Vorwärts“ (22. 9. 1984) sind im Vergleich zum IBFG hingegen ganz andere Töne zu hören. Rudi Mews besuchte Polen und schildert seine Eindrücke in einem Artikel: „Ist Solidarnosc nur noch ein Stück Geschichte?“ Er berichtet, daß in den Betrieben Arbeiterräte, die alle drei Jahre neu gewählt werden, die Unternehmensleitungen kontrollieren. Der Vorsitzende des Arbeiterrates der Krakauer Leninhütte, Marian Szafarski, sagte ihm: „Keine Entscheidung der Verwaltung geht ohne unsere Zustimmung durch. Direktor Suchonski muß an jeder unserer Sitzungen teilnehmen.“ Auf seine Fragen nach Solidarnosc bekam Mews fast immer die Antwort, daß diese ein Stück polnischer Geschichte gewesen sei.

Mews berichtet auch über die Arbeit der neuen Gewerkschaften. Sie fordern mehr Lohn, kürzere Arbeitszeiten und eine bessere Versorgung mit Wohnungen. Sie kümmern sich um den Ferienplatz für die Kinder oder den Aufenthalt in den meist gewerkschaftseigenen Sanatorien. Alle Gewerkschafter wünschen Kontakte zum DGB. Dieser zeige ihnen aber bisher noch die kalte Schulter. Mews befürwortet indirekt Kontakte des DGB zu den neuen polnischen Gewerkschaften und befindet sich hier in Übereinstimmung mit der Meinung des Gewerkschaftsrates der SPD.

Es ist zu begrüßen, daß der „Vorwärts“ den DGB und seine Einzelgewerkschaften mit der Nase darauf stößt, daß es Zeit ist, Bilanz zu ziehen und aus dem Schmolliwinkel herauszukommen. Die politische Realität ist nun einmal anders, als sich diese einige nach 1980 vorgestellt und gewünscht hatten. Polen ist ein sozialistisches Land und wird es bleiben. Solidarnosc war tatsächlich nur eine historische Episode. Je schneller sich der DGB aus dem politischen Dogma des IBFG löst, desto besser für ihn selbst. G. S./H. Sch.

TUC solidarisch mit Bergarbeitern

Seit dem 12. März 1984 – bei der Auslieferung dieser Ausgabe über sieben Monate – dauert der Streik der britischen Bergarbeiter. Er ist damit einer der längsten Streiks, den Großbritannien je erlebte. Dieses Ereignis beherrschte auch den Jahreskongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, der in der ersten Septemberwoche im südenglischen Seabed Brighton tagte. Zu Kongreßbeginn demonstrierten Tausende Gewerkschaftsmitglieder aus mehreren Gewerkschaften vor dem Tagungsort und forderten die 1100 Delegierten zur Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern auf. Auf Transparenten wurde vom TUC sogar die Ausrichtung eines Generalstreiks gefordert.

Der Bergarbeiterstreik richtet sich bekanntlich gegen die Absicht der staatlichen Kohlebehörde, Zechen mit 20000 Arbeitsplätzen stillzulegen, ohne daß die Zukunftsprobleme der Betroffenen gelöst sind. Da durch die Kampftaktik der Bergarbeiter auch die Arbeitsgesetze der Thatcher-Regierung aus den Jahren 1980 und 1982 berührt werden, mit denen traditionelle Gewerkschaftsrechte beseitigt werden sollen, kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Streikenden. Insofern hat der Streik auch für die anderen Gewerkschaften existenzielle Bedeutung und einen hochpolitischen Charakter bekommen.

Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, längst schon über die Landesgrenzen hinaus zur Symbolfigur konsequenten Kampfes gegen menschenverachtendes Unternehmer- und Staatsverhalten geworden, wurde auf dem TUC-Kongreß stürmisch begrüßt. Allerdings waren auch Differenzen und Inkongruenz im TUC nicht zu übersehen. Mit großer Mehrheit rief der Kongreß die britischen Gewerkschaften zu tätiger Solidarität auf. So sollen u.a. Kohle- und Koks-transporte zu den Stahl- und Kraftwerken boykottiert und auch Ölersatzlieferungen verhindert werden. Die Gewerkschaften der Stahl- und der Elektrizitätsarbeiter stimmten jedoch nicht für die Resolution.

Die TUC-Führung scheint in ihrem Verhältnis zur konservativen Regierung zwischen Ablehnung und Zusammenarbeit hin- und hergerissen zu sein. Jedenfalls ließ sie einen Beschluß fassen, der ihr die Rückkehr zur Mitarbeit im „Rat für nationale Wirtschaftsentwicklung“ der Regierung – eine Art britische konzertierte Aktion – ermöglicht. Eindeutig forderte der Kongreß den Abzug der inzwischen stationierten Cruise-Missiles aus Großbritannien und die Einführung der 35-Stunden-Woche. Für den aus Gesundheitsgründen ausgeschiedenen langjährigen TUC-Generalsekretär Len Murray wurde Norman Willis zum Nachfolger gewählt. Der Berg zu lösender Probleme ist riesig. G. S.

„Mehr Zeit für uns“ Bücher zur 35-Stunden-Woche

In den letzten Wochen ist eine Anzahl Bücher zum Kampf der IG Metall sowie der IG Druck und Papier für die 35-Stunden-Woche erschienen. Nachfolgend veröffentlichen wir dazu einige Fakten, wobei wir uns ausführliche Besprechungen in den kommenden NACHRICHTEN-Ausgaben vorbehalten.

Udo Achten unter Mitarbeit von Gerhard Bäcker und Reinhard Bispinck: **Mehr Zeit für uns, Dokumente und Bilder zum Kampf um die Arbeitszeitverkürzung; Bund-Verlag, Köln 1984, 256 Seiten, Großformat, gebunden, 76 DM.**

In diesem Buch zeigt Udo Achten in Bildern und Dokumenten den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung auf. Dieser Kampf begann bereits mit der Industrialisierung Deutschlands, als in einigen Branchen die 100-Stunden-Woche als normal galt. Er setzte sich dann fort, als es um den 8-Stunden-Tag ging bis zum heutigen Tag mit dem gewerkschaftlichen Ziel der 35-Stunden-Woche. Diese Auseinandersetzungen werden mit Dokumenten und Bildern belegt und zeigen zugleich die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften.

Werner Cieslak (Hrsg.): **35-Stunden-Woche – Der Kampf geht weiter; Verlag Plambeck, Neuss 1984, etwa 300 Seiten, 10 DM.**

Das Buch beschäftigt sich mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche aus der Sicht von Kommunisten. Die Autoren sind Mitglieder und Funktionäre der DKP. Herausgeber ist Werner Cieslak, Mitglied des Präsidiums der DKP. Zum Inhalt des Buches gehört der Erlebnisbericht des arbeitslosen Münchener Druckers ebenso wie der Beitrag eines hessischen Betriebsratsvorsitzenden, der des engagierten Künstlers und des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies. Zu Wort kommen Arbeiter und Angestellte, Jugendliche, Studenten, Künstler und Schriftsteller, Arbeitslose

und hauptamtliche Funktionäre der DKP. Viele Bilder und Karikaturen ergänzen die Beiträge, ebenso eine Chronik und ein dokumentarischer Teil.

Gert Hautsch, Klaus Pickshaus, Klaus Priester: **Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche; „Flexi-Konzept“ des Kapitals und die Zukunft der Gewerkschaften. Reihe Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) 16, Frankfurt 1984, 8 DM.**

Der Arbeitskampf in der Metall- und Druckindustrie im Frühjahr und Sommer 1984 gehört zu den längsten, erbittertesten und möglicherweise folgenreichsten Streiks in der Geschichte der Bundesrepublik. Vor dem Hintergrund der Ausgangssituation – Defensive der Gewerkschaften in der Krise, Versuch einer strategischen Schwächung gewerkschaftlicher Macht, politisches Klima unter einer Rechtsregierung – werden die langfristige Vorbereitung der Bewegung und der Verlauf der Streiks und der Aussperrung analysiert.

Peter Bartelheimer/Jakob Moneta: **Das kann doch nicht alles gewesen sein ... Der Kampf für 35 Stunden, isp-Verlag, Frankfurt 1984, 160 Seiten, Preis 10,80 DM.**

Die Autoren versuchen, die Frage zu beantworten, ob sich der Arbeitskampf der Metaller und Drucker gelohnt hat oder ob eine weitere Schlacht um die 35-Stunden-Woche verloren wurde. Zum Inhalt des Buches gehört eine ausführliche Chronologie.

VERLAGSINTERNES

Die großen Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie in diesem Frühjahr beherrschen nach wie vor die innergewerkschaftliche Diskussion. Während sich eine weitere harte Auseinandersetzung für die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst abzeichnet, werden in den Gewerkschaften zugleich die neuen Erfahrungen der Kämpfe, ihre Besonderheiten, Stärken und Schwächen analysiert, um daraus Schlußfolgerungen für die weitere Vorgehensweise der Gewerkschaftsbewegung zu ziehen.

Welche gesellschaftspolitische Tragweite diese Kämpfe haben, läßt sich beispielsweise auch an dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 11. September ermes- sen, das die Warnstreiks der IG Metall, die unter der Bezeichnung „Neue Beweglichkeit“ bekannt wurden, für Rechtens erklärt. Man darf wohl vermuten, daß ein Gericht, das sich nicht nur in jüngster Zeit besonders mit unternehmerfreundlichen – um nicht zu sagen reaktionären – Urteils- sprüchen hervorgetan hat, ohne die Streiks zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre. Wenngleich das Urteil nichts am Klassencharakter dieser Institution ändert, so zeigt es doch, daß Recht nicht im luftleeren Raum entsteht.

NACHRICHTEN informieren über dieses Urteil. In unserer Rubrik „Aus dem Arbeits- und Sozialrecht“ findet der Leser darüber hinaus weitere wichtige Urteile zum Arbeitskampfrecht, für die gewerkschaftliche und betriebliche Praxis kommentiert.

Aber nicht nur mit rechtlichen Aspekten dieser Kämpfe beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe. In der NACHRICHTEN-DO- KUMENTATION haben wir diesmal Einschätzungen von Parteien und anderen Publikationen abgedruckt, und im Redaktionsteil wird das Thema Arbeitskampf, DGB-Solidarität und selbstverständlich die laufende Tarifausschließung im öffentlichen Dienst behandelt.

Was wir an dieser Stelle zu Jahresanfang schrieben, nämlich, daß das Thema 35-Stunden-Woche unsere Zeitschrift wohl eine Zeitlang beherrschen wird, hat sich voll bestätigt.

Unsere Abonnenten dürfen wir zum Schluß noch darauf hinweisen, daß wir ihnen im Oktober unser neues Verlagsverzeichnis zukommen lassen. Zur weiteren Diskussion über und zur Auswertung der Arbeitskämpfe empfehlen wir besonders das Buch „Tarifpolitik unter Krisenbedingungen“, zu dem die „Welt der Arbeit“ meinte: „Über den Tag hinaus interessant ist das Buch da, wo die Rede ist von einer kapitalismuskritischen Politisierung der sozialen Kämpfe“. Für sehr wertvoll halte ich den Beitrag von Walter Riester, IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart. Er beschreibt ausführlich tarifpolitisches Neuland ...“

jaco

Bestellschein

10/84

Hiermit bestelle ich

☐ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.

☐ Senden Sie mir bitte ein kostenloses Probeheft.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum:

Unterschrift:

(Falls geworben durch einen anderen Mitarbeiter, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

TERMINKALENDER

- **20. und 21. Oktober**
Bundeskongferenz der Poliere und Meister '84 der IG Bau-Steine-Erden in Kassel
- **27. Oktober**
Bundesweiter Kongreß der Deutschen Kommunistischen Partei zum Thema Arbeit und Frieden in Castrop-Rauxel
- **4. bis 9. November**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Mannheim
- **15. bis 17. November**
12. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Mannheim
- **17. und 18. November**
Kongreß von Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Vertretern der Friedensinitiativen gegen chemische Waffen in Mainz
- **24. und 25. November**
Frauen-, Jugend- und Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Darmstadt
- **26. bis 30. November**
13. Gewerkschaftskongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Dortmund
- **7. bis 9. Dezember**
Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Göttingen. Thema: Hochschule in der Demokratie, Demokratie in der Hochschule
- **26. Januar 1985**
2. bundesweites Treffen betrieblicher Friedensinitiativen in Dortmund
- **8. März**
Internationaler Frauentag mit gewerkschaftlichen Veranstaltungen in den DGB-Kreisen
- **8. Mai**
40. Jahrestag der Zerschlagung des Faschismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges mit Antikriegsaktionen der Gewerkschafts- und Friedensbewegung
- **12. bis 18. Mai**
Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Mailand
- **18. bis 19. Mai**
Bundeshandwerkerskonferenz der IG Bau-Steine-Erden in Würzburg
- **19. bis 23. Mai**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union in Mannheim
- **31. Mai bis 1. Juni**
Bundesarbeiterkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Ort steht noch nicht fest)
- **22. bis 27. September**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Westberlin

D 3476 E

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

D603650 N1 84.010 0039 14
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21
1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt Heuchler

Als der italienische Außenminister und führende Christdemokrat Andreotti in einer Diskussion feststellte: „Es gibt zwei deutsche Staaten, und zwei sollen es bleiben“, hatte er nicht nur ausgesprochen, was auch andere westeuropäische Regierungen denken, sondern hatte mit seinen Äußerungen ins Wespennest gestochen. Nun mußten die Bonner, die ihre wahren Absichten nur allzu gern hinter unverbindlichen Friedensbeteuerungen zu verschleiern suchten, Farbe bekennen und ihre wahren Absichten deutlich offenbaren.

Dadurch wurde klarer, was sie unter dem Begriff „Offenhalten der deutschen Frage“ verstehen. Es ist nichts anderes als der Versuch, die gesellschaftliche Ordnung in der DDR, aber nicht nur dort, zu beseitigen. Da maß sich Bundeskanzler Kohl an, „für die Landsleute in der DDR mitzudenken“. Für den Bundestagspräsidenten Barzel ist das Offenhalten der deutschen Frage notwendig, damit nicht „Hoffnungen stürzen“ von „Danzig bis Weimar“ und „Freiheitshoffnungen aufrecht von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“ erhalten bleiben. Er will sich nicht abfinden „mit dem, was ist“. Wer aber so redet, wie kann er sich dann des Vorwurfs erwehren, Revanchist zu sein?

Nein, die Herrschenden in unserem Land, das große Kapital und seine Regierung in Bonn haben sich mit den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges niemals abgefunden. Sie wollen sie revidieren. Jeder weiß aber, daß solche Versuche Krieg bedeuten würden.

Das sogenannte Wiedervereinigungsstreben wird aus der Präambel des Grundgesetzes hergeleitet, in dem 1949, als Alibi für die vollzogene Spaltung, aufgenommen wurde „die Einheit und Freiheit zu vollenden“. Wer aber 1948 eine eigene separate Währung schuf, wer 1949 einen separatistischen Ausriß, 1955 einseitig der NATO beitrug und heute in unserem Land Erstschlagraketen stationiert und Giftgas lagert, der hat mit seiner Politik einen einheitlichen deutschen Staat unmöglich gemacht. Wer dann noch von Einheit redet, ist ein Heuchler.

Es ist gut, daß im Gegensatz zur Regierung der DGB seine Lektion gelernt hat. Hieß es noch im DGB-Grundsatzprogramm von 1963: „Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas“, so wurde im Programm von 1981 diese Passage ersatzlos gestrichen.

H. Sch.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borsdorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Postfach 900749, Kurfürstenstr. 18, 6000 Frankfurt/M. 90, Telefon (069) 778079, Konto-Nr. 1615612900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postscheckkonto: Frankfurt/Main 305040-606.

Redaktionsschluß: 1. Oktober 1984

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main